



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG

14. Wahlperiode

Drucksache **14/1495**

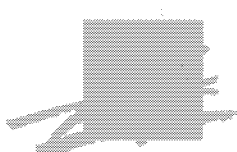
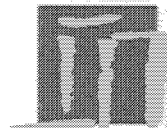
08. 06. 98

Bericht

der Investitionsbank 1997

Anlage zur Drucksache

Nr. 14 / 1495



Investitionsbankbericht 1997

Vorwort des Ministers für Finanzen und Energie	4
Bericht der Geschäftsleitung, Lagebericht	8
Kalendarium	18
Beratungszentren	20
Projektmanagement	23
Wirtschaftsförderung	29
Wohnungsbauförderung	43
Kommunalförderung und Städtebau	51
Umwelt und Energie	61
Agrarförderung	75
Fortbildungsförderung	80
EXPO 2000	82
Gremien und ihre Mitglieder	86
Jahresbilanz, Gewinn- und Verlustrechnung 1997	91
Anhang Investitionsbank	96
Organe der Landesbank Schleswig-Holstein	102
Organisationsübersicht	107
Förderprogramme im Überblick	108



Der Minister für Finanzen und Energie zum Investitionsbankbericht 1997

Die auf Initiative der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung durch Beschluß des Landtages 1991 gegründete IB hat sich in kurzer Zeit zu einer kompetenten und geschätzten Institution entwickelt, die ihren festen Platz im Lande hat. Während die Aufgabe der IB zunächst in der Übernahme der klassischen Förderprogramme bestand, hat sie sich seitdem mit der Ausweitung ihres Aufgabenspektrums mittels neuer und innovativer Produkte unter Beachtung der Wettbewerbsneutralität und des Auftragsprinzips zu einem Dienstleister weiterentwickelt.

Die IB ist ein herausragendes Beispiel für den richtigen Weg der Verwaltungsmodernisierung zum Nutzen des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger. Durch die Einbindung in ein kaufmännisches Umfeld und die Bündelung von Synergien ist eine optimale Kostenkontrolle und damit ein sparsamer Umgang mit öffentlichen Mitteln erzielbar. Dies ist Land und IB ein Ansporn, partnerschaftlich nach neuen Wegen zu suchen.

Unter diesen Aspekten hat die Landesregierung im August 1997 eine weitreichende Reform zur Bewirtschaftung von Landesliegenschaften beschlossen. Hierzu wird ein neu zu gründendes Zweckvermögen bei der IB eingerichtet, in welches die Landesliegenschaften in mehreren Tranchen überführt werden. Darüber hinaus werden das Land und die IB eine Anstalt öffentlichen Rechts „Gebäudemanagement Schleswig-Holstein“ gründen. Dieses wegweisende Gesamtprojekt, für das auch in anderen Bundesländern großes Interesse besteht, ist nur bei einem Zusammenspiel aller Kräfte möglich. IB und die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) leisten hier wertvolle Unterstützung.

Die Landesregierung setzt zur weiteren Kostenoptimierung ihre Bemühungen konsequent fort, Förderprogramme und -aufgaben auf die IB zu übertragen. So laufen derzeit u. a. Verhandlungen, die **Investitionsförderung landwirtschaftlicher Unternehmen** auf die IB zu übertragen.

Im Bereich **Wirtschaftsförderung** hat die IB durch gegenüber dem Vorjahr wiederum gesteigerte Aktivitäten ihre wichtige Rolle bestätigt. Dies wird besonders deutlich im gegenüber dem Vorjahr um rund 19 % erhöhten Volumen der bewilligten Kredite. Auch bei der Bezuschussung von Investitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ konnte der Umfang der geförderten Investitionen und damit die Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze erhöht werden. Die „Mittelständische Beteiligungsgesellschaft“ hat sich fest am Markt etabliert und ist zu einem wesentlichen Element bei der Lösung von Finanzierungsproblemen der mittelständischen Wirtschaft in Schleswig-Holstein geworden. Nicht unerwähnt bleiben soll schließlich, daß die IB im Rahmen ihrer Möglichkeiten und durch Einsatz ihrer verschiedenen Beratungs- und Förderinstrumente in die Existenzgründungsoffensive des Landes eingebunden ist und zu deren erfolgreicher Umsetzung beiträgt.

In der **Wohnungsbauförderung** konnten 1997 trotz eines gegenüber dem Vorjahr deutlich abgesenkten Mittelrahmens insgesamt über 4.300 Wohnungen gefördert werden. Dies war vor allem möglich, weil im Mietwohnungsbau nahezu ausschließlich in der Vereinbarten Förderung gefördert wurde, die gegenüber einer Förderung nach Kostenmietrecht einen effektiveren Mitteleinsatz erlaubt. EDV-gestützt wurde erstmals mit allen Investorinnen und Investoren über die Höhe der erforderlichen Förderung in jedem Einzelfall verhandelt. Dies ermöglichte deutliche Einsparungen an Fördermitteln, die für die Förderung im Eigentumsbereich eingesetzt werden konnten, wo die Nachfrage vor dem Hintergrund verbesserter Rahmenbedingungen besonders groß war. Vielen Haushalten mit geringerem Einkommen konnte somit über die Schwelle hin zum selbstgenutzten Wohneigentum geholfen werden.

Das Jahr 1997 stand in der Wohnungsbauförderung aber auch im

Zeichen der Einführung neuer Qualitätsziele. So wurden ökologische, technische, städtebauliche und soziale Ziele im Wohnungsbau erstmalig in einem Katalog von Fördervoraussetzungen und -vorrängen zusammengefaßt. Die Landesregierung hofft auch in den kommenden Jahren auf die Unterstützung der Wohnungswirtschaft, wenn es gilt, die sich abzeichnende Entspannung auf dem Wohnungsmarkt auch in das Segment preisgünstigerer Wohnungen zu tragen und ein noch immer vorhandenes Wohnungsdefizit durch die Verstetigung der Fertigstellungszahlen abzubauen.

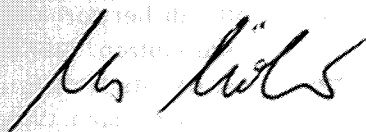
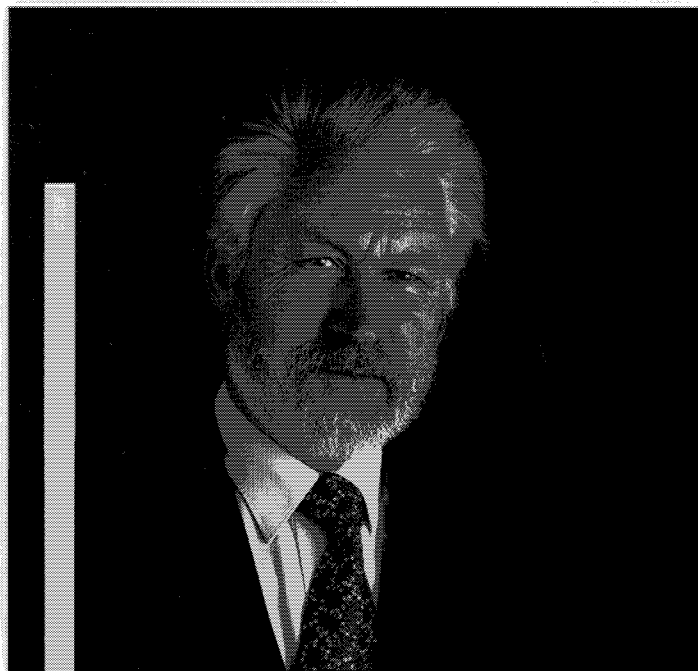
Über den **Kindergartenfonds** wurden 1997 mit 16 Anträgen 790 KiTa-Plätze mit einer Gesamtsumme von 4,5 Mio DM mitgefördert, überwiegend als Kombination aus nicht rückzahlbaren Landeszuschüssen und Fondsdarlehen. Das Fördervolumen wurde für 1998 um weitere 6 Mio DM aufgestockt und erreicht eine Gesamtsumme von 121 Mio DM seit 1991.

Baumaßnahmen im Rahmen der **Krankenhausfinanzierung** wurden seit 1996 verstärkt über Kredite finanziert. Seit dem 23. Mai 1996 werden diese Kredite ausschließlich über die IB abgewickelt. Dies führte zu einer wirtschaftlicheren und kostengünstigeren Vergabe von Darlehen im Rahmen der Krankenhausfinanzierung.

Im Rahmen der Förderung **ökotechnischer und ökonomischer Maßnahmen** stellten vor allem Projekte zum Umweltmanagement einen Schwerpunkt dar. Zum einen wurde in verschiedenen betrieblichen Einzelmaßnahmen der Einführung des EG-Umweltaudits gefördert, zum anderen wurden und werden in zwei Gewerbegebieten Projekte zur Einführung eines integrierten Energie- und Stoffstrommanagements gefördert. Der besondere Nutzen dieser Maßnahmen liegt darin, Unternehmen in dem Bemühen zu unterstützen, durch die Entwicklung eines integrierten Managementansatzes betrieblichen Umweltschutz in eigener Verantwortung und mit eigenem Know-how voranzubringen. Ein weiterer Schwerpunkt war die Förderung von Landschaftsplänen, denen aufgrund ihrer vorsorglichen Ausgleichsfunktion bei Eingriffen in Natur und Landschaft, wie z. B. bei der Ausweisung von Wohnungsbau- und Gewerbeflächen eine besondere Bedeutung zukommt.

Als weitere Förderungen sind die Maßnahmen zur Nutzung von **erneuerbaren Energien** zu nennen. Schwerpunkt war die Förderung von Solarthermieanlagen bei Ein- und Zweifamilienhäusern mit insgesamt 458 Anlagen. Die Energiestiftung hat zusätzlich noch 10 Solarthermie-Demonstrationsanlagen sowie sechs Biomasseanlagen gefördert. Auch im Bereich des Stromeinsparens konnten interessante Projekte der Kommunen gefördert werden.

Mit den Fördermitteln im Energiebereich sind Akzentsetzungen möglich gewesen. Energiewirtschaft und beteiligte Öffentlichkeit bleiben weiterhin aufgerufen, von sich aus gezielt einzelne Investitionsprojekte umzusetzen.

A handwritten signature in black ink, which appears to read "Claus Möller". The signature is written in a cursive style.

Claus Möller

Der Minister für Finanzen und
Energie des Landes Schleswig-
Holstein

Bericht der Geschäftsleitung

Investitionsbank Schleswig-Holstein

Aufgaben

Zentrales Förderinstitut und Dienstleister zur Unterstützung der Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes

Rechtsform

Organisatorisch und wirtschaftlich selbständiger, rechtlich unselbständiger Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale.

Produkt- und Dienstleistungsangebote

Wirtschaftsförderung, Wohnungsbauförderung, Umwelt- und Energieprojekte und -förderung, Kommunalförderung und Städtebau sowie Agrarförderung und Projektmanagement

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kunden und Geschäftspartner,

für 1997 können wir wiederum auf einen positiven Geschäftsverlauf der Investitionsbank Schleswig-Holstein zurückblicken. Wir haben uns als effizienter Dienstleister des Landes zur Umsetzung der Wirtschafts- und Strukturpolitik erfolgreich positioniert und haben uns weiter vom Förderinstitut zur Strukturbank entwickelt. 1997 war für uns ein Jahr der Umsetzung, nachdem wir 1996 unser Produkt- und Dienstleistungsangebot erheblich erweitert hatten.

Im Mittelpunkt der neuen Dienstleistungen steht unter anderem das Projektmanagement, mit dem wir das Land und die Kommunen bei der Planung und Realisierung öffentlicher Vorhaben unterstützen. 1997 haben wir bereits erste Projekte abgeschlossen. Wir gehen davon aus, daß gerade in Zeiten knapper Haushaltsmittel unsere Dienstleistungen, Produkte und Lösungsansätze von unseren öffentlichen Kunden in Zukunft noch stärker nachgefragt werden.



Kompetenzzentrum für Existenzgründungen

Die Investitionsbank hat sich 1997 zunehmend als Kompetenzzentrum für Existenzgründungen etabliert. Die von uns entwickelten und angebotenen Dienstleistungen zur Unterstützung der Existenzgründungsoffensiven des Landes und des Bundes umfassen eine breite Palette:

- Motivation über die Betreuung von Miniunternehmen an Schulen,
- Beratung über die optimalen Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten durch unsere „Förderlotsen“,
- spezielle Beratung für Frauen in der Beratungsstelle für Existenzgründerinnen,
- Mitwirkung bei Gründungsfinanzierungen als Partnerin der Hausbanken bei Finanzierungen insbesondere im Rahmen des Existenzgründerinnen-Programms,
- Starthilfe für Existenzgründungen durch befristete Übernahme der Hausbankfunktion,

Eckdaten	1995	1996	1997
Bilanzsumme in Mrd. DM	9,1	9,3	9,5
Geschäftsvolumen in Mrd. DM*	10,4	10,5	10,6
Betriebsergebnis in Mio. DM	30,4	35,9	33,1
Bilanzgewinn in Mio. DM	1,2	2,7	22,5

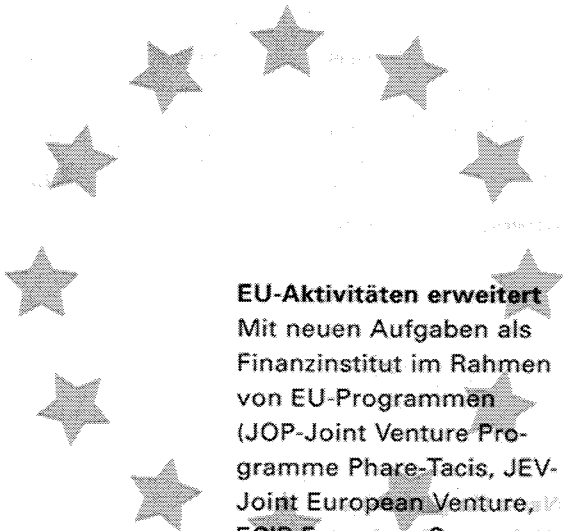
*Bilanzsumme + Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen plus unwiderrufliche Kreditzusagen

- Vergabe von Beteiligungskapital für innovative Gründungsvorhaben durch die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft. Lesen Sie im IB-Journal wie wir Existenzgründungsinteressierten auf dem Weg in die Selbstständigkeit helfen.



Neue Wege in der Wohnungsbauförderung

Zur Unterstützung der Wohnungsbauförderung haben wir unsere Produktpalette um die Vorfinanzierung der staatlichen Eigenheimzulage und des Baukindergeldes sowie nachrangige Finanzierungsmöglichkeiten erweitert und damit insbesondere sogenannten „Schwellenhaushalten“ mit niedrigem und mittlerem Einkommen und geringem Eigenkapital die Finanzierung der eigenen vier Wände kostengünstig ermöglicht. Unser im Oktober gemeinsam mit dem Wohnungsbauministerium veröffentlichtes „Wohnungsmarktbeobachtungssystem“ bietet allen Akteuren im Mietwohnungsmarkt eine interessante Datenplattform für die zukünftige Planung.

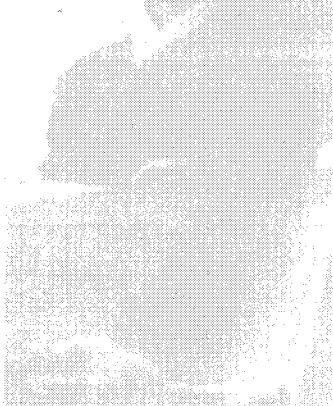


EU-Aktivitäten erweitert

Mit neuen Aufgaben als Finanzinstitut im Rahmen von EU-Programmen (JOP-Joint Venture Programme Phare-Tacis, JEV-Joint European Venture, ECIP-European Community Investment Partners) zur Finanzierung von Joint-Ventures von schleswig-holsteinischen Unternehmen mit Partnern im Ausland haben wir unsere EU-Aktivitäten erweitert. Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG II C haben wir die gemeinsame Finanzabwicklung für die Länder Dänemark, Deutschland, Finnland und Schweden übernommen. Seit Januar sind wir als „Joint Financial Body“ am Standort Rostock tätig und haben dort auch das internationale Sekretariat mit dem Namen „Baltic Spatial Development Agency“ eingerichtet mit Zweigstelle in Karlskrona/Schweden.

Zusammenarbeit mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau

Einen weiteren Schwerpunkt bildete 1997 die Verzahnung von Förderprogrammen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) als Bundesförderinstitut mit den Förderprodukten der Investitionsbank. Damit konnten die Transparenz und die Konsistenz der Förderung erhöht und unseren Kunden ein Mehrwert geboten werden. Ein im Februar 1997 geschlossener Vertrag über die zinsgünstige Refinanzierung von Fördermitteln ermöglicht den schleswig-holsteinischen Kommunen zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten für Infrastrukturinvestitionen im Rahmen des Kommunalen Investitionsfonds. Dieses bundesweite Modellprojekt fand auch bereits in anderen Bundesländern reges Interesse.



Durch einen im September 1997 geschlossenen Vertrag über einen Refinanzierungsrahmen von 100 Mio. DM für nachrangige Investitionsdarlehen können mittelständische Unternehmen Investitionsvorhaben realisieren, die nach banküblichen Kriterien nicht finanzierbar wären und dabei gleichzeitig von der Einbindung der zinsverbilligten Förderprogramme der KfW profitieren. Das versetzt uns in die Lage, unseren Kunden aus einer Hand günstige Kreditkonditionen bei geringeren Sicherheitsanforderungen anzubieten.

Die Unterzeichnung eines weiteren Vertrages über 100 Mio DM aus dem KfW-Programm „Junge Familien“ im März 1998 ergänzt unser Angebot auf dem Sektor der Wohnungsbauförderung. Insbesondere junge Familien mit wenig Eigenkapital können mit Hilfe des Programms „Tandem Plus“ ihren Wunsch nach den eigenen vier Wänden kostengünstig realisieren.

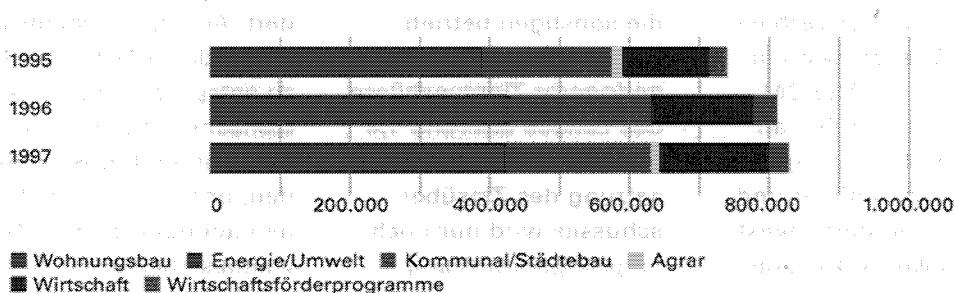
Fördervolumen leicht über Vorjahresniveau

Das gesamte neu bewilligte Fördervolumen der Investitionsbank belief sich 1997 auf rund 820 Mio DM. Damit liegt das Förderergebnis leicht über dem Vorjahreswert (807 Mio DM). Gut die Hälfte des Fördervolumens entfällt auf die Aktivitäten der Wohnungsbauförderung einschließlich der Ergänzungsprodukte. Durch die

intensive Zusammenarbeit mit allen Kreditinstituten in Schleswig-Holstein hat sich in der Wirtschaftsförderung das Fördervolumen erfreulich positiv entwickelt. Auch aufgrund der Übernahme weiterer Förderprogramme des Landes erwarten wir für 1998 ein weiter leicht steigendes Fördervolumen.

Neugeschäftsentwicklung

Fördervolumen je Förderbereich und Jahr (in TDM)



Bilanz

Das Geschäftsvolumen der Investitionsbank einschließlich der Eventualverbindlichkeiten ist 1997 gegenüber dem Vorjahr um rund 50 Mio DM auf 10,6 Mrd DM gewachsen. Die Bilanzsumme erhöhte sich um rund 200 Mio DM auf jetzt 9,5 Mrd DM.

Der Jahresüberschuß unter Einbeziehung einer einmaligen Entnahme aus den Gewinnrücklagen beträgt unter Berücksichtigung der Risikovorsorge von 11 Mio DM 22,5 Mio DM. Der ausgewiesene Bilanzgewinn ist in Höhe von 19 Mio DM zweckgebunden der öffentlichen Wohnungsbauförderung zuzuführen. Der verbleibende Bilanzgewinn in Höhe von 3,5 Mio DM wird in voller Höhe an das Land Schleswig-Holstein ausgeschüttet und wird gemäß dem Investitionsbankgesetz wieder für Förderzwecke eingesetzt.

Gewinn- und Verlustrechnung

Das Zins- und Provisionsergebnis hat sich in 1997 weitgehend stabilisiert. Gleichzeitig ist es gelungen den Personal- und Sachaufwand auf Vorjahresniveau zu konsolidieren. Unter Berücksichtigung der einmaligen aperiodischen Effekte weist die Investitionsbank ein Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 33,2 Mio DM aus.

Während der Zinsüberschuß in Höhe von 59,4 Mio DM und der Provisionsüberschuß in Höhe von 11,4 Mio DM den Vorjahreswerten entsprechen, verminderten sich die sonstigen betrieblichen Erträge aufgrund geringerer Zinszuschüsse des Landes um rund 1,4 Mio DM. Die Zusammensetzung des Zinsüberschusses wird nur noch in geringem Umfang durch das Teilvermögen Wohnungsbau bestimmt.

Das betriebswirtschaftlich relevante Vermögen der Investitionsbank verzeichnet hingegen seit 1995 eine kontinuierlich positive Entwicklung, die sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird.

Die laufenden Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen haben 1997 eine Reduzierung des Personalaufwandes um 2,8 Mio DM ermöglicht. Insbesondere die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Alterssicherung und Vorruhestand der Mitarbeiter haben sich im Vergleich zu 1996 deutlich vermindert. Aufgrund erheblicher Gebäudeinvestitionen, die zu entsprechenden Kostensenkungen in den Folgejahren führen werden, und eines einmaligen aperiodischen Aufwandes stiegen die Sachkosten um 3,8 Mio DM.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung der Investitionsbank für die Jahre 1995 bis 1997

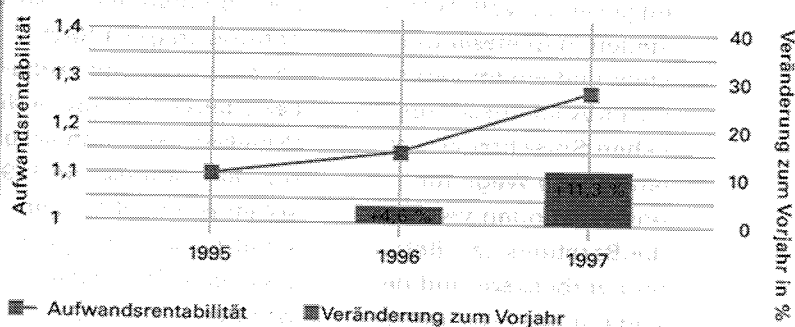
in Mio DM	1995	1996	1997
Zinsüberschuß	65,4	60,2	59,9
Provisionsüberschuß	10,9	11,4	11,4
sonst. betr. Erträge/Aufw.	17,5	22,5	20,9
Erträge	93,8	94,1	92,2
Personalkosten	-22,3	-26,0	-26,4
Sozialaufwendungen	-5,5	-9,1	-5,9
Verwaltungsaufwand IB	-31,8	-23,0	-26,8
sonstiger Aufwand	-3,8		
Aufwendungen	-63,4	-58,1	-59,1
Ergebnis vor Bewertung	30,4	35,9	33,1
Risikovorsorge/Bewertung	-29,2	-33,2	-10,6
Ergebnis nach Risikovorsorge/Bewertung	1,2	2,7	22,5

Im Geschäftsjahr 1997 hatte die Investitionsbank keine besonderen Ausfälle und auch kein erhöhtes Risikopotential zu verzeichnen, so daß – unter Berücksichtigung der Auflösung einer geringen Rücklage – insgesamt 10,6 Mio. DM in die Risikobewertung flossen.

Aufwandsrentabilität und Produktivität

Die seit 1995 eingeleiteten Maßnahmen zur Produktivitätsverbesserung hatten bereits im Geschäftsjahr 1996 zu einem positiven Anstieg der Aufwandsrentabilität um 4,6 % geführt. Diese Entwicklung konnte 1997 beschleunigt werden, so daß sich die Aufwandsrentabilität nochmals um 11,3 % verbessert hat. Eine Fortsetzung dieser Tendenz erwarten wir auch für das kommende Geschäftsjahr.

Entwicklung der Aufwandsrentabilität

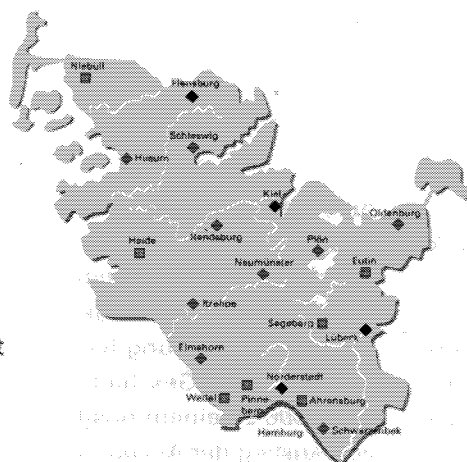


*Aufwandsrentabilität = Nettoertrag bei 1,- DM Mitteleinsatz

Ein Blick nach vorn

Ausbau des Beratungsstellennetzes

Auch zukünftig unterstützt die Investitionsbank das Land bei der Umsetzung seiner Wirtschafts- und Strukturpolitik. Durch die bewährte Zusammenarbeit aber auch durch Innovation und kreative neue Ansätze. Im Laufe des Jahres 1998 werden wir unsere örtliche Präsenz in Schleswig-Holstein erheblich ausbauen. Die bisherigen Beratungszentren in Flensburg, Itzehoe, Kiel, Lübeck und Norderstedt erhalten eine neue Struktur und werden um weitere Beratungsbüros ergänzt. Mit künftig insgesamt zwölf Anlaufstellen in Schleswig-Holstein und einem verbreiterten Angebot an zusätzlichen Sprechtagen wollen wir die Wege für unsere Kunden verkürzen, die Beratung und Betreuung verbessern und den Zugang zu Fördermitteln erleichtern. Die damit gleichzeitig veränderte Betreuungsstruktur wird auch Verfahrensabläufe schlanker und damit noch schneller und kostengünstiger machen. Unser Internetangebot (www.ibank-sh.de) und die gebührenfreie telefonische „Förderhotline“ (Tel. 01 30/7 518 85) ergänzen dabei unseren kundennahen Beratungsservice.



Die Übertragung der Landesliegenschaften wird vorbereitet

Die Vorbereitungen zur Übertragung der ersten Tranche der Landesliegenschaften auf die Investitionsbank bilden einen Schwerpunkt unserer Arbeit im laufenden Geschäftsjahr 1998. Bereits 1997 galt das öffentliche Interesse insbesondere diesem Thema. In diesem Projekt haben wir das Land beraten und in seinem Auftrag die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens berechnet sowie die Projektstruktur entwickelt. Bis zum Jahresende 1998 sollen rund 200 Liegenschaften auf die Investitionsbank übertragen werden.

... und die Zusammenarbeit mit Förderinstituten auf Bundes- und Europaebene ausgebaut

1998 wollen wir die enge Zusammenarbeit mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau als Bundesförderinstitut und der Investitionsbank als Landesförderinstitut weiter ausbauen und damit die Wirtschaft und das Land mit neuen Ansätzen zur Förderung und Zukunftsentwicklung unterstützen. Aber auch mit der Europäischen Investitionsbank und der Deutschen Ausgleichsbank wollen wir die bestehende Zusammenarbeit vertiefen. Gleichzeitig arbeiten wir an verschiedenen Projekten, auch um unsere Dienstleistungs- und Produktpalette zu erweitern.

Die Investitionsbank ist Dienstleister für das Land und die Menschen in Schleswig-Holstein, für eine moderne Wirtschaft, eine lebenswerte Umwelt und einen zukunftsfähigen Strukturwandel. Das sind unsere Ziele und daran arbeiten wir.

Auch die Systeme und Instrumente der Personalarbeit wurden 1997 intensiv weiterentwickelt. Durch die Vielzahl von Projekten und zahlreichen neuen Aufgaben, die in unserem Haus betreut werden, sind auch die Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestiegen. Wirkungsvolle Instrumente im Personalentwicklungskonzept helfen dabei, die hochgesteckten Ziele zu erreichen.

Grundsätze der Zusammenarbeit und Führung entwickelt

In den 1997 eingeführten Grundsätzen sind Handlungsmaximen wie beispielsweise Kundenorientierung, Teamorientierung und Qualität verankert. Um diese Maximen zum Leben zu erwecken, wurden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Führungskräfte in Workshops geschult und haben anschließend im Team weitere Zielsetzungen zur besseren Umsetzung der Grundsätze erarbeitet.

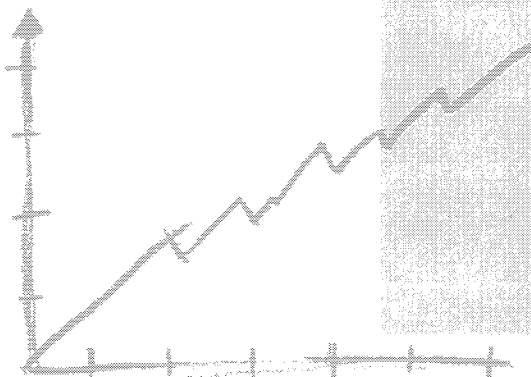
Personalentwicklungstage als Qualifikations- und Karriereplanung

Die Förderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in fachlicher und persönlicher Hinsicht ist ein Anspruch, der ebenfalls in den Grundsätzen der Zusammenarbeit und Führung formuliert ist. Dazu wurden Ende 1996 Personalentwicklungstage als Kernbestandteil des Personalentwicklungskonzepts eingeführt. Zielsetzung dieser Maßnahmen ist die gezielte und zwischen Mitarbeiter/in und Führungskraft abgestimmte Entwicklung konkreter Maßnahmen zur Weiterqualifizierung und Vorbereitung auf weitere Karriereschritte aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank. Die Durchführung der Personalentwicklungstage ermöglicht es, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter optimal in ihrer gewünschten beruflichen Entwicklung zu unterstützen und Entwicklungspotentiale frühzeitig zu erkennen.

Teamentwicklung zeigt Erfolge

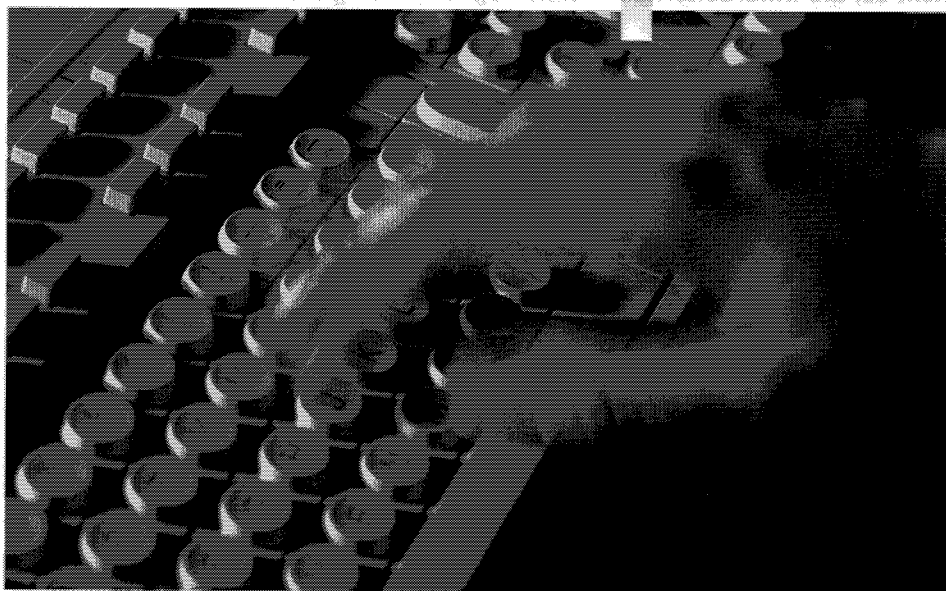
Zur effizienten Kundenbetreuung und Verschlan- kung von Verwaltungs- abläufen bearbeiten die Mitarbeiterinnen und Mit- arbeiter im Bereich Woh- nungsbauförderung die bislang getrennten Aufga- ben der Kreditbewilligung und -verwaltung nunmehr im Rahmen einer „inte- grierten Sachbearbeitung“ umfassend. Dadurch haben einerseits unsere Kunden nur noch einen Ansprechpartner, der sie umfassend und kompetent betreut. Andererseits wird die Arbeit vielsei- tiger und interessanter. Durch die Bildung von weitgehend eigenverant- wortlichen Teams wurden die Gestaltungsfreiräume und -möglichkeiten jedes Einzelnen erheblich aus- gebaut und Kompetenzen weitmöglichst delegiert. Im Ergebnis verbessern sich Motivation, Kunden- zufriedenheit und Produk- tivität.

Aufgrund der positiven Erfahrungen planen wir 1998 weitere Teament- wicklungsmaßnahmen.



Pilotprojekt Telearbeit gestartet

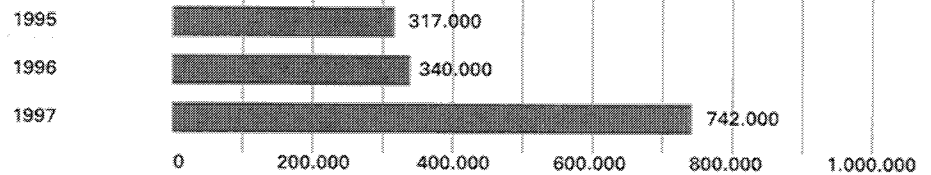
Im Bearbeitungsbereich der Fehlbelegungsabgabe haben wir 1997 einen Pilot-Telearbeitsplatz eingerichtet. Möglich wurde dies durch die papierlose Sachbearbeitung in diesem Bereich, mit deren Hilfe online zu Hause am PC sämtliche zur Bearbeitung eines Vorgangs erforderlichen Unterlagen abgerufen werden können. Im September 1997 startete dieses Pilotprojekt mit einer Mitarbeiterin. Die bisherigen Erfahrungen sind auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite positiv.



Entwicklung der Beschäftigtenzahlen

Zum Jahresende 1997 reduzierte sich die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von 346 auf 333. Davon haben 59 Personen eine Mobilzeitstelle mit einer durchschnittlichen Arbeitszeit von fünf Stunden pro Tag. So beträgt unsere Brutto-Personalkapazität zum Jahresende 1997 rund 305 Standardarbeitskräfte. Dabei trug der Rückgang der Beschäftigtenzahl zur Verbesserung unserer Produktivität bei.

Fortbildungsaufwand (in TDM)



Ein Dank an alle Beteiligten

Wir möchten an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement, die Kreativität und ihren Einsatz danken. Unser Dank gilt ebenfalls dem Personalrat der Investitionsbank für die gute und kooperative Zusammenarbeit. Durch die gemeinsame Arbeit aller in der Investitionsbank ist es gelungen, unsere Bank auf ihrem erfolgreichen Kurs zu halten.

Peter Rieck, Sprecher

Dr. Heinz Engelhaupt

Dr. Klaus Rave

Januar

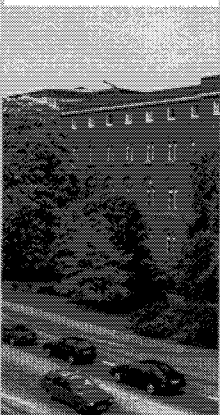
Februar

März

April

Mai

Juni



Die Investitionsbank im Landtag

Wir stellen den Abgeordneten des schleswig-holsteinischen Landtages unsere Arbeit vor.

Förderung in der Region

In regionalen Pressegesprächen informieren wir über die örtlichen Förderergebnisse 1996 in den Wirkungsbereichen unserer Beratungszentren Flensburg, Itzehoe, Kiel, Lübeck und Norderstedt.

Junior-Landesausscheidung

Wir sind Landeskoordinator für den bislang bundesweit ersten Landeswettbewerb von Miniunternehmen an Schulen.



Bilanzpressekonferenz

Mit Erscheinen des Investitionsbankberichts 1996 stellen wir die Förderergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres und unsere neue Produkt- und Dienstleistungsangebote der Öffentlichkeit vor.

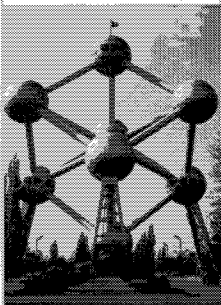
„Innovationsfinanzierung für kleine und mittlere Unternehmen“

...lautet das Motto der gemeinsam vom EU-Verbindungsbüro für Forschung und Technologie Norddeutschland bei der Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein und der Investitionsbank durchgeführten Informationsveranstaltung. Rund 80 Unternehmen verschaffen sich einen umfassenden Überblick über die unterschiedlichen Modelle der Innovationsfinanzierung.

Juli August September Oktober November Dezember

Die Investitionsbank in Brüssel

Gemeinsam mit der Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein, Frau Heide Simonis, und dem Vorstandsvorsitzenden der Landesbank Schleswig-Holstein, Herrn Dr. Dietrich Rümker, präsentieren wir zum Thema „Das öffentliche Bankwesen in Schleswig-Holstein – Ausrichtung auf den Ostseeraum, Motor der Strukturentwicklung“ die Investitionsbank als modernes Förderinstitut für Schleswig-Holstein. Die rund 100 Gäste dieser Veranstaltung im Hanse-Office in Brüssel sind Vertreter aus Politik und Verwaltung bei der EU.



Preisübergabe im landesweiten Wettbewerb „Energiesparen an unseren Schulen“

Die erste Phase des vom Energieministerium, dem Bildungsministerium und der Investitionsbank Schleswig-Holstein getragenen Wettbewerbs ist abgeschlossen. Insgesamt 34 Schulen aus Schleswig-Holstein haben sich daran beteiligt. Die siegreichen Schüler nehmen die Preise von Bildungsstaatssekretärin Gyde Köster entgegen.

Die Investitionsbank ist Koordinator der ersten Ostsee-Energiekonferenz...

Im Rahmen unserer EU-Aktivitäten und vor dem Hintergrund der umfangreichen Erfahrungen in Schleswig-Holstein auf dem Sektor der erneuerbaren Energien übernehmen wir im Auftrag der Europäischen Energie-stiftung die Koordination der Ostsee-Energiekonferenz in Kiel.

... und unterstützt Schleswig-Holsteins Weg in die Informationsgesellschaft

Mit dem Projekt „Regional Information Society Initiative – RISI“ zielt die EU darauf ab, in verschiedenen europäischen Regionen einen breit angelegten Diskurs über den jeweiligen Weg in die Informationsgesellschaft in Gang zu setzen. Neben Schleswig-Holstein nehmen weitere 21 europäische Regionen an der zweitägigen Konferenz Ende November in der Hansestadt Lübeck teil. Durchgeführt wird die Veranstaltung von der Europäischen Union und der Technologiestiftung Schleswig-Holstein mit Unterstützung durch die Investitionsbank.

Beratungszentren der Investitionsbank

Flensburg

Am Pferdewasser 6
24937 Flensburg
Tel. (0461) 144 86-0
Fax (0461) 144 86-22

Kiel

Fleethörn 29-31
24103 Kiel
Tel. (0431) 9 00-03
Fax (0431) 9 00-35 30

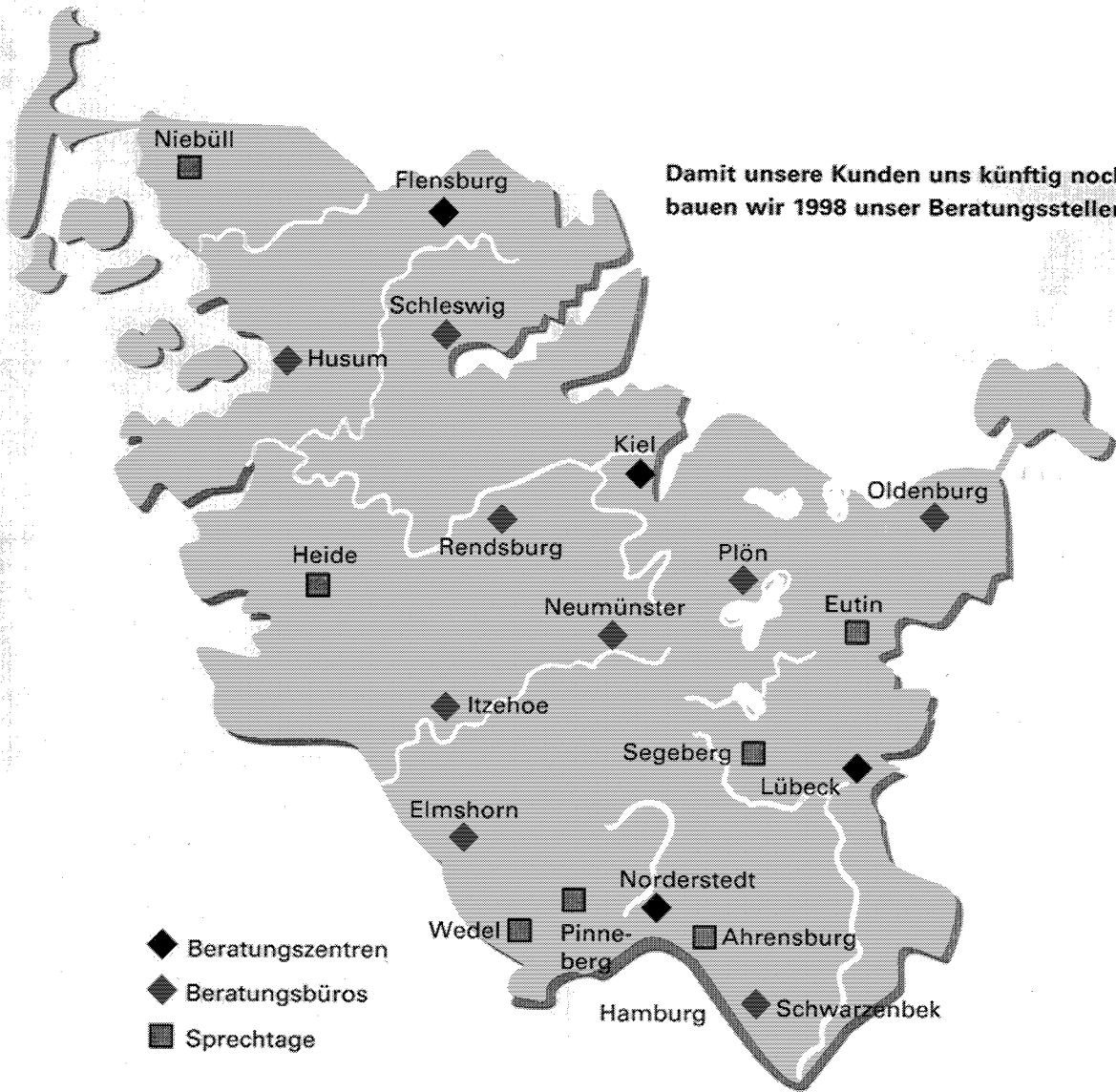
Norderstedt

Rathausallee 70
22846 Norderstedt
Tel. (0 40) 52 68 30-0
Fax (0 40) 52 68 30-15

Lübeck

An der Untertrave 103
23552 Lübeck
Tel. (0451) 7 99 86-0
Fax (0451) 7 99 86-25



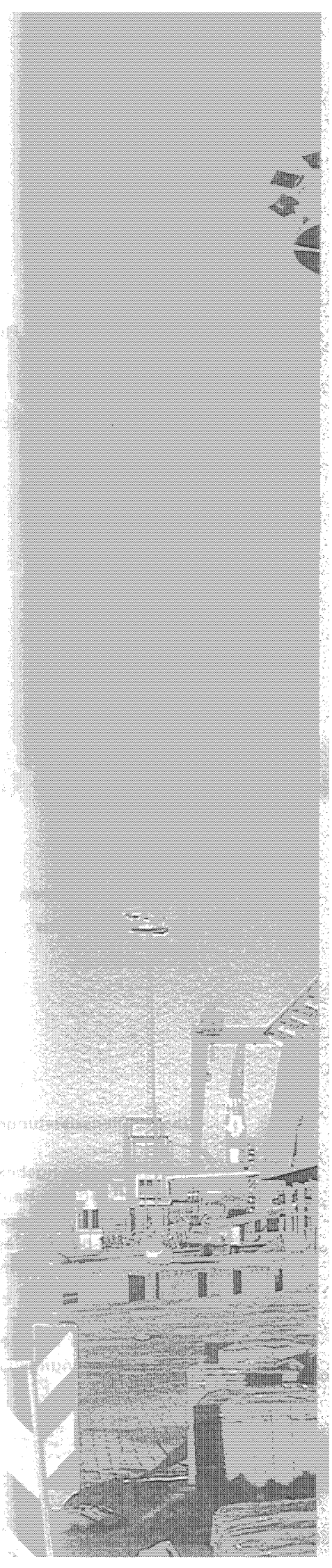
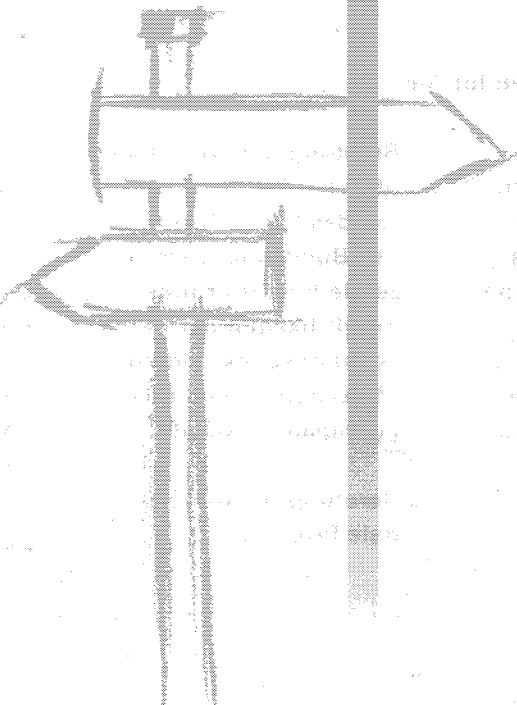
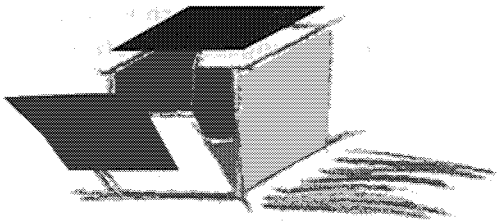


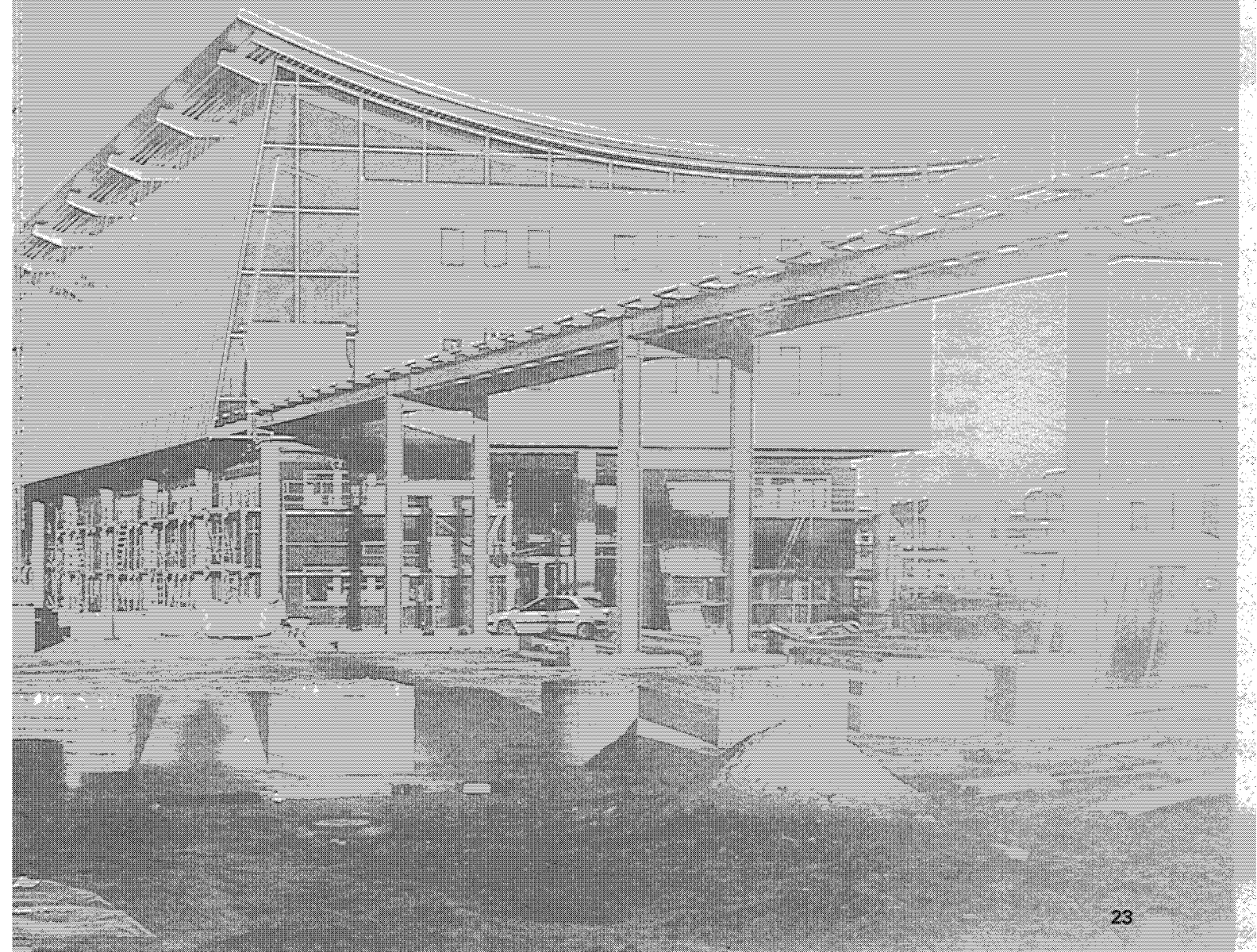
Damit unsere Kunden uns künftig noch leichter erreichen, bauen wir 1998 unser Beratungsstellennetz aus.

- ◆ Beratungszentren
- ◆ Beratungsbüros
- ▣ Sprechtag

Unsere Dienstleistungen für Sie:

- ▣ Baufinanzierungsberatung für private Bauinteressenten über Fördermittel des Landes und weitere Fördermöglichkeiten
- ▣ Beratung für Investoren im Mietwohnungsbau
- ▣ Beratung der Wirtschaft über Fördermöglichkeiten des Landes und des Bundes und ergänzende Finanzierungsmöglichkeiten der Investitionsbank und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft
- ▣ Beratung für kommunale Projekte
- ▣ Beratung zur Fehlbelegungsabgabe
- ▣ Beratung zur Fortbildungsförderung rund um das Meister-Bafög
- ▣ Beratung zur Förderung von Energie- und Umweltmaßnahmen





Projektmanagement

Komplexe öffentliche Vorhaben erfordern häufig eine Koordinierung von betriebswirtschaftlichem, förderspezifischem und technischem Know-how. Das Projektmanagement der Investitionsbank konnte auch 1997 wieder maßgeschneiderte Lösungen für Kommunen und das Land Schleswig-Holstein konzipieren. Im Vordergrund dieser Dienstleistung für unsere öffentlichen Kunden standen die Wirtschaftlichkeit und Sicherheit bei der Umsetzung der Vorhaben. Für unsere Auftraggeber wurden entsprechend ihrer Zielvorgaben wirtschaftliche, finanzierbare und genehmigungsfähige Konzepte entwickelt. Durch unser wettbewerbsneutrales Beratungsangebot gelang es, innovative Ansätze erfolgreich umzusetzen und teilweise deutliche Kosten- und Zeiteinsparungen für die Auftraggeber zu erzielen.

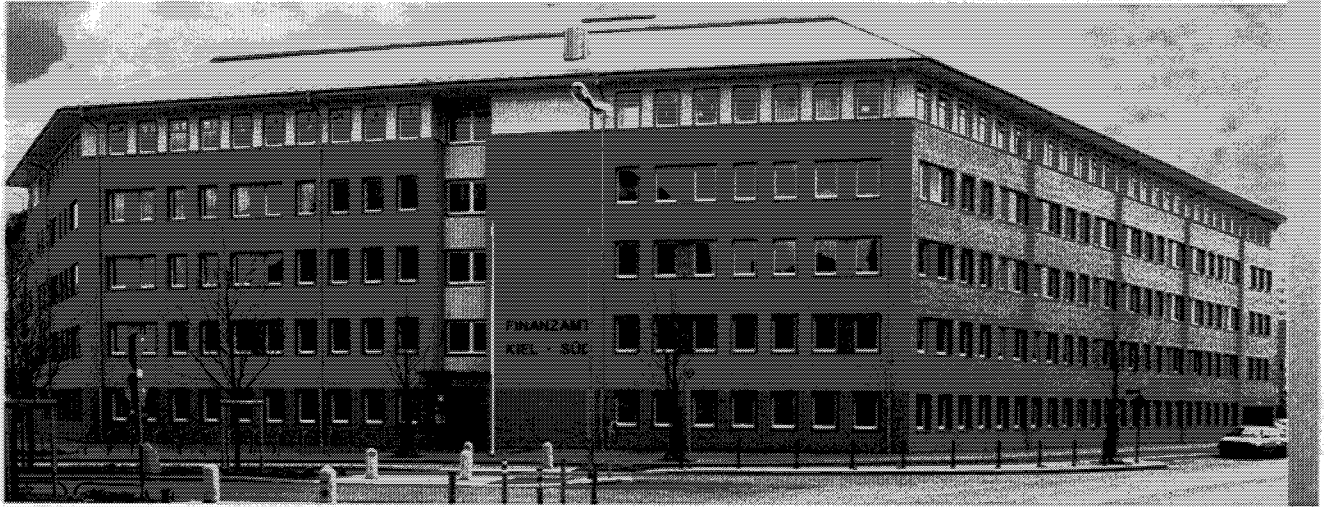
Im Mittelpunkt – auch des öffentlichen Interesses – standen beispielhaft zwei Projektvorhaben, bei denen wir unsere Kunden kompetent beraten und unterstützt haben:

Schulsanierung in der Hansestadt Lübeck

Die Investitionsbank hat für acht dringend sanierungsbedürftige Schulkomplexe gemeinsam mit der Hansestadt Lübeck einen kurzfristig realisierbaren Maßnahmenkatalog erstellt. Dazu wurde ein maßgeschneidertes und genehmigungsfähiges Organisations- und Finanzierungs-konzept unter Sicherung der Fördermittel entwickelt. Die vollständige energie- und wärmetechnische Sanierung einschließlich Finanzierung wurde im Rahmen des von der Investitionsbank begleiteten Vergabeverfahrens an eine Bietergemeinschaft vergeben. Durch das Festpreisangebot und die garantierte Terminalsicherheit wurde für die Hansestadt eine sichere Kalkulationsbasis geschaffen. Die Finanzierung erfolgte im Rahmen eines „Werklieferungsvertrages mit Teilzahlungsabrede“ und es gelang, darüber günstige, mit Kommunalkredit vergleichbare Finanzierungs-konditionen zu erzielen. Das von der Investitionsbank entwickelte Organisations- und Finanzierungsmodell war die

Grundlage für die kurzfristige und kostensparende Umsetzung der umfangreichen Sanierungsmaßnahmen, die in nur vier Monaten ohne nennenswerte Beeinträchtigung des Schulbetriebes durchgeführt wurden. Bei den Betriebskosten konnte unser Kunde im Vergleich zur konventionellen Vorgehensweise Kosten von 1,4 Mio DM einsparen und gleichzeitig seinen Energieverbrauch um 40 % sowie die CO₂-Emissionen um 60 % senken.





Übertragung von Landes- liegenschaften auf die Investitionsbank

Das Land Schleswig-Holstein beabsichtigt einen Verkauf seiner Liegenschaften – mit Ausnahme von Hochschulen, Kliniken, anderen Gebäuden mit Spezialnutzung und dem Landtag – an die Investitionsbank. Ziele der Neugestaltung sind langfristige und nachhaltige Haushaltsentlastungen durch ein effizientes Flächenmanagement und eine zentrale Liegenschaftsbewirtschaftung. Die Investitionsbank als zukünftige Eigentümerin der Liegenschaften wird diese als Ganzes an die noch zu gründende Gebäudemanagement

Schleswig-Holstein (GMSH) verpachten, die dann als Vermieter und Bewirtschafter auftritt.

Im Jahr 1997 lag der Schwerpunkt der Arbeiten auf der Entwicklung einer für das Land optimalen Ausgestaltung der Transaktion und der zukünftigen Bewirtschaftung. Die Investitionsbank wirkte maßgeblich an der Gestaltung des vom Land gewählten Modells mit, das einen bundesweit bisher einmaligen Charakter hat und an dem sich mittlerweile auch andere Bundesländer orientieren.

Nach entsprechender Be-

schlußfassung des Landtages im Januar 1998 werden die neutralen Wertermittlungen der Liegenschaften, die Einrichtung eines Flächen- und Portfoliomanagements sowie der Aufbau dazu nötiger Instrumente ebenso wie sonstige konkrete Übertragungsvorbereitungen im Mittelpunkt der Investitionsbankarbeiten stehen. Die erste Tranche von Liegenschaften aus dem Bereich der Bauämter Itzehoe und Kiel soll bis zum 31.12.1998 übertragen werden, zwei weitere Tranchen jeweils ein Jahr später.



Sanierung der Industriebrache Kiel-Hörn

Über die Beteiligung an einer Vermarktungsgesellschaft unterstützten wir in Zusammenarbeit mit unserem Kooperationspartner, der Landesentwicklungsgesellschaft, die Landeshauptstadt Kiel in ihren Bemühungen um eine erfolgreiche Vermarktung brachgefallener innerstädtischer Industrie- und Gewerbeflächen, die unter der Überschrift „Innerstädtisches Arbeiten und Wohnen am Wasser“ (anerkanntes schleswig-holsteinisches EXPO 2.000-Projekt) steht. Die Einbindung von EU-För-

dermitteln wurde an die Bedingung einer überwiegenden Nutzung des Geländes durch nichtstörendes Gewerbe geknüpft, so daß hohe Anforderungen hinsichtlich einer überregionalen Vermarktung des Areals bestehen. Durch die Nutzung vorhandener Kontakte und unseres Expertenwissens leisten wir einen Beitrag zu einem zügigen Verkauf der Flächen und unterstützen die Landeshauptstadt Kiel bei der Verfolgung ihrer struktur- und wirtschaftspolitischen Ziele.

Die Sanierung der Industriebrache Kiel-Hörn ist ein Projekt, das die Entwicklung des innerstädtischen Arbeits- und Wohnraums am Wasser fördert. Durch die Einbindung von EU-Fördermitteln wird die Vermarktung der Flächen unterstützt. Die Landeshauptstadt Kiel ist in diesem Projekt als Partner eingebunden. Die Sanierung der Industriebrache Kiel-Hörn ist ein Projekt, das die Entwicklung des innerstädtischen Arbeits- und Wohnraums am Wasser fördert. Durch die Einbindung von EU-Fördermitteln wird die Vermarktung der Flächen unterstützt. Die Landeshauptstadt Kiel ist in diesem Projekt als Partner eingebunden.

Die Sanierung der Industriebrache Kiel-Hörn ist ein Projekt, das die Entwicklung des innerstädtischen Arbeits- und Wohnraums am Wasser fördert. Durch die Einbindung von EU-Fördermitteln wird die Vermarktung der Flächen unterstützt. Die Landeshauptstadt Kiel ist in diesem Projekt als Partner eingebunden. Die Sanierung der Industriebrache Kiel-Hörn ist ein Projekt, das die Entwicklung des innerstädtischen Arbeits- und Wohnraums am Wasser fördert. Durch die Einbindung von EU-Fördermitteln wird die Vermarktung der Flächen unterstützt. Die Landeshauptstadt Kiel ist in diesem Projekt als Partner eingebunden.

Die Sanierung der Industriebrache Kiel-Hörn ist ein Projekt, das die Entwicklung des innerstädtischen Arbeits- und Wohnraums am Wasser fördert. Durch die Einbindung von EU-Fördermitteln wird die Vermarktung der Flächen unterstützt. Die Landeshauptstadt Kiel ist in diesem Projekt als Partner eingebunden. Die Sanierung der Industriebrache Kiel-Hörn ist ein Projekt, das die Entwicklung des innerstädtischen Arbeits- und Wohnraums am Wasser fördert. Durch die Einbindung von EU-Fördermitteln wird die Vermarktung der Flächen unterstützt. Die Landeshauptstadt Kiel ist in diesem Projekt als Partner eingebunden.



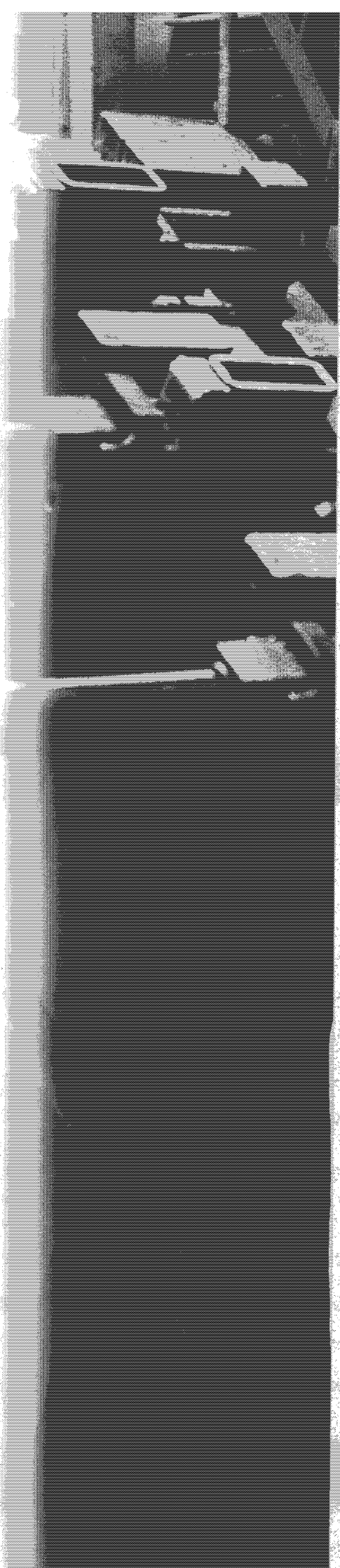
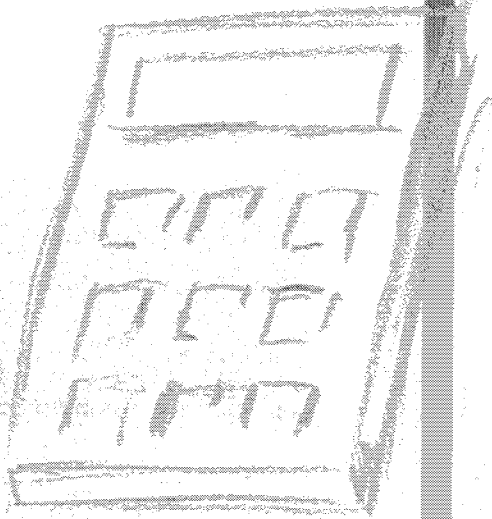
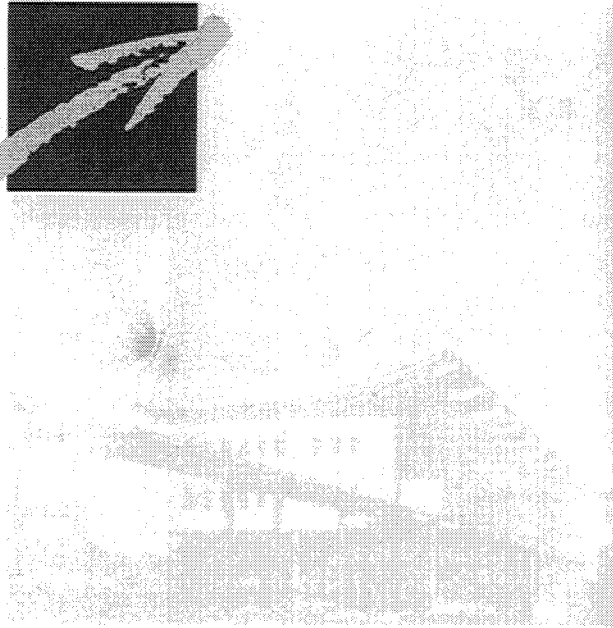
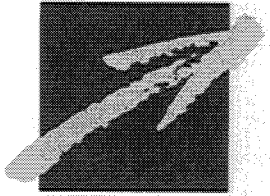
Wach entsprechender Ba... Management



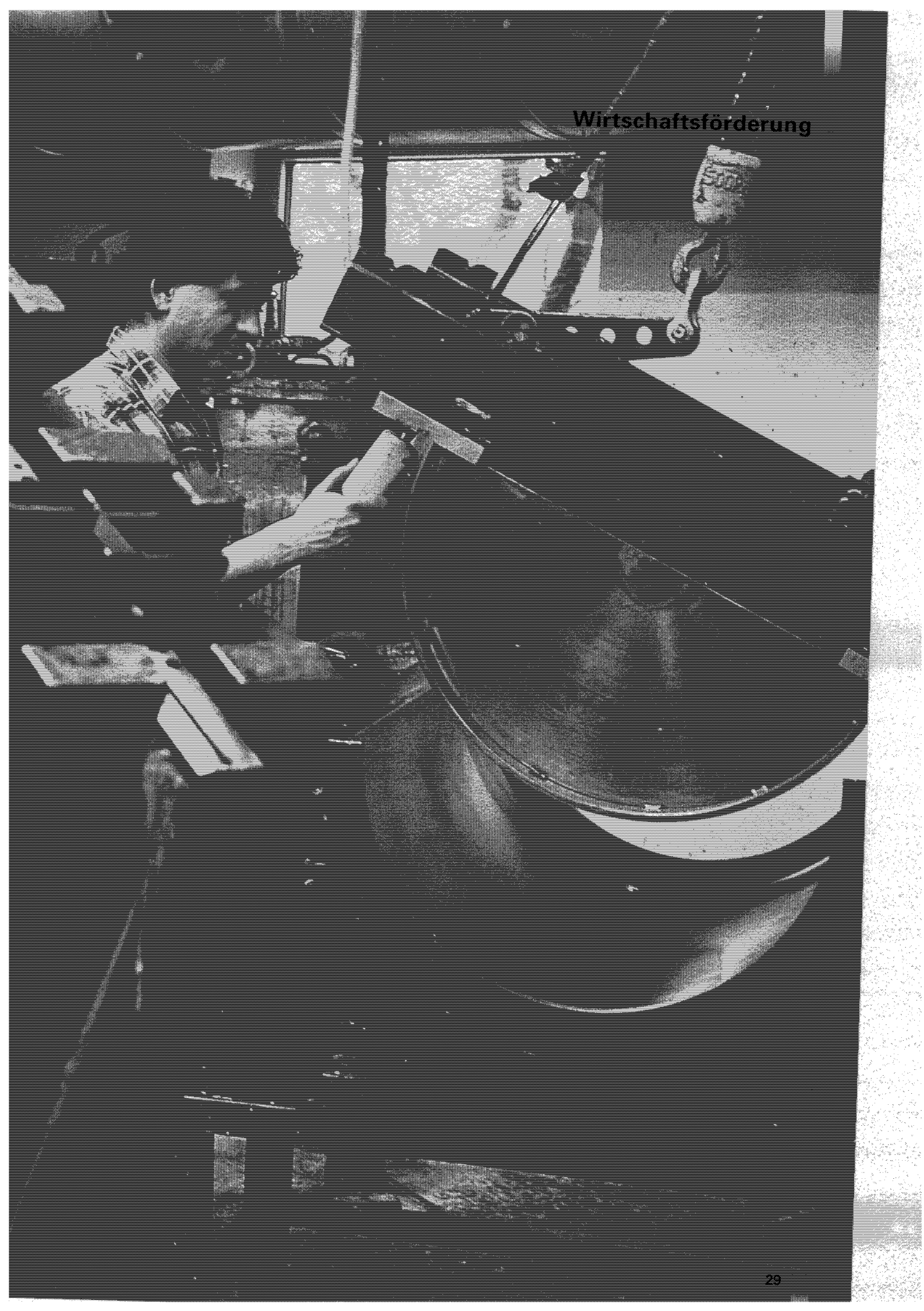
**Ihre Ansprechpartner
Projektmanagement**

Josef Oelschläger Sibylle Roggencamp
Tel. (04 31) 9 00-34 65 Tel. (04 31) 9 00-35 65

Dr. Heike Kruse Jürgen Meereis
Tel. (04 31) 9 00-34 45 Tel. (04 31) 9 00-35 45



Wirtschaftsförderung



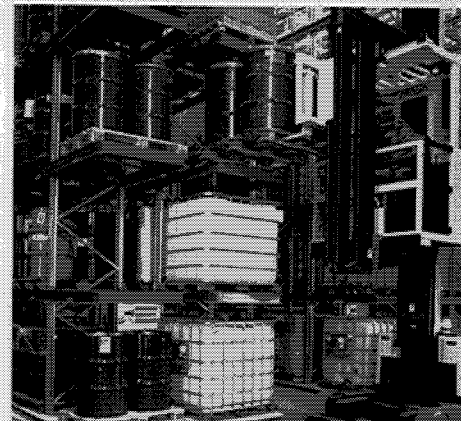
Förderberatung Wirtschaft

Förderberatung Wirtschaft

Die neugeschaffene eigenständige Organisationseinheit „Förderberatung Wirtschaft“ erfreute sich in 1997 regen Interesses und ergänzt das Leistungsspektrum der Investitionsbank in besonderem Maße. Mehr als 2.500 Beratungsgespräche wurden geführt und rund 690 Anfragen individuell schriftlich beantwortet. Angeboten wird dieser Service durch die „Förderlotsen“, durch die Beratungsstelle für Existenzgründerinnen und durch die EU-Beratungsstelle.

Förderlotsen

Schwerpunkt ihrer Aufgabenstellung ist die wettbewerbsneutrale und unentgeltliche Beratung zu Finanzierungs- und Förderhilfen des Landes, des Bundes, der EU und unserer Kooperationspartner. Enge Kontakte zu den anderen Förderinstituten geben uns Kenntnis auch über deren Förderpraxis. Wir beraten überwiegend Unternehmen, freie Berufe und Existenzgründungsinteressierte, aber auch Kreditinstitute, Verbände und Projektgruppen. 1997 haben wir 585 männliche Existenzgründer und insgesamt 414 bestehende Betriebe beraten – gründungsinteressierte Frauen betreuen wir in der Beratungsstelle für Existenzgründerinnen. Lesen Sie mehr dazu im Sonderteil.



Ihre Ansprechpersonen im Bereich Wirtschaftsförderung – Förderlotsen

Dr. Kurt Puls
Tel. (0431) 900-3367

Barbara Steffen
Tel. (0431) 900-3368

Beratung für Existenzgründerinnen

Die seit 1994 mit Fördermittel des Landes eingerichtete Beratungsstelle für Existenzgründerinnen konnte ihre Tätigkeit diesjährig deutlich verstärken.

Insgesamt 864 gründungsinteressierte Frauen haben wir – oft mehrfach – beraten; mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr (340).



Ihre Ansprechpersonen in der Beratungsstelle für Existenzgründerinnen

Susanne Diedrichsen-Knaak
Tel. (04 31) 9 00-33 63

Katharina Preusse
Tel. (04 31) 9 00-33 64

Sylvia Oppermann
Tel. (04 31) 9 00-33 64

Unsere Beratungsschwerpunkte sind Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten, die damit im Zusammenhang stehenden Fragen des Gründungskonzeptes, die Vorbereitung auf die Bankgespräche und die Existenzgründungshilfen anderer Institutionen, wie z.B. Gründungsseminare. Aber auch Coachingangebote für die Zeit nach der Gründung gehören zu unseren Schwerpunkten.

Kompetenzzentrum für EU-Fragen

Das Euro-Info-Center ist eine wichtige Ergänzung des Bereichs Förderberatung Wirtschaft hinsichtlich aller mit der EU im weitesten Sinne zusammenhängenden Fragen, insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU). Schwerpunkt ist hier die grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb des Ostseeraumes. Von besonderem Interesse waren EU-Förderprogramme, bestehende oder angekündigte Spezialnormen der EU,

der Euro sowie Kooperationsmöglichkeiten im Ostseeraum. Wir waren Mitorganisator der agrar- und ernährungswirtschaftlichen Kooperationsbörse AgriNord 97 in Vaasa, Finnland, an der rund 100 Unternehmen aus dem Ostseeraum teilnahmen.

Ihre Ansprechpersonen im Euro Info Centre

Annegret Meyer-Kock
Tel. (04 31) 9 00-34 97

Sylvia Oppermann
Tel. (04 31) 9 00-35 77

Erwin Siweris
Tel. (04 31) 9 00-34 99

Christine Ceulemans
Tel. (04 31) 9 00-32 70



Neue Aufgaben

Seit Juli 1997 bzw. Februar 1998 sind wir als Investitionsbank anerkanntes Finanzinstitut im Rahmen der EU-Programme JOP und JEV zur Finanzierung von Joint-Ventures in mittel- und osteuropäischen Staaten. Die Akkreditierung für das überwiegend parallele EU-Joint-Ventures-Programm ECIP für die Entwicklungsländer Asiens, Lateinamerikas, des Mittelmeerraumes und für Südafrika steht aufgrund einer Verzögerung bei der EU noch aus.

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG II C haben wir die gemeinsame Finanzabwicklung für die Länder Dänemark, Deutschland, Finnland und Schweden übernommen. Seit Januar 1998 sind wir als „Joint Financial Body“ am Standort Rostock tätig und unterhalten dort auch das internationale Sekretariat unter dem Namen „Baltic Spatial Development Agency“ mit Zweigstelle in Karlskrona/Schweden. Gefördert werden Raumordnungsprojekte im Ostseeraum von kommunalen Gebietskörperschaften oder sogenannten Nichtregierungsorganisationen, bei denen mindestens zwei Partner aus EU-Staaten und ein weiterer Partner aus den östlichen Anrainerstaaten beteiligt sein müssen.



Handshake symbolizing cooperation.

Finanzierungshilfen zu attraktiven Konditionen

Mit unseren Kreditprodukten und einzelbetrieblichen Programmen fördern wir im Auftrag des Wirtschaftsministeriums die gewerbliche mittelständische Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Hierbei setzen wir folgende Förderprodukte ein:

- Nachrangige Investitionsdarlehen
- Kreditaufträge
- Sonderdarlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter
- Umfinanzierungs- und Konsolidierungsdarlehen
- Härtefondsdarlehen
- Existenzgründerinnenprogramm
- Starthilfe für Existenzgründungen
- Investitionszuschüsse, bedingt rückzahlbare Zuschüsse
- Nachrangkombidarlehen

Im Regelfall optimieren wir die Finanzierungspläne kleinerer und mittlerer Unternehmen gemeinsam mit der Hausbank. Unabhängig von der gewählten Hausbank haben alle Kunden gleichermaßen Zugang zu Förderprodukten der Investitionsbank. Neben der Vergabe von Barmitteln erteilen wir im Rahmen der Investitionsfinanzierung auch Kreditaufträge an Banken, die Bürgschaften gleichkommen.

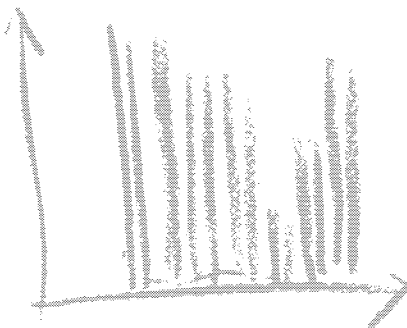
Das gewerbliche Förderkreditgeschäft übertraf deutlich die in das Geschäftsjahr 1997 gesetzten Erwartungen: Insgesamt wurden 309 Anträge mit einem Kreditvolumen von rund 176 Mio DM positiv entschieden.

Neben Mitteln aus Förderprogrammen von Bund und Land vergibt der Bereich Wirtschaftsförderung vorwiegend im Eigenrisiko nachrangige Investitionsdarlehen zu gleichbleibend günstigen Konditionen. Ende September 1997 haben wir mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) einen Vertrag über einen Refinanzierungsrahmen von 100 Mio DM geschlossen. Dadurch haben wir unsere Kreditkonditionen noch weiter verbessern können.

Eingeführt haben wir unser neues Produkt „Nachrangkombidarlehen“, das zur Mitfinanzierung von Investitionen dient bei Laufzeiten bis zu max. 20 Jahren.

In Einzelfällen vergeben wir in Zusammenarbeit mit der Hausbank auch Umfinanzierungs- und Konsolidierungsdarlehen. Sie dienen der langfristigen Umschuldung der Vorratsgrundausrüstung sowie bislang kurzfristig finanzierter Investitionen.

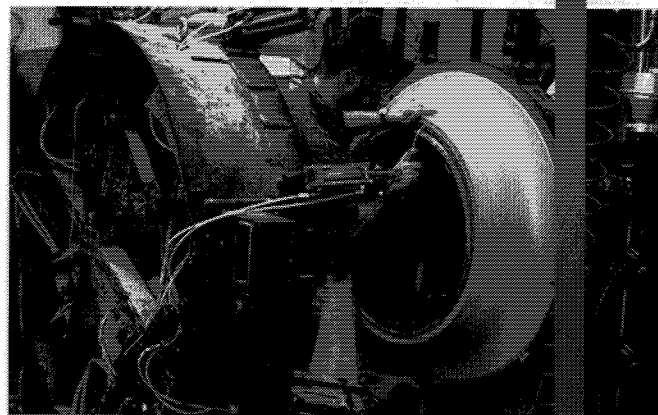
Im Rahmen der Mittstandsförderung des Landes Schleswig-Holstein haben wir die Möglichkeit, aus einem Härtefonds kleinen mittelständischen Unternehmen, die unverschuldet in Liquiditätsengpässe geraten sind, niedrig verzinsliche, unbesicherte Darlehen zur Verfügung zu stellen.



Investitionsförderung durch Sonderdarlehen

Um Finanzierungslücken zu schließen, haben wir zur Zeit an 50 Unternehmen Sonderdarlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter, vergleichbar einer stillen Beteiligung, vergeben. So sollen investive Vorhaben einschließlich der Aufstockung von Vorräten mit- und nachfinanziert werden. Erstmals können diese Sonderdarlehen auch für Außenwirtschaftsfinanzierungen eingesetzt werden; vor allem zur Mitfinanzierung von Investitionen und des Kapitalbedarfs von Joint-Ventures.

Die Eigenkapitalausstattung kleinerer und mittlerer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft Schleswig-Holsteins, die aus volkswirtschaftlicher Sicht besonders förderwürdig erscheinen, kann auf diese Weise verbessert werden. Öffentlich geförderte Beteiligungen vergibt in erster Linie die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG), insbesondere für technologieorientierte Unternehmen.



Die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG) vergibt in erster Linie öffentlich geförderte Beteiligungen für technologieorientierte Unternehmen.

Bewilligte Kredite	Anzahl			Volumen		
	1997	1996	Mio DM	1997 %	Mio DM	1996 %
Nachrg. Investitionsdarlehen	147	139	113,3	64	89,3	61
Kreditaufträge/Bürgschaften	31	25	21,0	12	32,5	22
Umfinanzierungs- und Konsolidierungsdarlehen	69	29	31,6	18	22,8	15
Sonderdarlehen	15	9	6,5	4	2,8	2
Härtefondsdarlehen	4	8	0,2	–	0,4	–
Existenzgründerinnenprogramm*	43	–	3,2	2	–	–
Gesamt	309	210	175,8	100	147,8	100

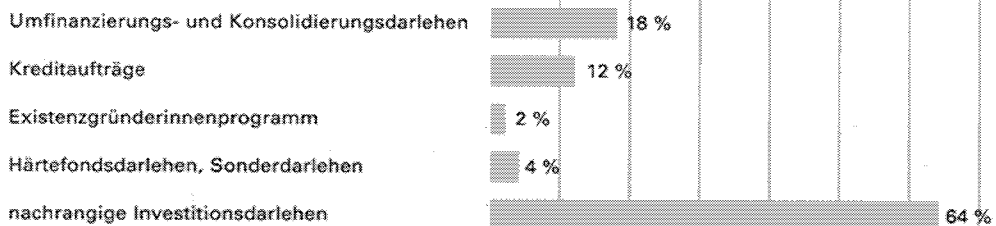
* seit Mai 1997

Existenzgründungsoffensive der Landesregierung schafft Arbeitsplätze

Um die Nachteile für kleine Existenzgründungsvorhaben am Kapitalmarkt auszugleichen, übernehmen wir im Rahmen des Existenzgründerinnenprogramms seit Mai 1997 und in der „Starthilfe für Existenzgründungen“ seit Ende 1997 befristet die Hausbankfunktion für kleinere Gründungsvorhaben

(Investitionsvolumen zwischen 20 und 200 TDM sowie Betriebsmittelbedarf zwischen 5 und 50 TDM). So eröffnen wir den Zugang zu den Bundesförderprogrammen. 43 Frauen konnte damit der Start in die berufliche Selbständigkeit ermöglicht und insgesamt 69 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Bewilligte Kredite 1997



Förderung steigert die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft

Das Bewilligungsvolumen von Investitionsdarlehen und anderen Finanzierungshilfen stieg im Vergleich zum Vorjahr deutlich an. Bewilligt wurden 309 Anträge (Vj. 210) mit einem Kreditvolumen von rund 176 (Vj. 148) Mio DM.



Gesamtbestand Kredite/Beteiligungen in Mio. DM		
	31.12.1997	31.12.1996
nachrg. Investitions-, Umfinanzierungs- und Konsolidierungsdarlehen	496,3	448,7
Kreditaufträge/Bürgschaften	69,6	76,2
Sonderdarlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter	25,1	29,8
Härtefondsdarlehen	3,5	4,4
Beteiligungen	11,2*	11,2*
Gesamt	605,7	570,3

* Ausweis der Beteiligungen (Kapital und Rücklagen) an der Organisationsgesellschaft Musikveranstaltung mbH i.L. und der Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH.

Bewilligte Kredite/Beteiligungen nach Branchen 1997

Dienstleistungen



Handel



Verarbeitendes Gewerbe



Baugewerbe



Gesundheits- und Sozialwesen



Energiewirtschaft



Sonstiges



Ihre Ansprechpersonen im Bereich Wirtschaftsförderung/Kredite:

Stadt Flensburg, Kreise Dithmarschen, Nordfriesland, Rendsburg-Eckernförde, Schleswig-Flensburg

Klaus Siegmund
Tel. (04 31) 9 00-34 75

Stadt Lübeck, Kreise Herzogtum-Lauenburg, Ostholstein, Pinneberg, Segeberg, Steinburg, Stormarn

Uwe Thomsen
Tel. (04 31) 9 00-33 23

Städte Kiel, Neumünster, Kreis Plön

Ulrike Kiehne
Tel. (04 31) 9 00-33 22

Förderung schafft Arbeitsplätze

Mit Hilfe der bewilligten Kredite konnte ein Investitionsvolumen von rund 537 (Vj. 734) Mio DM mitfinanziert werden. Gleichbleibend niedrige Zinssätze halfen, die Investitionskosten der Betriebe deutlich zu senken. Damit konnte die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Unternehmer gestärkt und in Folge 7.687 (Vj. 11.000) bestehende Arbeitsplätze gesichert sowie 522 (Vj. 450) neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Etwa 1.100 mittelständische Unternehmen werden mit dem bis Ende 1997 zur Verfügung gestellten Kredit-/Beteiligungsvolumen von rund 606 (Vj. 570) Mio DM unterstützt. Dies entspricht beim Gesamtbestand einer Steigerung von 6 % zuzüglich den auslaufenden Bankenrefinanzierungsdarlehen in Höhe von 3,5 Mio DM.



Mittelständische Beteiligungsgesellschaft

Beteiligungen erheblich nachgefragt

Die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG), die aus der Schleswig-Holsteinischen Gesellschaft für Wagniskapital mbH hervorgegangen ist, stellt innovativen Existenzgründern und jungen, wachstumsorientierten Unternehmen Beteiligungskapital zur Verfügung. Als Antragsberechtigte für eine Kapitalbeteiligung kommen Unternehmen, die nicht mehr als 100 Mio DM pro Jahr umsetzen (in Ausnahmefällen 150 Mio DM) und maximal 499 Beschäftigte haben, in Frage. Mit MBG-Beteiligungen unterstützen wir Maßnahmen, die

- zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur beitragen und
- Arbeitsplätze schaffen oder sichern.

MBG-Beteiligungen setzen wir vornehmlich für

- Errichtungen, Erweiterungen, grundlegende Rationalisierungen und Umstellungen, vorrangig in den Bereichen umweltschonender moderner Technologien und innovativer Dienstleistungen,
- Ausgründungen (z. B. Management-buy-outs),
- Existenzgründungen,
- Mitfinanzierungen von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben ein.

Grundsätzlich übernehmen wir stille Beteiligungen von mindestens 200 TDM bis max. 2,5 Mio DM mit Laufzeiten bis max. 10 Jahren. Im Rahmen der Existenzgründungsoffensive des Landes Schleswig-Holstein können bei innovativen, technologieorientierten Vorhaben auch Beteiligungen ab 50 TDM zur Deckung des Betriebsmittelbedarfs (Anlaufkosten) eingegangen werden. Die Beteiligungen enthalten in der Regel öffentliche Fördergelder im Rahmen von Bundes- und Landesprogrammen. Ferner stehen Garantien der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein zur Verfügung. Die Investitionsbank hält mit 51 % die Mehrheit der Anteile an der MBG, 49 % liegen in den Händen von Kreditinstituten sowie der Provinzial Versicherung. Das Eigenkapital der MBG beläuft sich auf 20,5 Mio DM.

Seit unserem Start Mitte 1994 haben wir an insgesamt 97 schleswig-holsteinische Unternehmen Beteiligungskapital in Höhe von knapp 57 Mio DM vergeben. Davon entfielen auf das Berichtsjahr 40 Beteiligungen und sechs Aufstockungen bereits bestehender Beteiligungen in Höhe von insgesamt rund 22,4 Mio DM.

Refinanziert wurden diese Beteiligungen

mit 4,9 Mio DM aus eigenen Mitteln,

mit 10,7 Mio DM aus dem ERP-Beteiligungsprogramm (European Recovery Programm)

mit 2,5 Mio DM aus dem BMBF-Technologie-Beteiligungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW),

mit 4,3 Mio DM aus der Wagniskapitalförderung

3.169 Arbeitsplätze konnten so gesichert oder neu geschaffen werden.

— Ihre Ansprechperson

Gesellschaft für Wagniskapital
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft
Schleswig-Holstein GmbH (MBG)

Lothar Wegener
Tel. (0431) 900-3585



Förderergebnis

In schwierigem gesamtwirtschaftlichen Umfeld und trotz angespannter Haushaltslage des Landes ist es der Investitionsbank erneut gelungen, mit öffentlichen Finanzierungshilfen Anreize zur Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze zu bieten. Gemeinsam mit der gewerblichen Wirtschaft und freien Berufen haben wir das Arbeitplatzergebnis aus dem Vorjahr (520 zusätzliche Arbeitsplätze) noch

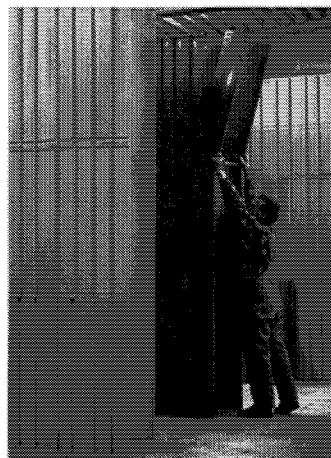
übertreffen können: 1997 waren es 714. Daneben konnten 1.266 Arbeitsplätze gesichert werden. Bereitgestellt wurden insgesamt 29,8 (Vj. 27,5) Mio DM an Investitionszuschüssen für 16 (21) betriebliche Vorhaben und 4,8 (4,6) Mio DM an bedingt rückzahlbaren Zuschüssen für Wagniskapital-Beteiligungen. Damit konnten Investitionen von 277,1 (235,6) Mio DM ermöglicht werden.

Gemeinschaftsaufgabe (GA)

Mit den vom Land bereitgestellten Investitionszuschüssen aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ konnten wir die Voraussetzungen zur Bereitstellung weiterer 592 Dauerarbeitsplätze schaffen, 1996 waren es 508. Hierfür hat das Land 29,8 (Vorjahr 27,5) Mio DM aus GA-Mitteln für 16 (Vj. 21) betriebliche Vorhaben zur Verfügung gestellt. Neben dem Arbeitplatzeffekt werden mit der öffentlichen Hilfe Investitionen in der Größenordnung von 233 (Vj. 207) Mio DM initiiert. 84 % der neuen Dauerarbeitsplätze entstehen in dem von Arbeitslosigkeit und von Strukturproblemen – z.B. Konversion – hart betroffenen Landesteil Schleswig (Flensburg, Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg).

— Ihre Ansprechperson im Bereich Wirtschaftsförderung
Förderprogramme

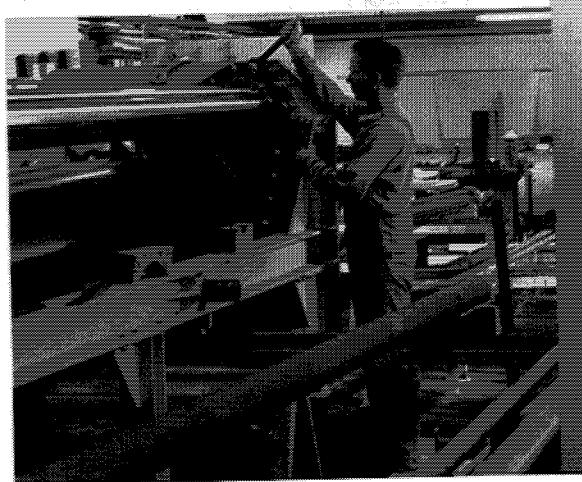
Erhard Jureit
Tel. (04 31) 9 00-32 15



Ausblick

Nachdem in Schleswig-Holstein bereits 1997 bedingt durch eine erfreulich gestiegene Exportquote eine Basis für einen Aufschwung gelegt wurde, mehren sich die Anzeichen auch für eine Belebung der Inlandsnachfrage. Unter dem Einfluß der gestiegenen Kapazitätsauslastung hat sich die Investitionsneigung gefestigt. Hier wird die Investitionsbank für die Banken und Sparkassen ein interessanter Partner bei der Mitfinanzierung bleiben. Positive Impulse für unser Kreditgeschäft werden auch weiterhin aus der Existenzgründungsoffensive der Landesregierung erwartet. Existenzgründerinnenprogramm und Starthilfe für Existenzgründungen dürften daher stark nachgefragt werden. Für die Förderung aus der Gemeinschaftsaufgabe wird sich der Rahmen für Zuschüsse auf 30 Mio DM belaufen. Zahlreiche Förderan-

träge liegen bereits vor. Die neue Vertriebsstruktur mit unseren zwölf Beratungsstellen, die enge Zusammenarbeit mit der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (MBG) und der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH werden sich stimulierend auf die Entwicklung des Neugeschäftes auswirken. Für 1998 wird von einem leicht höheren Bewilligungsvolumen als im Vorjahr ausgegangen.



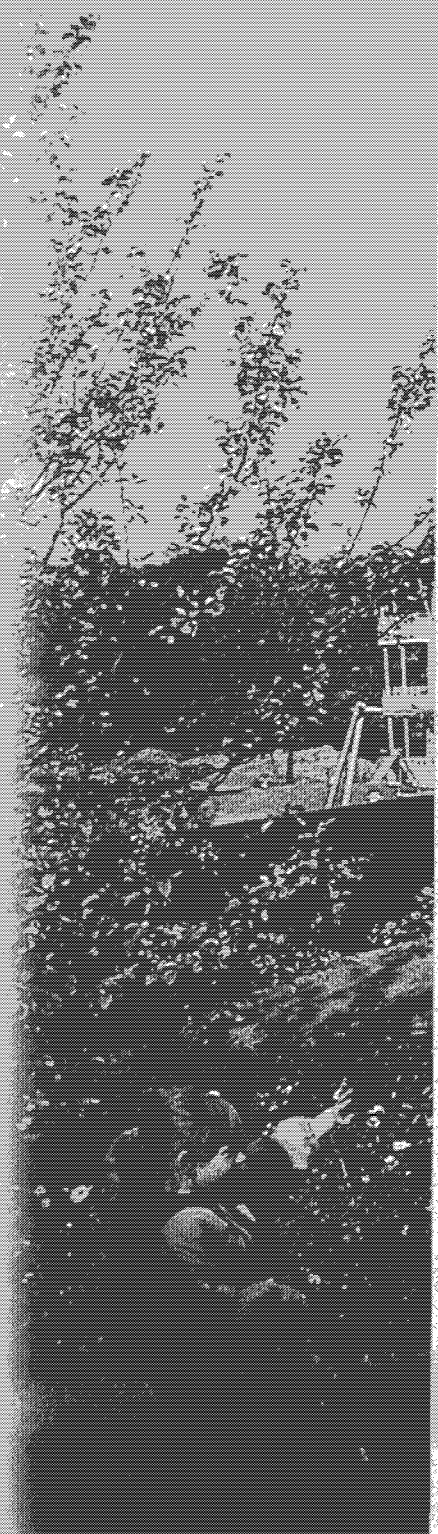
Bewilligungen 1997 aus den Wirtschaftsförderprogrammen (Vorjahreszahl in Klammern)

Programm	Fälle	Aufwendungen Mio. DM	Zuschuß Mio. DM	Arbeitsplätze neu	Arbeitsplätze gesichert
Gemeinschaftsaufgabe	16 (21)	233,3 (206,7)	29,8 (27,5)	592 (508)	- (-)
Beteiligungen aus dem Wagniskapitalförderprogramm	12 (6)	40,9 (28,9)	3,6 (4,6)*1	17 (12)	1.266 (-)
Existenzgründungsoffensive – Wagniskapitalförderprogramm – Beteiligungen	12 (-)	2,9 (-)	1,2*1 (-)	105 (-)	- (-)
WKF-Beratung	- (2)	- (0,1)	- x*2	- (-)	- (-)
Insgesamt	40 (36)	277,1 (235,7)	34,6 (32,1)	714 (520)	1.266 (-)

*1 als Beteiligungsmittel vergeben

*2 als Beratungskostenzuschüsse vergeben

x Wert kleiner als 50.000 DM





Das Land förderte auch 1997 den Bau von Mietwohnungen und die Wohneigentumsbildung. Das Programm sah darüber hinaus die Förderung der Modernisierung von Mietwohnungen vor. Die Wohnungsbaupolitik verfolgte dabei im wesentlichen drei Ziele:

- Haushalte mit niedrigem Einkommen und Zugangsschwierigkeiten zum Wohnungsmarkt mit Wohnraum zu versorgen,
- neue Qualitätsstandards in sozialer, ökologischer und städtebaulicher Hinsicht zu definieren und über entsprechende Fördervorränge sicherzustellen,
- die Fördermittel durch eine weitgehende Umstellung des Fördersystems auf die vereinbarte Förderung effizient einzusetzen.

Wir haben das Wohnungsbauprogramm des Landes Schleswig-Holstein vollständig umgesetzt. Bis zur Jahresmitte hat sich gezeigt, daß das Programm im Mietwohnungsbau sehr verhalten nachgefragt wurde. Gründe hierfür lagen insbesondere in der weiteren Entspannung auf dem Wohnungsmarkt, gerade in ländlichen Regionen, und in der zögerlichen Akzeptanz gegenüber der umgestellten Fördersystematik. Die Nachfrage im Eigenheimbereich lag dagegen deutlich über den vorgesehenen Richtwerten. Hier spielten in erster Linie das niedrige Zinsniveau und die Förderung nach dem Eigenheimzulagengesetz eine Rolle.

Wir haben bereits zur Jahresmitte die Bestrebungen hinsichtlich einer rechtzeitigen Umschichtung aus den o. g. Gründen unterstützt. Die bedarfsgerechte Umverteilung führte dazu, daß das Programm erfolgreich umgesetzt wurde. Durch die Umschichtung und den effizienteren Einsatz im Rahmen der vereinbarten Förderung wurden die Richtwerte sogar übertroffen. Wir förderten im Landesprogramm insgesamt 4.317 Wohnungen mit einem Volumen von 305,9 Mio DM. Der Einsatz der Fördermittel löst ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund 1,1 Mrd DM aus.

Bei der Förderung von Mietwohnungen haben wir in Verhandlungen mit den Investoren Förderhöhe und weitere Bedingungen individuell verein-



bart. In den Verhandlungen haben wir eine von uns entwickelte EDV-gestützte Investitionsrechnung eingesetzt, die die renditerelevanten Komponenten des Investors in einer dynamischen Betrachtungsweise berücksichtigt. Die Investitionsrechnung, die in verschiedenen Informationsveranstaltungen der Wohnungswirtschaft und anderen Investoren erläutert wurde, führt zu einer besseren Transparenz der Renditemöglichkeiten im Mietwohnungsbau. Mit dem konsequenten Einsatz dieses Instrumentes haben wir eine bundesweite Vorreiterrolle eingenommen.

In ausführlichen technischen Beratungen hat die Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V. bzw. die Investitionsbank dafür Sorge getragen, daß die neu definierten Qualitätsanforderungen weitestgehend erfüllt werden konnten.

Wir haben den Bau von 2.215 Mietwohnungen finanziell unterstützt und damit die ursprünglich geplanten Eckwerte des Wohnungsbauprogramms nahezu erreicht.

Das Förderergebnis setzt sich zusammen aus

- 1.859 Wohneinheiten im Normalprogramm für Mietwohnungen,
- 100 Wohneinheiten in der Modernisierungsförderung,
- 41 Wohnungen durch Umwandlung ehemals landwirtschaftlich genutzter Gebäude,
- 215 Studentenwohnungen.





Mit einem durchschnittlichen Förderbetrag von 75.000,- DM wurde in Abhängigkeit vom Standort des Objektes eine Nettokaltmiete von 9,30 DM bis 9,80 DM erreicht.

Darüber hinaus haben wir zusammen mit der Wohnungsbaukreditanstalt Hamburg 154 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln im Rahmen des gemeinsamen Wohnungsbaus von Hamburg und Schleswig-Holstein mitfinanziert.

Das Ziel, gerade Haushalte mit geringem Einkommen zu fördern, haben wir auch bei den Eigentumsmaßnahmen verwirklicht. Hier wurden 1.138 Eigenheime mit einem durchschnittlichen Förderbetrag von 91.300,- DM mitfinanziert. Hieraus resultierte für den Bauherrn eine durchschnittliche Belastung von 11,58 DM pro Quadratmeter monatlich.

Daneben konnten auch 792 Wohneinheiten für Familien mit mittlerem Einkommen gefördert werden. Der Förderbetrag betrug hier pauschal 40.000,- DM pro Wohnung.



Die Förderung im 2. Förderweg mit Aufwendungsdarlehen ist mit 87 ausgesprochenen Bewilligungen ausgelaufen.

Wir haben im Auftrag des Landes das 1995 initiierte Wohnungsmarktbeobachtungssystem erstmalig fortgeschrieben. Diese Analyse hat zu dem Ergebnis geführt, daß die allgemein festgestellte Entspannung des Wohnungsmarktes sich nicht uneingeschränkt auf alle Teilmärkte erstreckt. Insbesondere gilt dies im Segment des preisgünstigen Wohnraums.

In Ergänzung zu den Förderprogrammen des Landes bieten die Beratungszentren nachrangige Finanzierungsprodukte in Verbindung mit der Eigenheimzulage an. Neben der Vorfinanzierung und der Kapitalisierung der Eigen-

heimzulage ist unser „Tandem 15“ ein interessantes Produkt für den größeren Kapitalbedarf. Wir verbinden hier die kapitalisierte Eigenheimzulage mit einem Disagiodarlehen und können unseren Kunden so bei hypothekeähnlicher Annuität eine Entschuldung nach bereits 15 Jahren anbieten. Darüber hinaus wird der durch den Wegfall der Eigenheimzulage bedingte starke Anstieg der Belastung vermieden. Diese Produkte sind vom Markt sehr gut angenommen worden. Die Beratungszentren konnten 1997 1.163 Zusagen für Vorfinanzierungen und Kapitalisierungen der Eigenheimzulagen sowie 352 Zusagen für das Kombi-Produkt „Tandem 15“ erteilen.

1998 ist als Richtwert die Förderung von rund 3.700 Wohneinheiten vorgesehen. Auf die allgemeine Wohnungsmarktentspannung wird somit mit einer Verringerung des Förderolumens reagiert. Die vereinbarte Förderung wird fortgesetzt.

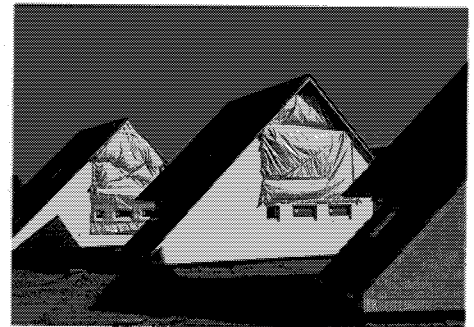


Förderergebnis 1997 und Ausblick auf 1998

	1997 Soll/Ist		1998 Soll
	Rahmen in Mio DM		Rahmen in Mio DM
Programmolumen	311	316	240
	Rahmen in WE		Rahmen in WE
1. Mietwohnungen			
- Neubau	2.510	2.192	1.810
- Modernisierung	100	100	500
- Erwerb von Belegungsrechten	50	-	130
2. Eigenheime			
- Stufe 1	650	1.138	650
- Stufe 2	490	792	590
Hausankäufe	8	8	15
2. Förderungsweg	87	87	-
Gesamt	3.895	4.317	3.695

Geplant ist die Mitfinanzierung von 2.050 Mietwohnungen, 260 sonstigen Maßnahmen wie z. B. Studentenwohnungen und 1.255 Eigentumsmaßnahmen. Darüber hinaus wird der Erwerb von Belehnungsrechten an Mietwohnungen für Kommunen eine zunehmende Bedeutung erhalten. Dazu sind verschiedene Förderinstrumente vorgesehen, wie beispielsweise die Förderung des Baus von bindungsfreien Mietwohnungen bei gleichzeitiger Einräumung von Belehnungsrechten für die Kommune im ungebundenen Wohnungsbestand des Investors. Die Förderung von Mietwohnungen erfolgt weiter zugunsten von Haushalten mit niedrigen Einkommen und für

besondere Bedarfsgruppen, insbesondere alte Menschen, Alleinerziehende, Schwerbehinderte und Obdachlose. Im Eigentumsprogramm werden Mittel für den Bau von 650 Wohneinheiten zur Verfügung gestellt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der Förderung von Gruppenselbsthilfemaßnahmen. Ferner können 590 Wohnungen für Haushalte mit mittleren Einkommen bei einer entsprechend geringeren Subvention finanziell unterstützt werden. Neben der effizienten und vollständigen Umsetzung des Landesprogramms haben wir uns das Ziel gesetzt, durch flankierende Maßnahmen die Wohnungsbaupolitik des Landes aktiv zu unterstützen.



Wohnungsbau in Kiel, im Vordergrund: ein Haus im Bau

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, haben wir unser Finanzierungsangebot für Bauinteressenten um ein weiteres innovatives Produkt ergänzt. In Kooperation mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ist „Tandem Plus“ entwickelt worden, um insbesondere jungen Familien und sogenannten „Schwellenhaushalten“ die Finanzierung der eigenen vier Wände zu ermöglichen. Eine weitere Zusammenarbeit mit der KfW ist auf dem Sektor der Modernisierung von Mietwohnungen und Eigentum geplant.

— Ihre Ansprechpartner Wohnungsbauförderung

Städte Kiel, Neumünster,
Kreise Plön und Rendsburg
– Eckernförde

Gerhard Hoffmann
Tel. (04 31) 9 00-32 39

Kreise Segeberg,
Pinneberg,
Steinburg

Ernst-A. Rinnbauer
Tel. (04 31) 9 00-32 18

Stadt Lübeck, Kreise
Herzogtum-Lauenburg,
Ostholstein, Stormarn

Monika Spreth
Tel. (04 31) 9 00-35 49

Kreise Dithmarschen
Schleswig-Flensburg
Nordfriesland, Stadt Flensburg

Imme Rebien
Tel. (04 31) 9 00-34 92



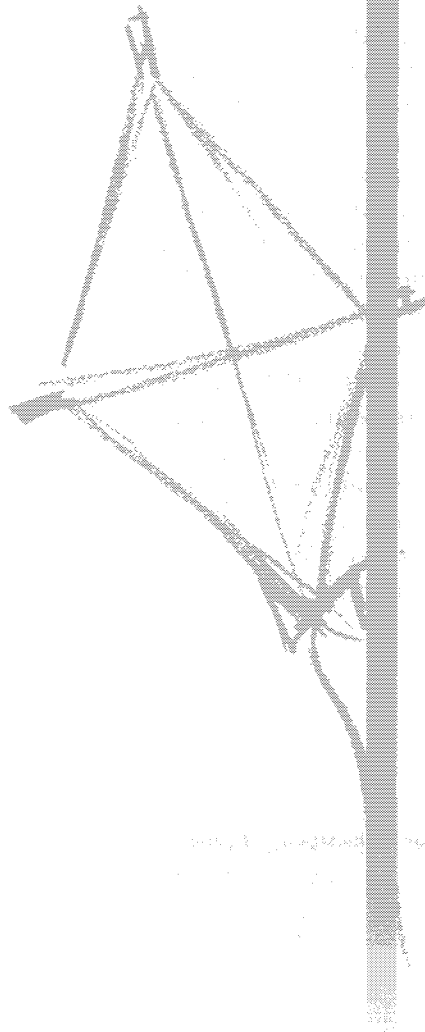
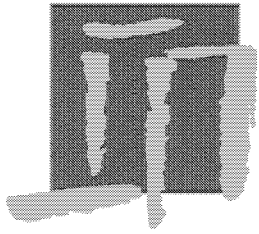
Fehlbelegungsabgabe

Im Auftrag des Landes Schleswig-Holstein haben wir die Festsetzung und Erhebung der Ausgleichszahlungen nach dem Schleswig-Holsteinischen Gesetz über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (AF-WoG SH) durchgeführt. Der zweite Prüfzyklus (1995-1997) wurde im Berichtszeitraum in der Bearbeitung weitgehend abgeschlossen. Mit Ablauf des Jahres 1997 konnten aus der seit 1992

eingeführten Fehlbelegungsabgabe insgesamt 57,1 Mio DM dem öffentlich geförderten Wohnungsbau zugeführt werden. Für das Jahr 1998 erwarten wir den dritten Erhebungszeitraum. Ab Juli 1998 werden dann die Einkommensverhältnisse von ca. 80.000 Mieterhaushalten erneut überprüft. Wir bieten den Mietern auch weiterhin in unseren Beratungsstellen flächendeckend Information und Beratung an.

— Ihr Ansprechpartner Fehlbelegungsabgabe

Olaf Lüders
Tel. (0431) 900-3307





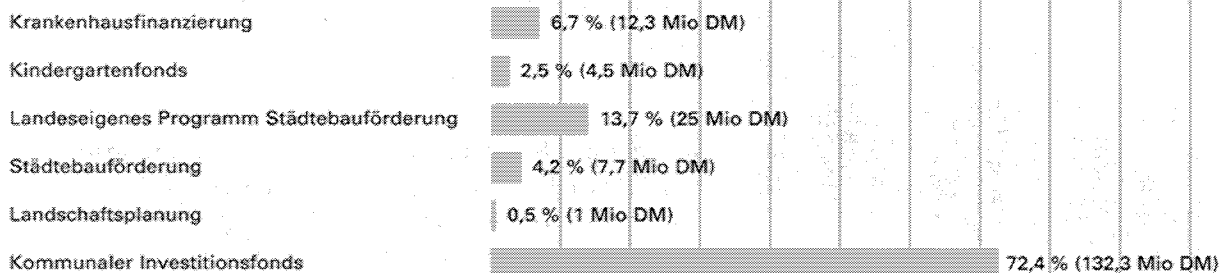
Kommunalförderung und Städtebau

Bedarfsorientiert unterstützten Investitionsfonds und andere Finanzierungen kommunale Projekte. Umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen wurden hierbei ohne staatliche Subvention gefördert. Im Refinanzierungsbereich konnten wir erneut eine äußerst günstige Kapitalmarktsituation nutzen. Dieses führte zur Entlastung des Landes durch niedrige Zinsdifferenz- aufwendungen im Fondsfinanzierungsbereich. Die Kommunen partizipieren nachhaltig durch entsprechende Wachstumspotentiale im kommunalen Investitionsfonds.



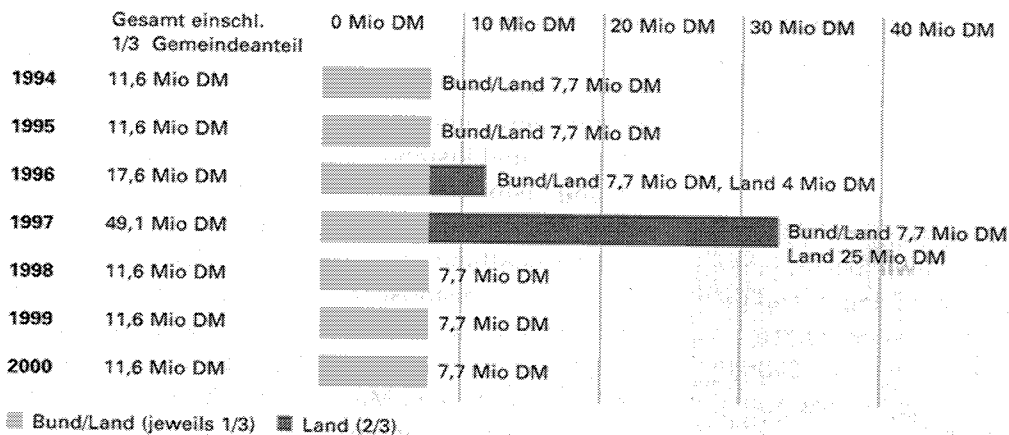
Jahresergebnisse 1997

Gesamtvolumen zur Finanzierung kommunaler Investitionen von 182,8 Mio DM



Förderung im Städtebau

Vorauszahlungen/Zuschüsse



Städtebauliche Stärkung der Innenentwicklung

Das Bund-Länder-Programm Städtebauförderung zeichnet sich im vierten Jahr mit einem unzulänglichen Bundesanteil für die alten Bundesländer aus. Der Anteil des Landes Schleswig-Holstein führte zu einer Bewilligung der Landes- und Bundesmittel von 7,7 Mio DM durch uns bzw. einschließlich Gemeindeanteil zu einem Jahresvolumen von rund 12 Mio DM und wird 1998 in gleicher Höhe bewilligt. Die städtebaulichen Schwerpunkte sind hierbei unverändert Wohnungsbau, Gewerbe und Konversion. Nicht nur die Innenentwicklung unserer Städte und Gemeinden leidet unter den deutlich reduzierten Förderungen.

Die Städtebauförderung ist auch Motor für Beschäftigung durch Bündelung von öffentlichem und privatem Kapital. Das Land hat sich der Situation durch ein erneutes eigenes Programm gestellt und wiederum die Bund-Länder-Finanzierung aufgestockt. 25 Mio DM Zuschüsse bewilligten wir für den Zeitraum 1998-2002 aus Haushaltsmitteln, die gemeinsam mit den kommunalen Eigenmitteln zu einem zusätzlichen Programmvolumen von 37,5 Mio DM führen. Bedeutsame Projekte innerhalb und außerhalb von Sanierungsgebieten verbessern hierdurch vorrangig städtebauliche Innenentwicklungen.



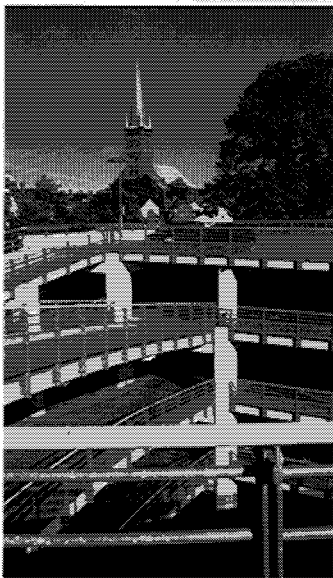
Ihre Ansprechpartner

Olaf Götsche
Tel. (04 31) 9 00-32 74

Winfried Krausbauer
Tel. (04 31) 9 00-32 87

Ihr Ansprechpartner

Stefan Müller
Tel. (04 31) 9 00-32 63



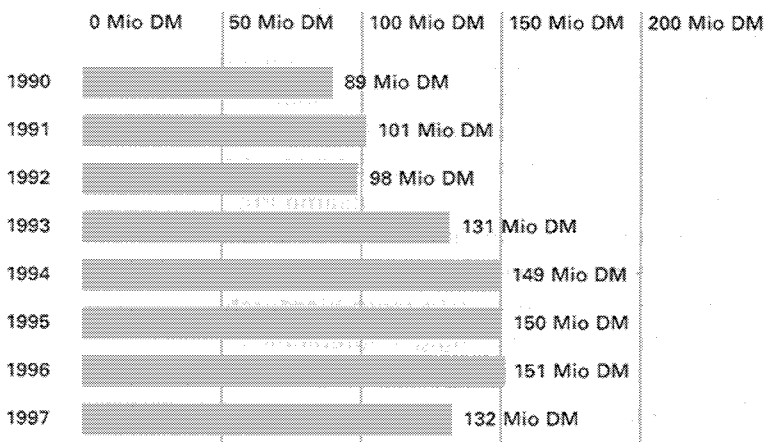
Denkmalgerechte Modernisierung historisch wertvoller Gebäude

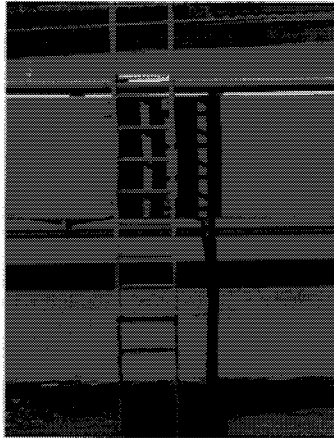
Wie in den Vorjahren setzen wir auch in 1997 zur denkmalgerechten Modernisierung und Instandsetzung historisch wertvoller Wohngebäude bzw. zur Neuschaffung von Wohnraum in historischer Bausubstanz grundsätzlich zinsgünstige Darlehen als Fördermittel ein. Mit einem auch 1998 zur Verfügung stehenden Fördervolumen von 1,5 Mio DM konnten in enger Abstimmung mit den Denkmalpflegebehörden 1997 in 53 Objekten 102 Wohnungen privater Eigentümer saniert oder neu errichtet werden.

Die Mittelknappheit der öffentlichen Hand im Bereich der Denkmalpflege hat zu einem erhöhten Beratungsbedarf geführt. Der jeweilige Finanzierungsbedarf des Kunden wird in jedem Einzelfall ausgelotet. Gegebenenfalls benennen wir alternative Finanzierungsmöglichkeiten weiterer Institutionen der Denkmalpflege. Auch gehören Hinweise auf bestehende Altmateriallager, auf Produkte aus dem Bereich historischer Baustoffe oder Selbsthilfeorganisationen der Denkmalpflege zum Beratungsumfang.

Bewilligungsvolumen im KIF

1990-1997





Attraktive Unterstützung durch den Kommunalen Investitionsfonds (KIF)

Flexibel und zeitnah stehen aus dem Kommunalen Investitionsfonds (KIF) für Schleswig-Holsteins Kommunen zinsgünstige Darlehen für umweltschützende und wirtschaftsfördernde Maßnahmen zur Verfügung. Der Fonds trägt sich selbst. Er hat sich zu einem unverzichtbaren Finanzierungsinstrument für wichtige Investitionsmaßnahmen der Kommunen ent-

wickelt. Das in den vergangenen Jahren deutlich gestiegene Fördervolumen bis zu 150 Mio DM jährlich wird zu 4,5 % Zinsen durch unser Fondsmanagement gewährleistet. Ein Refinanzierungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mehrte das Fondsvermögen ebenso wie eine optimale Liquiditätssteuerung durch die Investitionsbank.

Die klassischen Fördermaßnahmen sind erweitert um

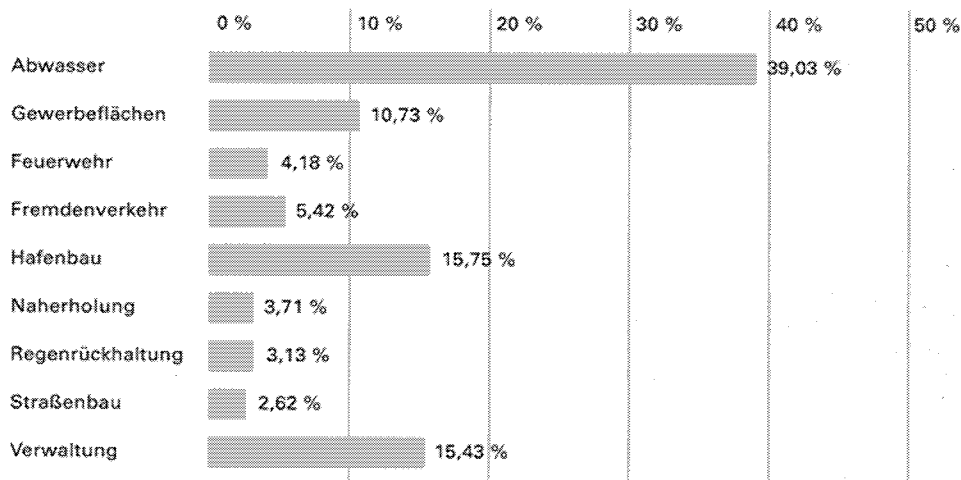
- kommunale Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege,
- naturnaher Bau und Ausbau von Regenrückhalteanlagen,

Ihr Ansprechpartner

Dirk Marx
Tel. (0431) 900-3377

- Gefährdungsabschätzung von Altanlagen
- Bau und Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen in Verbindung mit Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung und in Verbindung mit Biomasseanlagen,
- nachträgliche Wärmedämm- und Stromsparsmaßnahmen in öffentlichen Verwaltungsgebäuden,
- Bau und Erweiterung kommunaler Sportstätten.

1997 vergebene Darlehen im Kommunalen Investitionsfonds nach Maßnahmengruppen



Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz

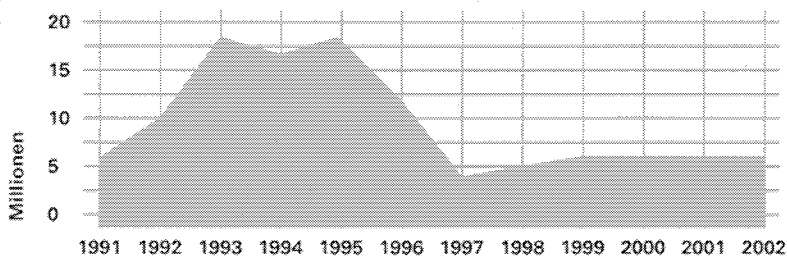
Der Anspruch aller Kinder zwischen drei und sechs Jahren auf einen Kindergartenplatz ist gesetzlich geregelt. Zur Erfüllung des Rechtsanspruchs stehen in Schleswig-Holstein 1998 67.700 Kindergartenplätze zur Verfügung, die zusammen mit den restlichen geplanten Baumaßnahmen den Bedarf zur Einhaltung des Rechtsanspruchs zum 1. Januar 1999 decken werden. Der Kindergartenfonds finanzierte mit zinsgünstigen Darlehen Projekte. Die Kosten werden von Investoren und Landeshaushalt getragen.

Ihr Ansprechpartner

Martin Köster
Tel. (0431) 900-3487



Bewilligungen im Kindergartenfonds
1991-2002



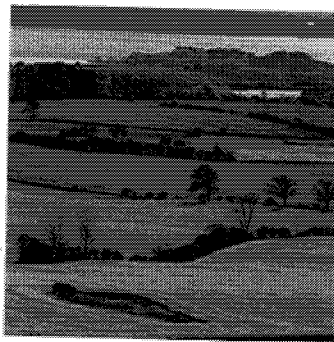


Bessere Wirtschaftlichkeit durch Krankenhausfinanzierungen

Das Land stärkt Krankenhäuser in ihrer Leistungsfähigkeit und trägt zu sozial tragbaren Pflegesätzen durch die Förderung von Krankenhausbaumaßnahmen bei. Investive Baumaßnahmen finanziert das Land, zum Teil wird auch statt der direkten Förderung durch das Land der Schuldendienst für Darlehen übernommen, die von der Investitionsbank zinsgünstig refinanziert und bereitgestellt werden. 1997 stellten wir im Rahmen der vom Land bewilligten Darlehensquoten 12,3 Mio DM zur Verfügung.

Ihr Ansprechpartner

Olaf Götsche
Tel. (04 31) 9 00-32 74



Ihre Ansprechpartner

Winfried Krausbauer
Tel. (04 31) 9 00-32 87

Diethelm Gellert
Tel. (04 31) 9 00-33 95

Landschaftsplanung als wichtiges Instrument des Naturschutzes

Bei der Entwicklung von Wohnbau- und Gewerbeflächen oder der Ausweisung von Flächen für Windkraftanlagen haben Landschaftspläne wegen der großen Eingriffe in Natur und Landschaft eine besondere Bedeutung. Schutzwürdige Flächen sind zu sichern, zu entwickeln und zu integrieren. Die Landschaftsplanung ist Voraussetzung für die Neuaufstellung oder Änderung von Bebauungs- oder Flächennutzungsplänen. Die Gemeinden entlastet das der Investitionsbank übertragene Programm durch eine Zuschussung mit bis zu 50 % der Planungskosten. Den 1997 bewilligten Zuschüsse von einer Mio DM steht 1998 ein höheres Bewilligungsvolumen gegenüber.

Ihre Ansprechpartner

**Städtebaufinanzierung
Förderung historisch wertvoller Wohngebäude
Investitionsfonds**
Erwin Christiansen
Tel. (0431) 9 00-3234

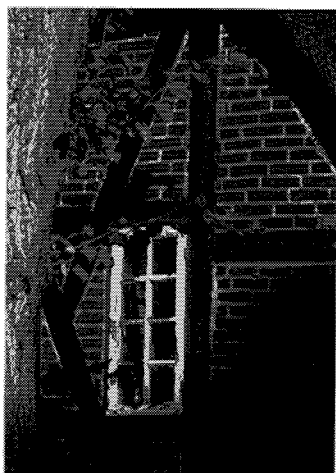
Produktservice Planen und Sanieren
Klaus Holm
Tel. (0431) 9 00-3386

**Kommunale Förder- und
Projektberatung**

Mit einem innovativen Beratungs- und Dienstleistungsangebot stand die kommunale Förder- und Projektberatung der Investitionsbank Städten, Gemeinden und Kreisen auch 1997 bei ihren vielfältigen Aufgabenstellungen zur Verfügung. Im Mittelpunkt der wettbewerbsneutralen Beratungen stand die Entwicklung und Durchführung maßgeschneiderter Lösungen für die individuellen Anforderungen unserer kommunalen Kunden. Dabei wurden betriebswirtschaftliches, förderspezifisches und technisches Expertenwissen der Investitionsbank zu integrierten Lösungsansätzen zusammengeführt, um die Vorhaben wirtschaftlich und finanzierbar zu konzipieren. Die Bandbreite der Vorhaben spiegeln die unterschiedlichen Aufgabenstellungen wider, bei denen wir die schleswig-holsteinischen Kommunen unterstützen:

Kommunale Investitionen

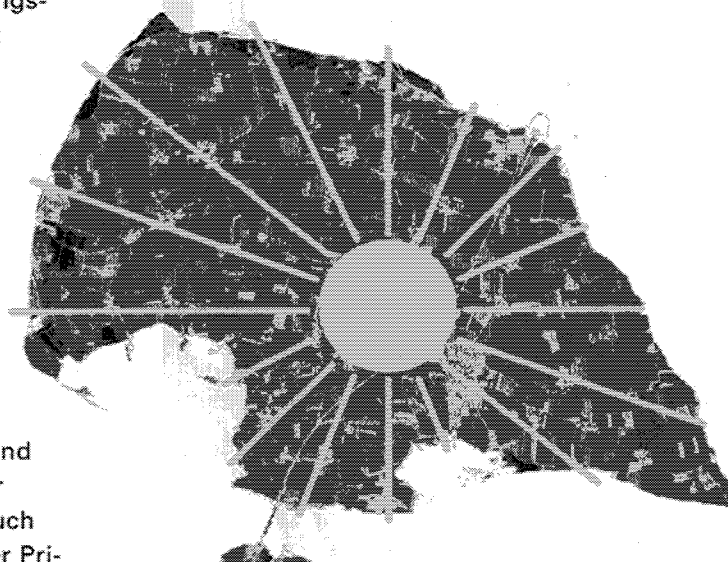
Neue Wege bei kommunalen Investitionsvorhaben ermöglichen teilweise deutliche Kosten- und Zeiteinsparungen. Das erforderliche Expertenwissen für die Konzeption und Umsetzung dieser Verfahren konnte die Investitionsbank 1997 in mehreren Beratungsmandaten unter Beweis stellen. Durch die neutrale Stellung der Investitionsbank wurden jeweils die wirtschaftlichsten Lösungsansätze unter Einhaltung der Vorgaben des Auftraggebers entwickelt. Zur erfolgreichen Umsetzung von Investorenkonzepten, wie z. B. Leasing, wurden die haushalts- und förderrechtlichen Vorgaben sowie alle genehmigungsrelevanten Aspekte des Landes Schleswig-Holstein bzw. des Bundes bei den Lösungskonzepten eingearbeitet und beachtet.

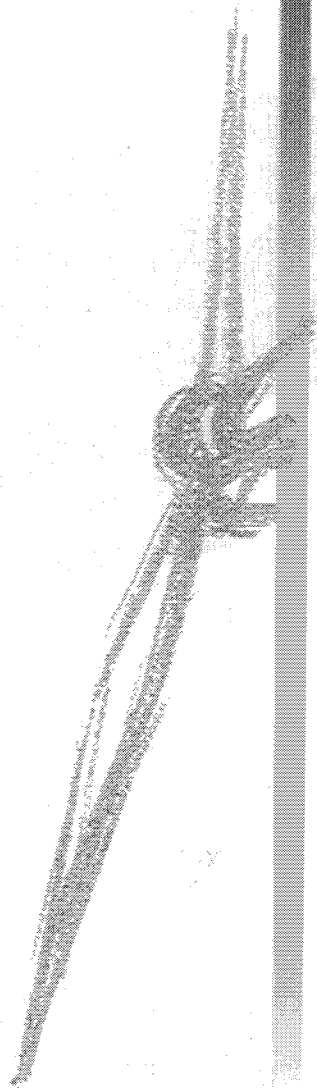
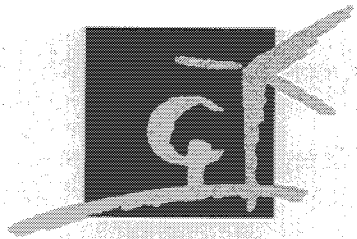


Touristische Infrastruktur

Zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur im Land Schleswig-Holstein entwickelte die Investitionsbank verschiedene Projekte. So wurde 1997 bei der Privatisierung eines kommunalen Schwimmbades mit anschließendem Ausbau zum Thermo-solebad eine Beurteilung der verschiedenen Organisationskonzepte vorgenommen. Die Angebote einzelner Bieter wurden mit Blick auf die Wirtschaftlichkeit und Attraktivität bewertet. Den kommunalen Entscheidungsträgern konnte somit wertvolle Entscheidungshilfe zur Realisierbarkeit der sehr unterschiedlichen Lösungsansätze geboten werden. Weitere Mandate konnten gewonnen werden für die Begleitung der Konzeption und Errichtung eines Freizeit- und Themenparks auf der Insel Fehmarn wie auch für die Begleitung der Pri-

vatisierung einer Kuranlage, auf der ein wesentlich erweitertes touristisches Angebot entstehen soll. Die Sicherung der Interessen des Auftraggebers, die Konzeption geeigneter und wirtschaftlicher Vorgehensweisen und die Koordination der Beteiligten standen im Vordergrund der Tätigkeit.







Umwelt- und Energieförderung

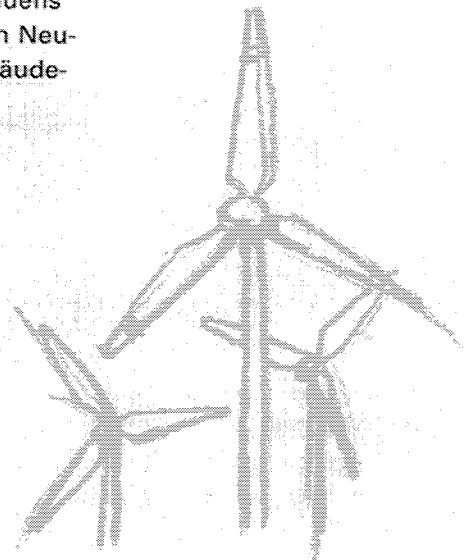
Die Umwelt- und Energiepolitik des Landes Schleswig-Holstein orientiert sich an dem Leitbild der nachhaltigen und dauerhaften umweltgerechten Entwicklung der auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 verabschiedeten Agenda 21. Das Land und die Energiestiftung Schleswig-Holstein haben verschiedene Bausteine, Programme und Maßnahmen zur Umsetzung dieser Zielsetzungen auf uns übertragen. Hierzu zählen insbesondere:

- Eine nachhaltige Klimaschutzpolitik insbesondere durch Maßnahmen zur Energieeinsparung, der rationellen Energieversorgung und des Einsatzes erneuerbarer Energieträger mit dem Ziel einer Reduktion der CO₂-Emissionen um 80 % bis Mitte des nächsten Jahrhunderts,
- Förderung der ökologischen Umgestaltung der Wirtschaft Schleswig-Holsteins durch Aufbau und Entwicklung von ressourcensparenden Produktionsweisen und Produkten, unter anderem ökotechnische und ökonomische Maßnahmen, Abfallwirtschaftskonzepte, Umweltaudits, Wassereinsparung, Regenwassernutzung.
- Maßnahmen des ressourcensparenden und ökologischen Bauens und Wohnens im Neubau und im Gebäudebestand.

Ihr Ansprechpartner
Förderprogramme

Heinz Max Klinger
Tel. (0431) 900-3669

Neben der Schonung begrenzter Ressourcen sollen diese Programme immer auch der technisch-wirtschaftlichen Innovation dienen und damit zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein durch Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit beitragen.

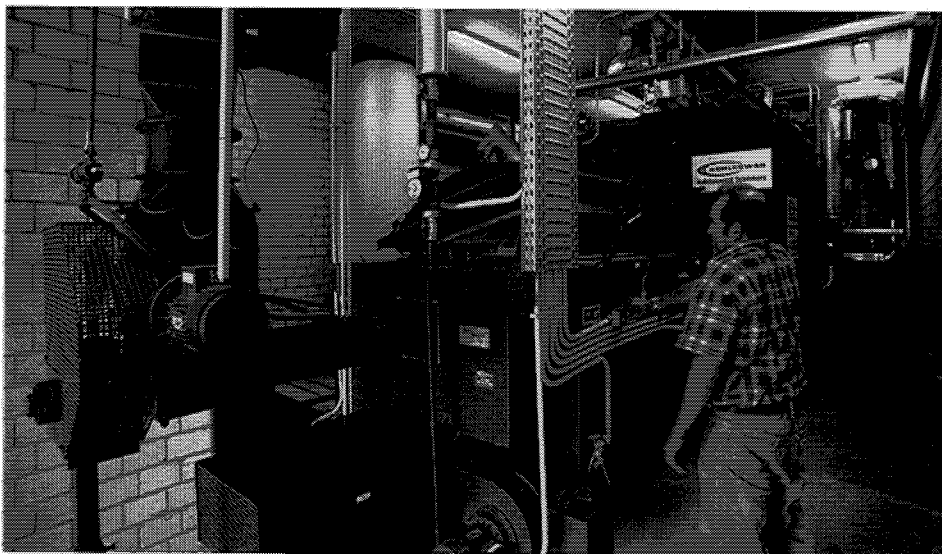
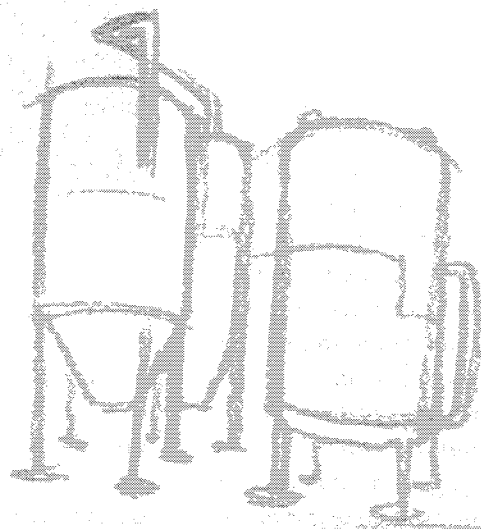


Umwelt- und Naturschutz, Energieeinsparung und Ressourcenschonung sind typische Querschnittsaufgaben, entsprechend breit sind viele Kundengruppen anzusprechen. Darüber hinaus geht es bei der Umsetzung der Agenda 21 nicht um singuläre technisch-wirtschaftliche Maßnahmen, sondern um die Organisation eines Lernprozesses, der in Schleswig-Holstein durch entsprechende Maßnahmen unterstützt werden soll. Im Förderbereich „Umwelt und Energie“ haben wir neben den bisher wahrgenommenen ökologischen Aufgaben auch neue Dienstleistungsangebote entwickelt und umgesetzt. Im wesentlichen setzt sich unser Aufgabenspektrum wie folgt zusammen:

- Betreuung und Umsetzung umwelt- und energiebewußter Förderprogramme und -aufgaben des Landes Schleswig-Holstein,
- institutionell geförderte Beratung zur Unterstützung der Förderziele des Landes,
- Bereitstellung technischer und ökologischer Dienstleistungen in Ergänzung zu Förderprogrammen des Landes,
- Wahrnehmung der Querschnittsaufgaben Umwelt und Energie.



Zusammenfassend förder-
ten das Land und die
Energienstiftung Schleswig-
Holstein den Einsatz
erneuerbarer Energien
(Wind, Sonne, Biomasse)
mit 3,84 Mio DM, den Ein-
satz rationeller Versor-
gungstechniken mit 1,67
Mio DM, Maßnahmen der
Energieeinsparung und
sonstige mit 850.000 DM.
Darüber hinaus förderte
die Energienstiftung Schles-
wig-Holstein die Arbeit
der Energieagentur in
Höhe von 1,3 Mio DM.
Diese Mittel dienen der
Durchführung von Initial-
beratungen, der Betreu-
ung und Entwicklung
sowie auch der Durchfüh-
rung von Beratungs-,
Pilot- und Demonstra-
tionsvorhaben.





Erneuerbare Energien

Die bisherige Windenergieförderung und die Entwicklung der Rahmenbedingungen haben dazu geführt, daß die Windenergiekapazitäten in Schleswig-Holstein stetig weiter ausgebaut werden konnten. Mit der Festlegung von Eignungsräumen für die Windenergienutzung in den Planungsräumen Nordfriesland, Dithmarschen und Schleswig-Flensburg im Berichtsjahr sowie demnächst in den anderen Kreisen des Landes sind dann die Voraussetzungen geschaffen, die energiepolitischen Ausbauziele der Landesregierung auf 1.200 bis 1.400 MW erreichen zu können. Bis Ende 1997 waren in Schleswig-Holstein 1.495 Windenergieanlagen mit

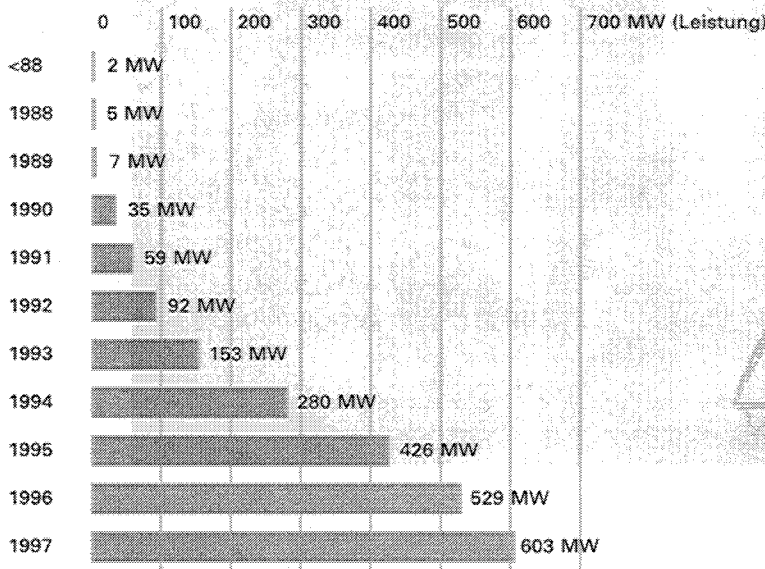
einer Gesamtleistung von 603 MW in Betrieb. Mit 120 Windkraftanlagen und einer Investitionssumme von ca. 140 Mio DM wuchs die installierte Leistung um 74 MW gegenüber dem Vorjahr. Mit den im Berichtsjahr erzeugten knapp 1,3 Mrd Kilowattstunden konnten ca. 9,5 % des Stromverbrauchs in Schleswig-Holstein gedeckt werden; 1988 waren es lediglich 0,04 %. Aufgrund der bisherigen technischen Weiterentwicklung und der damit einhergehenden Kostensenkung je installierter Kilowattstunde wurde die Breitenförderung der Windkraftnutzung im Lande eingestellt. Eine Förderung der technologischen und innovativen Weiter-

entwicklung wurde in geringem Umfang weitergeführt.

Durch förderprogramm-begleitende Fachveranstaltungen für Planer, Handwerksbetriebe und das ausführende Gewerbe konnten die bisherigen Erfahrungen und neuen Erkenntnisse bei der verstärkten Nutzung thermischer Solarenergienutzung in Ein- und Zweifamilienhäusern weitergegeben werden. Dies führte dazu, daß die Auswahl der thermischen Solarmodule, die Montage und Systemzuverlässigkeit effizienter, kostengünstiger und angepaßter erfolgte. Durch Förderung der Energiestiftung Schleswig-Holstein werden auch

Installierte Wind-Leistung in Schleswig-Holstein

Gesamt: 603 MW, 1495 Windkraftanlagen (Stand 12/97)



die Möglichkeiten des Einsatzes von Solarenergie zur Warmwassererzeugung im Mietwohnungsbau, in Freizeiteinrichtungen und Hotels vielfältig genutzt; u. a. konnten mittlere und größere Solaranlagen an den Berufsschulen Rendsburg, dem Campingplatz in Husum, dem Sportlerheim in Hörup und dem Neubaugebiet Horst realisiert werden.

Im Bereich der Biomassenutzung konnten mit intensiver Unterstützung und Beratung durch die Energieagentur sowie der Förderung durch die Energiestiftung Schleswig-Holstein und der zuständigen Ressorts des Landes wichtige Pilot- und Demonstrationsvorhaben initiiert und umgesetzt werden. Beispiele hierfür sind die Holzheizwerke in Langballig, Schönberg, Stockelsdorf und Bordesholm sowie die Biogasanlagen in Risum-Lindholm, Achtrup und Behlendorf. Angesichts dauerhaft niedriger Preise für fossile Energieträger ist trotz steigender Effizienz weiterhin mit einem entsprechenden Fördermittelbedarf zu rechnen.



Umwelt- und ressourcenschonende Maßnahmen

Die Vorhaben im Bereich Ökotechnik und Ökowiirtschaft haben im wesentlichen Pilot- und Demonstrationscharakter und dienen der Verbreiterung der Erkenntnisse.

So ist beispielsweise in das geförderte Vorhaben zur Produktion von Biofloc, einem Zellulosedämmmaterial aus Recyclingstoffen, wie Altpapier, die FH Kiel eingebunden, um modifizierte/erweiterte Anwendungen dieses Dämmstoffes zu entwickeln.

Die Förderung von Umweltaudits wird nach einem vorgegebenen Verfahrensweg auf der Basis der EU-Vorgaben abgewickelt. Es wurden fünf Projekte gefördert, bei denen der betriebliche Ablauf auf umweltschonendem Verfahren optimiert und gleichzeitig ein Umweltmanagement installiert wurde.

Im Bereich Wassereinsparung wurde z. B. eine Rosenschule aus der Grundwasserabgabe gefördert, die zur Bewässerung der gärtnerisch genutzten Flächen den Bau eines Regenwasserauffangteiches durchgeführt. Durch diese Maßnahme wird der jährliche Wasserbedarf (8000 m³) des Gartenbaubetriebes vollständig gedeckt.

Die geförderten Maßnahmen, bei denen Regenwasser für die Toiletten-spülung und Gartenbewässerung genutzt wird, ermöglichen in 188 Wohneinheiten die Einsparung wertvollen Trinkwassers.

Im Bereich ressourcensparendes Bauen und Wohnen haben die geförderten Maßnahmen dazu geführt, daß das ökologische Bauen in Schleswig-Holstein eine zunehmende Aufmerksamkeit erfährt.



Energetische Sanierung im Wohngebäudebestand

In enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V. wurde von der Energieagentur das Konzept für ein Impulsprogramm „Wärmetechnische Gebäudesanierung“ entwickelt. Mit diesem Konzept soll der Weg geebnet werden für Maßnahmen zur Wärmedämmung an der Gebäudehülle, Austausch von Fenstern, Isolierung von Dachflächen etc. um den Energieverbrauch im Gebäudebestand drastisch zu senken und damit einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Langfristig soll sich aus den „Impulsen“ ein Markt entwickeln, der auch ohne Förderung wirtschaftlich interessante Perspektiven bietet. Als Einstieg in das Impulsprogramm und als wichtigstes Instrument für die Initialberatung wurde 1997 eine Gebäudetypologie für Schleswig-Holstein in Auftrag gegeben. In der von der Investitionsbank finanzierten anspruchsvollen Darstellung einer landespezifischen Haustypenmatrix werden u.a. typische Baukonstruktionen im Ist-Zustand dokumentiert und praxisnahe Lösungen zur energetischen Sanierung aufgezeigt.





Das Impulsprogramm „Wärmetechnische Gebäudesanierung“ wird im Jahr 1998 gestartet. Es wird gefördert vom Land und der Energiestiftung Schleswig-Holstein und unter gemeinsamer Leitung der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen und der Energieagentur umgesetzt. Gleichzeitig werden gemeinsam mit dem Bereich Wohnungsbau neue Förderinstrumente zur Unterstützung des Programms entwickelt.

Ihr Ansprechpartner
Projekte und Dienstleistungen

Wilm Feldt
Tel. (0431) 900-3661

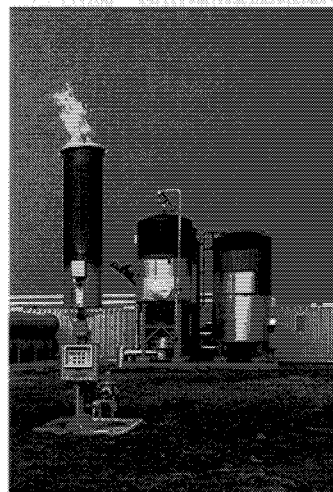
Klimaschutz im Umfeld der kommunalen Gebiets- körperschaften

Das Ministerium für Finanzen und Energie unterstützt mit dem Stromspar-Förderprogramm Stromsparuntersuchungen und daraus resultierende Investitionsmaßnahmen in Kommunen. Aufgrund der nicht unerheblichen Stromeinsparungsmöglichkeiten wirken diese Maßnahmen vielfach zunächst kosteneutral und später haushaltsentlastend. Im Vergleich zum Vorjahr konnte das Fördervolumen mehr als verdoppelt werden. Trotz der ökologischen und ökonomischen Vorteile zeigt die Erfahrung, daß für eine nachhaltige, wirksame kommunale Energiesparpolitik die Einführung eines nachhaltigen und effektiven Energiemanagements als Querschnittsaufgabe unabdingbar ist.

Mit dem Mobilen kommunalen Energiebeauftragten bieten wir seit Mitte 1996 auf der Grundlage der Erkenntnisse eines von der Energiestiftung Schleswig-Holstein geförderten Modellprojektes ein umfassendes Dienstleistungsangebot für die Einführung eines EDV-gestützten kommunalen Energiemanagements an. Zu den wichtigsten Aufgaben zählen:

- der Aufbau des Energiecontrolling und -berichtswesens,
- die Einführung der Verbrauchserfassung,
- die Erarbeitung von Sanierungsmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden,
- Erstellung von Prioritätenlisten,
- Beratung der Gremien,
- Analyse der Verwaltungsstruktur.

Gegenwärtig werden Projekte in den Städten Geesthacht, Wedel und Neumünster und im Kreis Nordfriesland bearbeitet.



Stromerzeugung

— Ihr Ansprechpartner Energieagentur

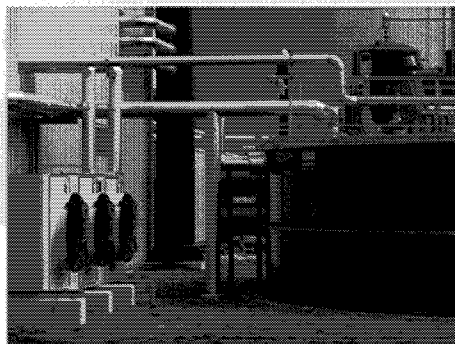
Hans Eimannsberger
Tel. (0431) 9 00-3660

Als weiterer Baustein eines von der Energienstiftung Schleswig-Holstein geförderten Pilotprojektes konnte der „Wärmeatlas“ fertiggestellt werden. Mit Hilfe der zuvor aufgebauten Wärmeatlanten wurden bei den teilnehmenden Energieversorgungsunternehmen die technischen Potentiale für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen in den untersuchten Kommunen ausgewiesen. Nun haben die Energieversorger die Möglichkeit, diese Potentiale zu analysieren und Maßnahmen in Richtung Klimaschutz zu ergreifen. Die Verknüpfung der Energiedaten mit einer automatisierten Liegenschaftskarte – erstmalig realisiert für eine Gemeinde Schleswig-Holsteins – trägt dazu bei, Energieversorgungsoptionen vor Ort besser zu bewerten.

Auch der Schwerpunkt der Landesförderung im Bereich „rationelle Versorgungstechniken“ lag wiederum in der Infrastrukturförderung in Form von Wärmenetzen mit dem Schwerpunkt in der Hansestadt Lübeck. Daneben wurde der Bau einer Erdgasexpansionsanlage in Pinneberg gefördert.

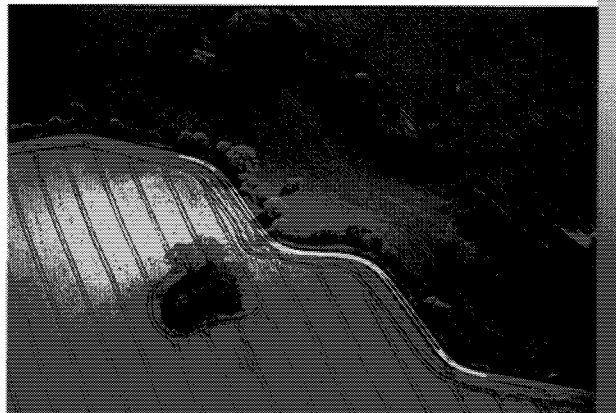
In den Initialberatungen der Energieagentur für kommunale Gebietskörperschaften und Versorgungsunternehmen waren Nahwärmeprojekte in Verbindung mit Kraft-Wärme-Kopplungs- oder Biomasseanlagen ebenfalls ein Beratungsschwerpunkt. Durch intensive Beratung und Organisation von Erfahrungsaustausch konnte über die hieraus resultierende höhere Wirtschaftlichkeit der Investitionen der Wegfall öffentlicher Förder-

mittel zum Teil kompensiert werden. Trotzdem ist bei den Versorgungsunternehmen eine zunehmende Zurückhaltung bei Investitionen in Eigenzeugungsanlagen zu beobachten, die ihre Ursachen in den zu erwartenden Folgen der Energierechtsreform mit stark wachsenden Mengen-, Preis- und Absatzrisiken sowie der teilweise noch unklaren Rechts- und Verordnungslage hat. Diese Entwicklung wird sich im Jahre 1998 noch verstärken und zunächst zu einer Neustrukturierung innerhalb und unter den Versorgungsunternehmen führen.



Markttöffnung durch Beratung und Kommuni- kation als Förderersatz und -ergänzung

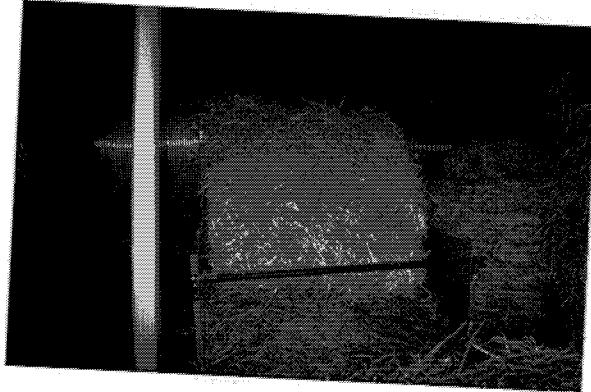
Für die Energieagentur hat die Entwicklung und Verbreitung von Kenntnissen und Maßnahmen des Klimaschutzes, der rationellen Energieversorgung und -verwendung sowie insbesondere die Verminderung der CO₂-Emission in den Bereichen Energienutzung, Energieumwandlung und erneuerbare Energien eine besondere Bedeutung. Hier ergaben sich die folgenden Aufgabenstellungen, die gegenwärtig von der Energiestiftung Schleswig-Holstein gefördert werden:



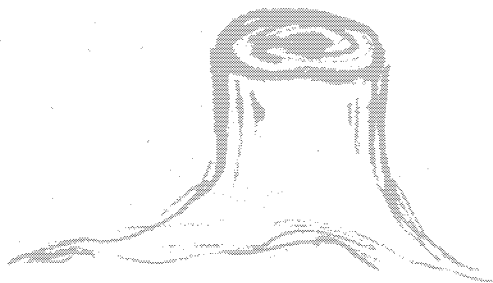
- Abbau von Informationshemmnissen und Bewußtseinsbildung in den genannten Themengebieten,
- Beratung, Koordination und Moderation,
- Durchführung und Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsvorhaben,
- Qualifizierung und Fortbildung,
- Entwicklung und Erprobung neuer Dienstleistungen,
- Markttöffnung für neue Technologien.

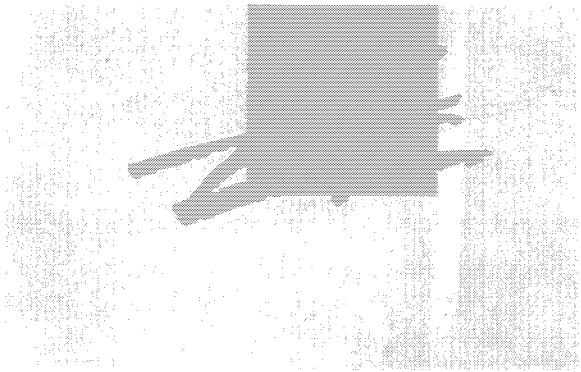


Gemeinsam mit dem Energie- und dem Bildungsministerium des Landes Schleswig-Holstein startete die Energieagentur 1997 im Rahmen des Stromsparförderungsprogramms des Landes den Wettbewerb „Energiesparen an unseren Schulen in Schleswig-Holstein“. Beteiligten konnten sich sowohl Schulen als auch Kommunen. Ziel des Wettbewerbs ist es, in Gemeinschaftsarbeit von Schülern, Lehrern, Eltern, Hausmeistern und Verwaltungsmitarbeitern aus Schul- und Bauämtern jeweils individuelle Konzepte zum Energiesparen an den Schulen zu entwickeln. In einer zweiten Phase werden diese Konzepte seit Herbst 1997 mit Unterstützung der Energieagentur und der Beratungslehrer des Landes in die Tat umgesetzt.



Inhalte, Erfahrungen und Ergebnisse kommunaler Umweltarbeit werden in unserer Zeitschrift ÖKOMMUNAL, herausgegeben von der Umweltagentur, veröffentlicht. Das Forum, das in Zusammenarbeit mit dem Verein Umweltagentur, der Energiestiftung Schleswig-Holstein, der Akademie für Natur und Umwelt und der Akademie für die ländlichen Räume erstellt wird, erscheint sechsmal im Jahr.







Agrarförderung

Agrarförderung

Die wirtschaftlichen Ergebnisse auch der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft sind im Wirtschaftsjahr 1996/97 für die meisten Betriebe positiver ausgefallen, als zu Beginn des Jahres erwartet worden ist. Mit einem durchschnittlichen Ertrag von 91 Doppelzentnern Winterweizen hat Schleswig-Holstein im bundesdeutschen Vergleich seine Spitzenposition erneut unter Beweis gestellt. Die 73 % Futterbaubetriebe in Schleswig-Holstein haben dagegen ein schwieriges Wirtschaftsjahr hinter sich, zum einen bedingt durch niedrige Milchpreise, zum anderen durch die dramatische Preissituation auf dem Rindfleischmarkt infolge der BSE-Krise.

Der Bestand an Schweinen hat sich auf rund 1,3 Mio Tiere in Schleswig-Holstein ausgeweitet, die Veredelungsbetriebe verzeichneten einen Gewinnanstieg.

Für den Anstieg der Marktpreise war im wesentlichen die Schweinepest in Norddeutschland und in den Niederlanden ursächlich.

Insgesamt bleibt es bei der Erkenntnis, daß die wirtschaftlichen Ergebnisse der Haupterwerbsbetriebe auch im abgelaufenen Wirtschaftsjahr wieder breit gestreut blieben. Erreichten die Veredelungsbetriebe im Durchschnitt eine Umsatzrendite von 8,1 %, so stagnierte diese im Durchschnitt bei den Marktfuchtbetrieben bei 4,5 %, bei den Futterbaubetrieben sank sie im Durchschnitt weiter auf -6,5 %.

Ein ähnlich abgestuftes Bild zeigt die Eigenkapitalrentabilität, Marktfuchtbetriebe +2,2 %, Veredelungsbetriebe +4,7 % und Futterbaubetriebe -2,4 %.

Im Durchschnitt der deutschen Landwirtschaft bleibt es bei der Dreiteilung von landwirtschaftlichen Unternehmen. Rund ein Drittel verzeichnet extreme wirtschaftliche Schwierigkeiten, ausgedrückt durch hohe Eigenkapitalverluste und Zunahme des Fremdkapitals. Ein zweites Drittel bildet nur unterdurchschnittliches Eigenkapital, das verbleibende Drittel bildet überdurchschnittliches Eigenkapital und kann als Motor der Agrarwirtschaft bezeichnet werden, da es durchschnittlich über 90.000,- DM investiert hat.





Agrarförderung betreut Mittelvergabe

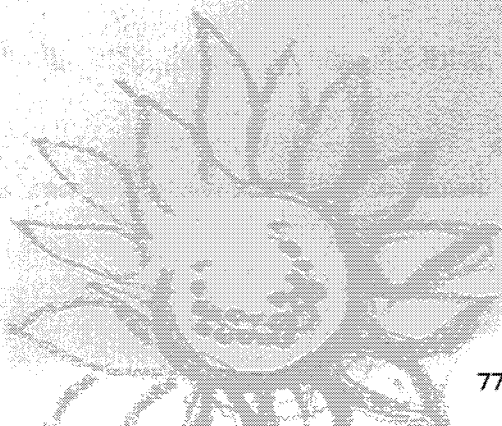
Wir betreuen eine Vielzahl von Förderprogrammen, die seit den fünfziger Jahren aus Landes- und Bundesmitteln an landwirtschaftliche Betriebe vergeben wurden. So ist ein Darlehensbestand von ca. 605 Mio. DM (Vorjahr 650 Mio DM) zu verwalten, der sich auf ca. 11.800 Kunden verteilt.

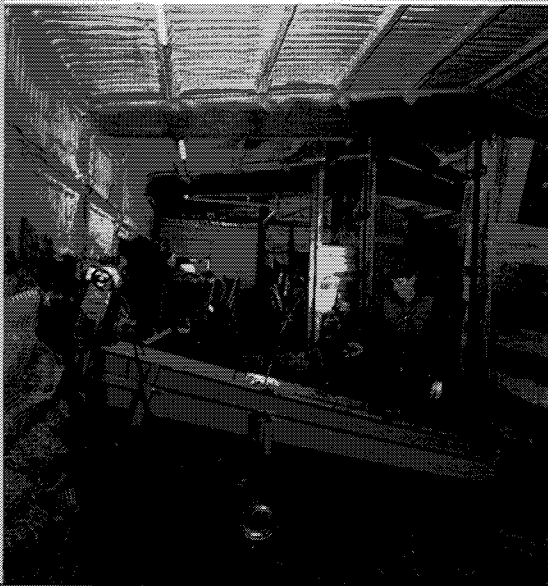
Schwerpunkte unserer Arbeit lagen in den Bereichen Pfandentlassung, Schuldnerwechsel und der Begleitung leistungsgestörter Engagements.

Im Berichtsjahr hat die Investitionsbank 225 Mio DM dieser Forderungen angekauft, die bisher als Treuhandvermögen geführt wurden. Die IB ist somit Gläubigerin dieser Forderungen geworden. Gegenüber den Kunden ergeben sich keine Veränderungen durch die Transaktion.

Von 1973 bis 1995 flossen öffentliche Darlehen (Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und Siedlungsmittel des Landes und des Bundes) im Rahmen der einzelbetrieblichen Investitionsförderung (EFP) in landwirtschaftliche Unternehmen.

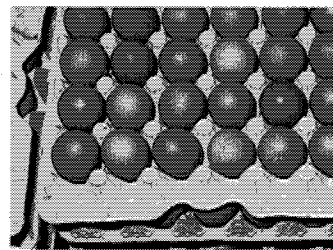
Im Rahmen des Agrarinvestitionsförderprogramms (AFP), als Nachfolgeprogramm des EFP, wurden 1997 443 landwirtschaftliche Unternehmen mit einem durchschnittlichen förderfähigen Bauvolumen von knapp 320 TDM gefördert. Dabei übernahm die Investitionsbank – wie in den Vorjahren als Landesleitinstitut – die Auszahlung der Investitions- sowie der Zinszuschüsse.





Ausblick

Für das Wirtschaftsjahr 1997/98 werden gute Perspektiven für die Land- und Ernährungswirtschaft prognostiziert. Vorerst unabhängig von der Entwicklung der Märkte und Preise wird die Diskussion um das im Sommer 1997 vom Präsidenten der EU-Kommission Jaques Santer vorgelegte Paket mit Vorschlägen zur künftigen Finanzierung der Gemeinschaft weiteren Reformen der EU-Struktur und Agrarpolitik und zur Erweiterung der EU um die mittel- und osteuropäischen Länder weitergehen. Mit der Vorlage dieses Santer-Paketes entsprach die EU-Kommission dem Auftrag der



Staats- und Regierungschefs. Diese „Agenda 2000“ traf und trifft auch heute noch sowohl auf uneingeschränkte Zustimmung, als auch auf große Zurückhaltung und zum Teil harte Ablehnung. Die agrarpolitische Diskussion wird auch 1998 geprägt bleiben von der Diskussion um das Für und Wider dieser „Agenda 2000“ und der politischen Wertung der Positionen. Für die deutsche Landwirtschaft werden die nächsten Jahre begleitet bleiben von einem deutlichen Strukturwandel, dem Diktat knapper Kassen und dem „Gerangel“ eben um diese Mittel.



Die weltweit gestiegene Kaufkraft für Nahrungsmittel kann sich positiv auswirken. Die deutsche Landwirtschaft kann und wird sich durch ihre nachhaltige Wirtschaftsweise das Vertrauen der Verbraucher sichern. Umweltfreundliche Produkte, tiergerechte Haltungssysteme, gesunde Nahrungsmittel, intakte Landwirtschaft, gepflegte Felder werden dazu beitragen und nachhaltig wettbewerbsfähigen und unternehmerisch geführten landschaftlichen Betrieben ermöglichen, auch zunehmend ohne staatliche Unterstützung ihr Einkommen im Markt zu verdienen.



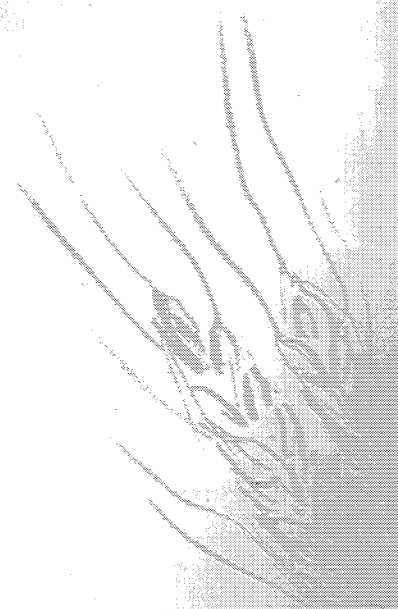
Ihre Ansprechpartner im Bereich Agrarförderung

Treuhandgeschäft

Dieter Zingler
Tel. (04 31) 9 00-32 75

**Treuhandstelle für
Agrarkredite**

Hans-Christian Hammerich
Tel. (04 31) 9 00-33 47



Aufstiegs-Fortbildungsförderung/„Meister-BAföG“

1.900 Personen erhielten im Berichtsjahr Leistungen nach dem Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (AFBG) – das sogenannte Meister-BAföG. Ziel ist es, Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Aufstiegsfortbildung durch Beiträge zu den Kosten der Maßnahme und zum Lebensunterhalt finanziell zu unterstützen.

Die Förderzusagen umfaßten insgesamt 18,6 Mio DM, davon wurden 2,7 Mio DM als Zuschüsse bewilligt. Über 15,9 Mio DM bestand ein Darlehensanspruch gegenüber der Deutschen Ausgleichsbank. Jeder Fördernehmer entscheidet frei über die Inanspruchnahme seines Darlehensanspruchs.

Die Beratungsstellen der Investitionsbank informieren über die Fördermöglichkeiten nach AFBG.

Ihr Ansprechpartner

Olaf Lüders
Tel. (0431) 900-3307

EXPO PROJEKT 2000

SCHLESWIG-HOLSTEIN

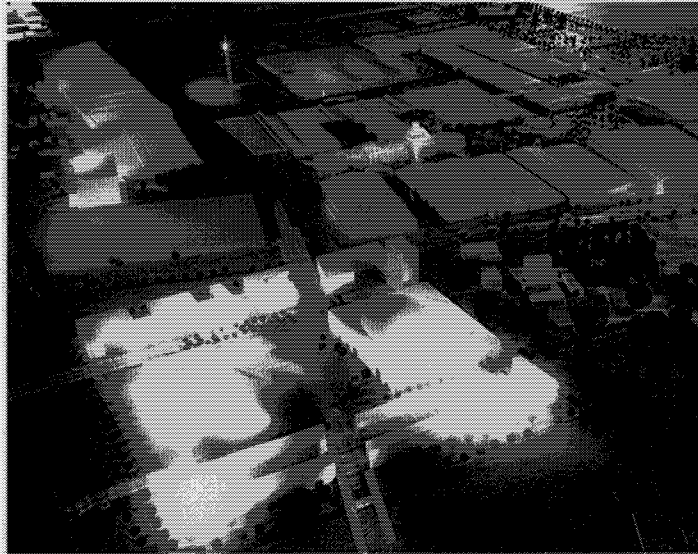
EXPO 2000 – Die Weltausstellung in Deutschland

An Deutschland, das erstmals Gastgeber einer Weltausstellung ist, werden hohe Erwartungen gestellt. Während der Dauer der Weltausstellung vom 1. Juni bis 31. Oktober 2000 werden auf dem Gelände der Weltausstellung in Hannover 40 Millionen Besucher erwartet. Auch inhaltlich wird von der ersten EXPO auf deutschem Boden Besonderes

erwartet: Sie soll Mut machen für das nächste Jahrtausend und neue Wege zur Verbesserung des Lebens aller Menschen und des Planeten Erde weisen. Das Motto der Weltausstellung spiegelt diese Ziele wider: „Mensch – Natur – Technik“ sind die Leitbegriffe bei der Suche nach Chancen und Perspektiven für das 21. Jahrhundert.

EXPO Projekt 2000 Schleswig-Holstein

Die Weltausstellung in Hannover bietet Schleswig-Holstein die Möglichkeit, sich im Wettbewerb der Regionen unverwechselbar darzustellen und Lösungskonzepte für die Fragen des 21. Jahrhunderts aufzuzeigen. Es gilt, die mit der Weltausstellung verbundenen Chancen für die Wirtschaft und den Tourismus im Land Schleswig-Holstein nachhaltig zu nutzen. Die Präsentation des Landes erfolgt auf der Weltausstellung in Hannover selbst sowie durch Aktivitäten und Projekte im Land Schleswig-Holstein.



Die Landesregierung hat der Investitionsbank das Projektmanagement für die Präsentation Schleswig-Holsteins im Rahmen der EXPO 2000 übertragen. Seit Ende 1996 plant und koordiniert eine Arbeitsgruppe als „EXPO Projekt 2000 Schleswig-Holstein“ alle Aktivitäten Schleswig-Holsteins im Zusammenhang mit der Weltausstellung. Hervorzuheben sind folgende Bereiche:

Themenpark

Zentrum der EXPO 2000 auf dem Ausstellungsgelände in Hannover ist der Themenpark. Auf einer Ausstellungsfläche von rd. 100.000 qm werden die vielfältigen Themen der EXPO erlebbar gemacht. Derzeit arbeiten Wirtschaftsunternehmen, wissenschaftliche Institutionen, kulturelle und soziale Träger sowie unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen aus der ganzen Welt an einem gemeinsamen Konzept für den Themenpark.

Deutscher Pavillon

Im Deutschen Pavillon werden sich der Bund, die Länder und die Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft in einer gemeinsamen Gesamtaussage als Gastgeber präsentieren. Den Besuchern soll der Charakter Deutschlands und seiner 16 Bundesländer, Deutschlands Traditionen, Landschaft, Kultur, Wirtschaft, Technologien und Menschen in einem kreativen und interaktiven Porträt nahegebracht werden. Dabei sollen die Länder ausreichend Raum für eigene Präsentationen erhalten.

Weltweite Projekte

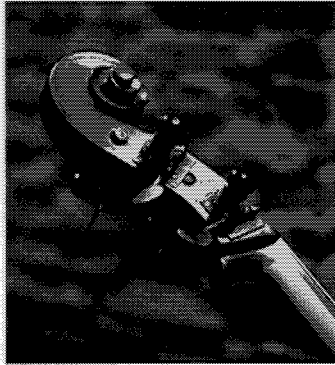
Außerhalb des Weltausstellungsgeländes in Hannover gibt es in Deutschland und vielen Staaten der Erde EXPO-Projekte als Beispiele dafür, wie konkrete Problemstellungen vor Ort zukunftsweisend und nachhaltig gelöst werden. Diese Projekte sollen die thematischen Schwerpunkte der EXPO 2000 über das eigentliche Ausstellungsgelände hinaus praktisch umsetzen. Mit diesem Netzwerk der Weltweiten Projekte schafft die EXPO 2000 ein globales Forum, durch das vor allem auch Organisationen und private Projektträger aus aller Welt eine Möglichkeit erhalten, ihre Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft vorzustellen.

Schleswig-Holstein hat folgende Weltweite Projekte für die Weltausstellung angemeldet. Zu diesen anerkannten schleswig-holsteinischen EXPO-Vorhaben gehören

- Multimar Wattforum Tönning
- Faszination Wattenmeer – Forschung in einem einzigartigen Lebensraum,
- Sicherung der Welternährung – effiziente und umweltschonende Modelle,
- Buddenbrooks und Lübeck – Weltliteratur erlebt im Weltkulturerbe,
- Kiel-Hörn – Wohnen und Arbeiten am Wasser, arbeiten, wohnen und forschen im Einklang mit der Natur,
- Windenergie-Park Westküste,
- Interaktive Sensorik für neue Lebensqualität,
- Ökologische Wohnsiedlung Lübeck-Flintbreite.

Die Projekte werden auf dem Ausstellungsgelände in Hannover einer breiten Öffentlichkeit bekanntgemacht und können darüber hinaus bereits vor Beginn der Weltausstellung direkt vor Ort in Schleswig-Holstein besichtigt werden.

Weitere Projekte werden 1998/99 hinzukommen.



Schleswig-Holstein-Programm

Schleswig-Holstein arbeitet derzeit an einem eigenen Veranstaltungsprogramm, um die Weltausstellung auch im hohen Norden erlebbar zu machen und möglichst viele Besucher ins Land zu holen. Neben den Besuchen bei den Weltweiten Projekten werden viele Veranstaltungen aus den Bereichen Kunst, Kultur, Forschung, Wissenschaft und Technik angeboten. Touristische und gastronomische Angebote sollen auf die Bedürfnisse eines reisefreudigen und anspruchsvollen internationalen Publikums zugeschnitten werden. Eine Sonderstellung im Schleswig-Holstein-Programm werden Veranstaltungen haben, die schon jetzt für das Ansehen des Landes eine besondere Bedeutung haben – wie z. B. die Kieler Woche, das Schleswig-Holstein-Musikfestival oder die Konzerte von Jazz Baltica.

Tourismus

Nach bisherigen Schätzungen werden täglich bis zu 300.000 Gäste das EXPO-Gelände in Hannover besuchen. Um diese enorme Zahl von Gästen bewältigen zu können, stellen sich auch die umliegenden Bundesländer auf zahlreiche zusätzliche Besucher ein. Seitens der EXPO GmbH Hannover geht man davon aus, das in einem ICE-Entfernungsradius von zwei Stunden Übernachtungskapazitäten genutzt werden müssen. Dies ist für Schleswig-Holstein die Chance, ein zusätzliches Gästepotential zu erschließen, das in Schleswig-Holstein übernachtet, die Weltausstellung in Hannover besucht sowie die touristischen und gastronomischen Angebote des Landes und das Schleswig-Holstein-Programm nutzt.

Beteiligung der Wirtschaft

EXPO Projekt 2000 hat die Aufgabe, die Beteiligung schleswig-holsteinischer Unternehmen an der Weltausstellung zu fördern, sei es durch persönliche Gespräche, durch die Vermittlung von Kontakten oder durch technische Hilfe.

Internet

Allen Interessierten wird über das Internet jederzeit eine aktuelle und direkte Verbindung zu Schleswig-Holstein auf der Weltausstellung angeboten. Die Internet-Adresse lautet:

www.expo-sh.de

Ihr Ansprechpartner

EXPO Projekt 2000 Schleswig-Holstein

Dr. Karl Pröhl

Tel. (0431) 9 00-35 00

Fax (0431) 9 00-35 02

e-mail: expo@expo-sh.de

Die Gremien und ihre Mitglieder

Beirat

- | | | |
|---|---|---|
| Vorsitzender
Dr. Joachim Lohmann
Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Energie des Landes Schleswig-Holstein | Peter Deutschland
Geschäftsführung des DGB-Landesbezirks Nordmark
(ab Mai 1998) | Hartmut Lippe
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holsteinischer Wohnungsunternehmen e.V. |
| Stellvertretender Vorsitzender
Wolf-Rüdiger Janzen
Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Kiel | Bernd Diedrichsen
Investitionsbank Schleswig-Holstein | Dr. Ursula Müller
Staatssekretärin im Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau des Landes Schleswig-Holstein |
| Stellvertretender Vorsitzender
Wolfgang Ritter
Investitionsbank Schleswig-Holstein
(bis Dezember 1997) | Monika Heindorf
Mitglied im Schleswig-Holsteinischen Landtag | Annelore Nassiri
Investitionsbank Schleswig-Holstein
(ab Mai 1998) |
| Dr. Hans-Rüdiger Asche
Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Lübeck | Marianne Jansen
Investitionsbank Schleswig-Holstein | Günter Neugebauer
Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages |
| Henriette Berg
Staatssekretärin im Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein | Prof. Dr. Halvor Jochimsen
Stellvertretender Direktor der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein | Ursula Noak
Investitionsbank Schleswig-Holstein |
| Harald Bock
Investitionsbank Schleswig-Holstein | Dietmar Katzer
Leiter des DAG-Landesverbandes Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern | Horst Nörenberg
Investitionsbank Schleswig-Holstein |
| Dr. Hartmut Borchert
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages | Wolfgang Kubicki
Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages | Jörg Peters
Bankdirektor der Vereins- und Westbank AG, Kiel |
| Brita Brandt
Investitionsbank Schleswig-Holstein
(ab Mai 1998) | Knuth Lausen
Investitionsbank Schleswig-Holstein | Rüdiger von Plüskow
Staatssekretär im Ministerium für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein |
| | | Karin Roth
Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Nordmark
(bis April 1998) |

Dr. Helga Schmid
Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein

Ingrid Schmidt-Kühnelt,
Investitionsbank
Schleswig-Holstein
(bis Dezember 1997)

Ludolf Schulze-Berge
Investitionsbank
Schleswig-Holstein

Anke Spoorendonk
Mitglied im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dr. Ralf Stegner
Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Schleswig-Holstein

Thomas Stritzl
Mitglied im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Hartmut Wegener
Staatssekretär im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein

Birgit Wittchen
Investitionsbank
Schleswig-Holstein

Fachausschuß Wirtschaftsförderung

Vorsitzender
Michael Rocca
Ministerium für
Wirtschaft, Technologie
und Verkehr des Landes
Schleswig-Holstein

Winfried Berweger
Geschäftsführer der
Industrie- und Handels-
kammer zu Flensburg
(bis Dezember 1997)

Inge Carlsen
Ministerialdirigentin im
Ministerium für Finanzen
und Energie des Landes
Schleswig-Holstein
(bis Juni 1997)

Dietrich Eggens
Bankdirektor Dresdner
Bank AG, Kiel

Peter Kober
Hauptgeschäftsführer der
Handwerkskammer zu
Lübeck

Klaus Martens
Sparkassendirektor und
Vorstandsvorsitzender der
Kreissparkasse Segeberg

Egon Niebuhr
Bankdirektor
Raiffeisenbank
Quickborn eG

Karin Roth
Vorsitzende des DGB-
Landesbezirks Nordmark

Ingemarie Schmidt-Bens
Regierungsverwaltungs-
direktorin im Ministerium
für Umwelt, Natur
und Forsten des Landes
Schleswig-Holstein

Norbert Stock
Geschäftsführer der
Studien- und Förder-
gesellschaft der
Schleswig-Holsteinischen
Wirtschaft

Hans-Peter Wetzel
Regierungsdirektor im
Ministerium für Finanzen
und Energie des Landes
Schleswig-Holstein

Dietrich Janzen
Syndikus der Industrie-
und Handelskammer zu
Lübeck
Außenstelle Ahrensburg
(ab Januar 1997)

**Kreditausschuß
Wirtschaftsförderung**

Vorsitzender
Michael Rocca
Ministerium für
Wirtschaft, Technologie
und Verkehr des Landes
Schleswig-Holstein

Winfried Berweger
Geschäftsführer der
Industrie- und Handels-
kammer zu Flensburg

Dr. Jörn Biel
Stellvertretender Haupt-
geschäftsführer der
Industrie- und Handels-
kammer zu Kiel

Mathias Diener
Regierungsverwaltungsrat
im Ministerium für Finan-
zen und Energie des
Landes Schleswig-Holstein

Ulrich Gudat
Ministerialdirigent im
Innenministerium des
Landes Schleswig-
Holstein

Bernd Maier-Staud
Ministerium für ländliche
Räume, Landwirtschaft,
Ernährung und Tourismus
des Landes Schleswig-
Holstein

Fachausschuß Wohnungs- und Städtebauförderung

Vorsitzende

Dr. Ursula Müller
Staatssekretärin im Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau des Landes Schleswig-Holstein

Julius Ehlers
Architekten- und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein

Rolf Greve
Vorsitzender des Verbandes Schleswig-Holsteinischer Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e.V.

Dr. Ing. Eckart
Güldenber
Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau des Landes Schleswig-Holstein

Uwe Jes Hansen
Bürgermeister der Stadt Plön

Philipp Heuchert
Ehrevorsitzender des Landesverbandes Freier Wohnungsunternehmen, HH/S-H/Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Christian Holstein
Hauptgeschäftsführer des Baugewerbeverbandes Schleswig-Holstein e.V.

Ulrich Klempin
Vorsitzender des Deutschen Mieterbundes Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Hartmut Lippe
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holsteinischer Wohnungsunternehmen e.V.

Helmut Loose
Vorsitzender des Deutschen Siedlerbundes, Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Gerd Münchow
Hauptgeschäftsführer der LEG

Gerald Seher
Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Schleswig-Holstein e.V.

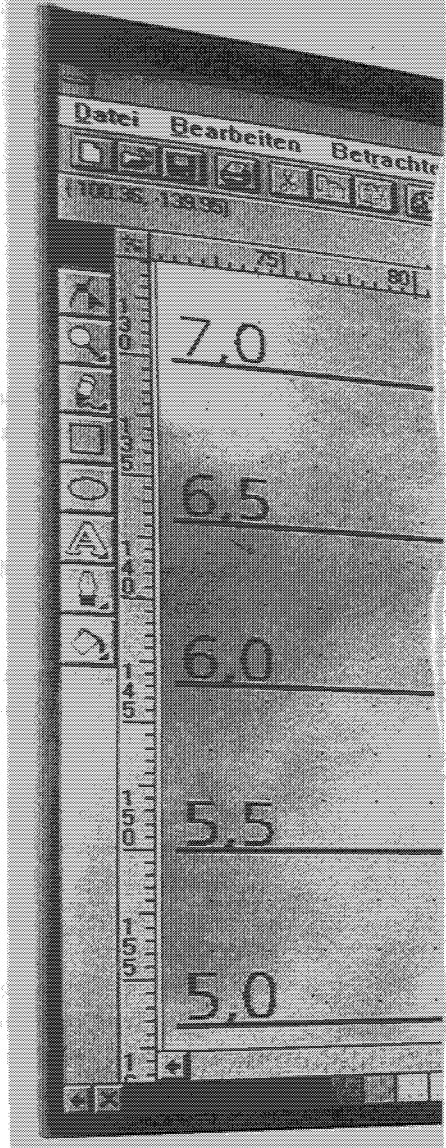
Dieter Selk
Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V.

Geschäftsleitung

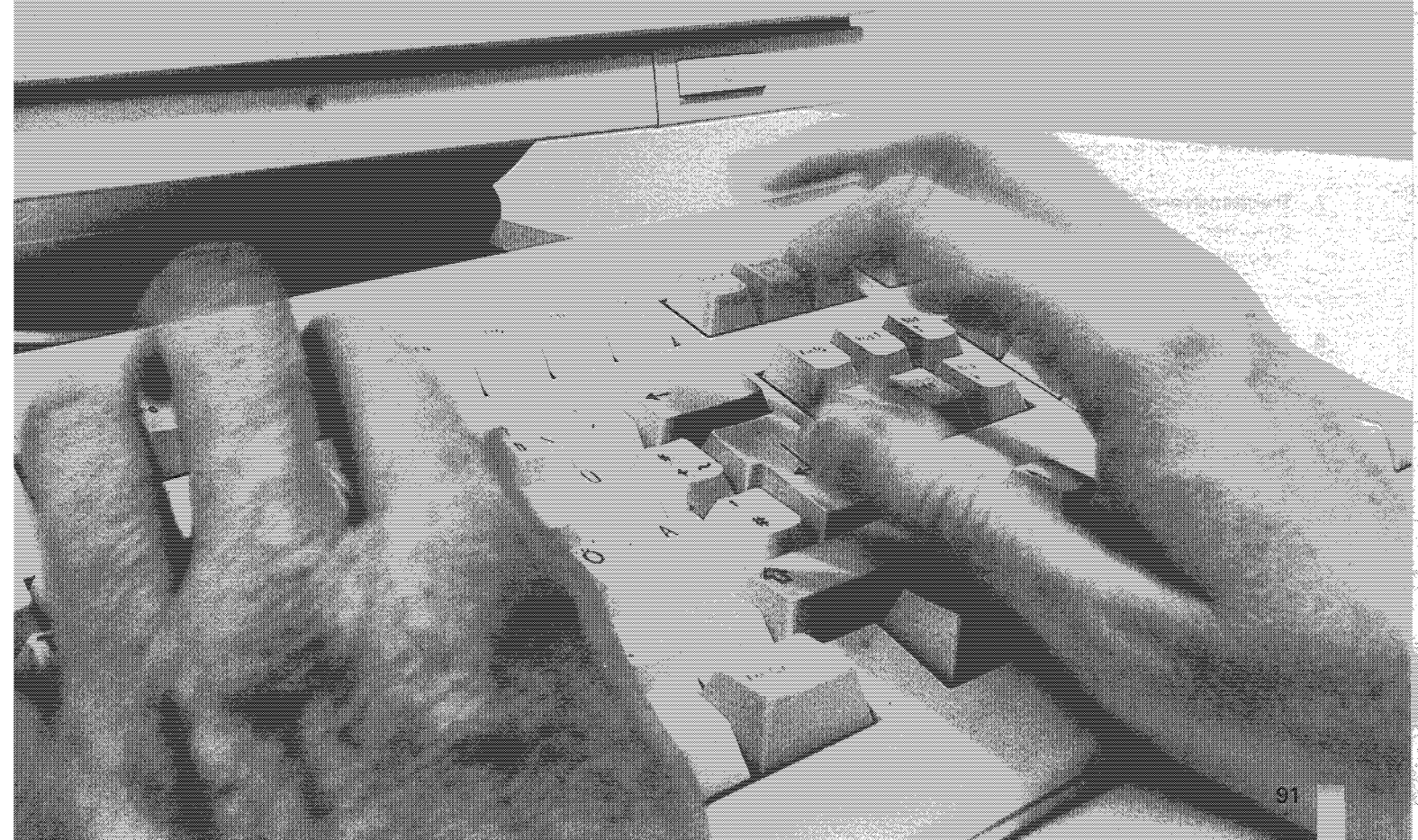
Peter Rieck

Dr. Heinz Engelhaupt

Dr. Klaus Rave



Jahresbilanz, Gewinn- und Verlustrechnung 1997



Investitionsbank Schleswig-Holstein

Jahresbilanz zum 31. Dezember 1997

				Aktiva		
				TDM	TDM	Vorjahr TDM
1. Barreserve						
Guthaben bei Zentralnotenbanken				-		1.400
darunter:						
bei der Deutschen Bundesbank	TDM	-				
	(Vorjahr TDM	1.400)				
2. Forderungen an Kreditinstitute						
a) täglich fällig				112.747		46.845
b) andere Forderungen				7.770		8.310
					120.517	55.155
3. Forderungen an Kunden					6.857.439	6.292.412
darunter:						
durch Grundpfandrechte gesichert	TDM	29.727				
	(Vorjahr TDM	31.219)				
Kommunalkredite	TDM	420.303				
	(Vorjahr TDM	430.368)				
durch Schiffspfandrechte gesichert	TDM	143				
	(Vorjahr TDM	228)				
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						
Anleihen und Schuldverschreibungen						
von anderen Emittenten				-		4.475
darunter:					-	4.475
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	TDM	-				
	(Vorjahr TDM	4.475)				
5. Beteiligungen					5.630	5.426
6. Anteile an verbundenen Unternehmen					10.500	10.500
7. Treuhandvermögen				2.488.676		2.899.751
darunter:					2.488.676	2.899.751
Treuhandkredite	TDM	2.459.609				
	(Vorjahr TDM	2.806.993)				
8. Sachanlagen					18.193	19.203
9. Sonstige Vermögensgegenstände					6.758	4.718
10. Rechnungsabgrenzungsposten					315	486
	Summe der Aktiva				<u>9.508.028</u>	<u>9.293.526</u>

		Passiva	
		TDM	Vorjahr TDM
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) täglich fällig		11.301	1.270
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.941.664	1.562.574
		1.952.965	1.563.844
2. Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) täglich fällig		74.251	31.488
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		24.851	33.968
		99.102	65.456
3. Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger			
		1.074.516	1.093.143
4. Treuhandverbindlichkeiten		2.488.676	2.899.751
darunter:		2.488.676	2.899.751
Treuhandkredite	TDM 2.459.609 (Vorjahr TDM 2.806.993)		
5. Sonstige Verbindlichkeiten		18	9.178
6. Rechnungsabgrenzungsposten		153.896	12.548
7. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		32.310	31.149
b) andere Rückstellungen		11.392	11.677
		43.702	42.826
8. Fonds für Zinsausgleich		1.917.266	1.916.576
9. Eigenkapital			
a) Kapitalrücklagen		1.739.245	1.671.216
b) Gewinnrücklagen		35.136	16.481
c) Bilanzgewinn		3.506	2.507
		1.777.887	1.690.204
	Summe der Passiva	9.508.028	9.293.526
1. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		506.044	555.420
2. Unwiderrufliche Kreditzusagen		547.518	662.200

Investitionsbank Schleswig-Holstein
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 1997

	TDM	TDM	TDM	Vorjahr TDM
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	171.780			166.783
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen	71			277
		171.851		
2. Zinsaufwendungen		112.448		107.249
			59.403	59.811
3. Laufende Erträge aus				
a) Beteiligungen		524		62
b) Anteilen an verbundenen Unternehmen		-		347
			524	409
4. Provisionserträge		12.050		12.048
5. Provisionsaufwendungen		659		682
			11.391	11.366
6. Sonstige betriebliche Erträge			23.807	25.199
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	24.411			24.869
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.878			10.240
darunter:			32.289	
für Altersversorgung		TDM 3.430 (Vorjahr TDM 5.725)		
b) andere Verwaltungsaufwendungen		24.895		21.397
			57.184	56.506
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.938	1.615
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen			2.831	2.663
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			10.791	33.217
11. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			22.381	2.784
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			175	24
13. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 9 ausgewiesen			45	51
14. Jahresüberschuß			22.161	2.709
15. Entnahme aus den Gewinnrücklagen			387	-
16. Einstellung in andere Gewinnrücklagen			19.042	202
17. Bilanzgewinn			3.506	2.507

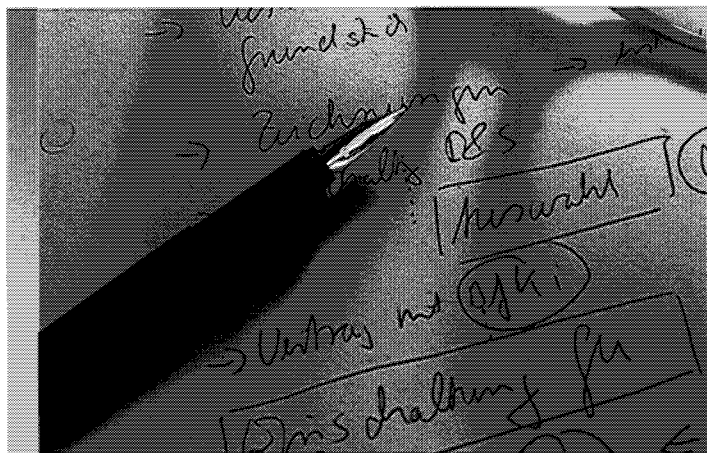
Anhang Investitionsbank

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig Holstein Girozentrale (IB), ist der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, als organisatorisch und wirtschaftlich selbständiger aber rechtlich unselbständiger Zentralbereich angegliedert.

Die Investitionsbank unterstützt das Land Schleswig-Holstein als zentrales Förderinstitut in der Umsetzung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Sie bietet ihre Dienstleistungen in den Bereichen gewerbliche Wirtschaft, Wohnungsbau, Umwelt und Energie, Kommunalförderung und Städtebau, Agrarförderung sowie im Projektmanagement wettbewerbsneutral an.

Zusätzlich ist sie wesentlich im Treuhandgeschäft für öffentliche Stellen tätig. Die Investitionsbank ist außerdem zuständige Stelle für die Erhebung der Ausgleichszahlungen im Rahmen des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen.

Für die Verbindlichkeiten der Investitionsbank haftet aufgrund des Investitionsbankgesetzes das Land Schleswig-Holstein.



Der Jahresabschluß der Investitionsbank ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) erstellt.

Aktiv- und Passivwerte sowie Aufwendungen und Erträge der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) sind auch in den entsprechenden Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank konsolidiert ausgewiesen, soweit nicht gesonderte Posten bestehen.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgt nach den Vorschriften der §§ 252 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen werden zum Nennwert bzw. zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert (strenges Niederstwertprinzip), Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Die Unterschiedsbeträge werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Allen erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Das latente Risiko im Kreditgeschäft wird durch Pauschalwertberichtigungen abgedeckt. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen werden von den Forderungsbeständen abgesetzt.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und die Beteiligungen werden zu den Anschaffungskosten, vermindert um die erforderlichen Abschreibungen, bilanziert.

Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden entsprechend den steuerlichen Möglichkeiten abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben und als Abgang behandelt.

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und mit dem steuerlich zulässigen Teilwert der Verpflichtungen für Pensionszahlungen und Pensions-

anwartschaften mit einem Zinssatz von 6 % bewertet. Für tarifvertraglich geregelte Vorruhestandsverpflichtungen besteht eine angemessene Rückstellung.

Der „Fonds für Zinsausgleich“ stellt eine Wertkorrektur für die ausbezahlten und auf der Aktivseite zum Nominalwert ausgewiesenen unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen aus dem Fördergeschäft der Investitionsbank dar. Für die ab 1995 herausgelegten unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen hat sich das Land Schleswig-Holstein verpflichtet, diese Förderdarlehen auf Anforderung zum Nennwert zu übernehmen. Durch den Fonds für Zinsausgleich wird in jedem Fall eine verlustfreie Bewertung der Förderdarlehen gemäß § 253 Abs. 3 i.V.m. § 340e Abs. 1 HGB sichergestellt.

Bei der Investitionsbank bestehen Auszahlungsverpflichtungen aus dem Fördergeschäft für Bau- und Aufwendungsdarlehen.

Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben zu Bilanzaktiva jeweils zum 31.12.		1997 Mio DM	1996 Mio DM
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	In den Forderungen an Kreditinstitute sind Forderungen an angeschlossene Sparkassen enthalten:	0,8	-
Verbundene Unternehmen	In den Forderungen an Kunden ist folgender Betrag enthalten:	28,2	17,8
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	In den Forderungen an Kunden ist folgender Betrag enthalten:	370,6	345,7
Nachrangige Forderungen	Nachrangige Forderungen werden ausgewiesen in: - Forderungen an Kunden	5,5	-
Angabe zu der Wertpapierposition	Im Bestand befindliche Wertpapiere sind folgendermaßen zuzuordnen: - von anderen Emittenten darunter: - börsenfähige und börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	- - -	4,5 4,5
Treuhandvermögen	Das Treuhandvermögen betrifft: - Forderungen an Kreditinstitute - täglich fällig - andere Forderungen - Forderungen an Kunden - Anleihen und Schuldverschreibungen - von öffentlichen Emittenten - von anderen Emittenten	22,5 5,3 2.460,9 -	32,9 8,1 2.830,9 22,9 5,0
Rechnungsabgrenzungsposten	In dem Ausweis sind enthalten: - aus der Disagioabgrenzung	0,2	0,4

Fortsetzung der Angaben zur Bilanzaktiva

		1997	1996
		Mio DM	Mio DM
Aufgliederung nach Ursprungslaufzeiten	Die Bilanzaktiva gliedern sich nach Ursprungslaufzeiten wie folgt auf:		
	- Forderungen an Kreditinstitute		
	- weniger als 3 Monate	0,1	0,1
	- 3 Monate bis unter 4 Jahre	-	-
	- 4 Jahre oder länger	7,7	8,2
	- Forderungen an Kunden		
	- weniger als 4 Jahre	69,5	61,1
	- 4 Jahre oder länger	6.787,9	6.231,3
	- Anleihen und Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
	- von anderen Emittenten		
	- bis zu 4 Jahre	-	1,9
	- von mehr als 4 Jahren	-	2,6
Kredite an Mitglieder der Organe	In den Forderungen an Kunden sind Organkredite an den Verwaltungsrat enthalten:	0,2	0,3

Anlagespiegel

	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Grundstücke und Gebäude	darunter: eigengenutzte Gr. u. Geb.
	Mio DM	Mio DM	Mio DM	Mio DM	Mio DM
Anschaffungskosten	5,4	18,2	16,6	14,6	14,6
Zugänge	0,2	-	0,9	-	-
Abgänge	-	-	-	-	-
Zuschreibungen	-	-	-	-	-
Abschreibungen, kumuliert	-	7,7	13,6	0,3	0,3
Abschreibungen, lfd. Jahr	-	-	1,7	0,3	0,3
Buchwert zum 31.12.1997	5,6	10,5	3,9	14,3	14,3

Angaben zu Bilanzpassiva jeweils zum 31.12.

		1997 Mio DM	1996 Mio DM
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ist folgender Betrag enthalten:	-	6,3
Treuhandverbindlichkeiten	Die Treuhandverbindlichkeiten betreffen:		
	- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	- täglich fällig	5,0	6,3
	- mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	201,1	573,9
	- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	- täglich fällig	28,2	32,8
	- mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.254,4	2.286,8
Rechnungsabgrenzungsposten	In dem Ausweis sind enthalten:		
	- aus der Disagioabgrenzung	7,6	1,3
	- aus Forderungsankauf zum Barwert	127,8	-
	- aus der Vorfinanzierung von Baudarlehen	10,8	1,8
Eventualverbindlichkeiten	Bei den Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um Kreditbürgschaften	506,0	555,4
Aufgliederung nach Ursprungslaufzeiten	Die Bilanzpassiva gliedern sich nach Ursprungslaufzeiten wie folgt auf:		
	- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	- 3 Monate bis unter 4 Jahre	177,7	253,5
	- 4 Jahre oder länger	1.764,0	1.309,1
	davon:		
	vor Ablauf von 4 Jahren fällig	742,4	585,4
	- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	- 4 Jahre oder länger	24,9	34,0
	davon:		
	vor Ablauf von 4 Jahren fällig	21,9	25,1
	- Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 4 Jahren oder länger	1.074,5	1.093,1
	davon:		
	vor Ablauf von 4 Jahren fällig	131,0	132,2

je Angaben zum Geschäftsjahr

	weiblich	männlich	insgesamt	Vorjahr
	192	141	333	346
	61	1	62	62

	Eigenkapital ¹⁾ in Mio DM	Anteil am Kapital in %	Ergebnis in Mio DM ²⁾
al sgesellschaft MBG, Kiel	22,2	51,22	0,5
ellschaft iel	10,8	40,00	0,7

266 und 272 HGB

Organe der Landesbank Schleswig-Holstein

Gewährträger- versammlung

Vorsitzende
Heide Simonis
Ministerpräsidentin des
Landes Schleswig-Hol-
stein, Kiel

**Erster Vertreter der
Vorsitzenden**
Dr. h. c. Friedel Neuber
Vorstandsvorsitzender
der Westdeutschen
Landesbank, Düsseldorf

**Zweiter Vertreter der
Vorsitzenden**
Dr. Jürgen Miethke
Präsident des Sparkassen-
und Giroverbandes für
Schleswig-Holstein, Kiel

**Dritter Vertreter der
Vorsitzenden**
Josef Schmidt
Präsident des Badischen
Sparkassen- und Giro-
verbandes, Mannheim

**Vom Land Schleswig-
Holstein entsandte Ver-
treter gem. § 8 Abs. 2 der
Satzung**

Claus Möller
Minister für Finanzen und
Energie des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Helga Schmid
Staatssekretärin im Mini-
sterium für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr
des Landes Schleswig-
Holstein, Kiel

**Vom Sparkassen- und
Giroverband für Schles-
wig-Holstein entsandte
Vertreter gem. § 8 Abs. 2
der Satzung**

Geerd Bellmann
Landrat des Kreises
Rendsburg-Eckernförde,
Rendsburg

Rudolf Konegen
Vorstandsvorsitzender der
Sparkasse Elmshorn,
Elmshorn

**Von der Westdeutschen
Landesbank Girozentrale
entsandte Vertreter gem.
§ 8 Abs. 2 der Satzung**

Dr. Wolf-Albrecht
Prautzsch
stellv. Vorstandsvor-
sitzender der West-
deutschen Landesbank,
Münster

Dr. Manfred Scholle
Landesdirektor Land-
schaftsverband West-
falen-Lippe, Münster
(bis 31. Dezember 1997)

Dr. Karlheinz Bentele
Präsident des Rheinischen
Sparkassen- und Giro-
verbandes, Düsseldorf
(ab 1. Januar 1998)

**Von der Südwestdeut-
schen Landesbank
Girozentrale entsandter
Vertreter gem. § 8 Abs. 2
der Satzung**

Heinrich Haasis
Präsident des Württem-
bergischen Sparkassen-
und Giroverbandes,
Stuttgart

Verwaltungsrat

Vorsitzende

Heide Simonis,
Ministerpräsidentin des
Landes Schleswig-
Holstein, Kiel

Vertreter gem. § 11

Abs. 3 der Satzung
Klaus Gärtner, Chef der
Staatskanzlei des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Erster Vertreter der Vor- sitzenden

Dr. h. c. Friedel Neuber,
Vorstandsvorsitzender der
Westdeutschen Landes-
bank, Düsseldorf

Vertreter gem. § 11

Abs. 3 der Satzung
Dr. Adolf Franke,
Vorstandsmitglied der
Westdeutschen Landes-
bank, Düsseldorf

Zweiter Vertreter der Vorsitzenden

Dr. Jürgen Miethke,
Präsident des Sparkassen-
und Giroverbandes
Schleswig-Holstein, Kiel

Vertreter gem. § 11

Abs. 3 der Satzung
Wolfgang Stut,
Verbandsgeschäftsführer
des Sparkassen- und
Giroverbandes für Schles-
wig-Holstein, Kiel

Dritter Vertreter der Vorsitzenden

Josef Schmidt,
Präsident des Badischen
Sparkassen- und Giro-
verbandes, Mannheim

Vertreter gem. § 11

Abs. 3 der Satzung
Gerd Wolf,
Vorstandsmitglied der
Südwestdeutschen
Landesbank, Stuttgart

Vom Land Schleswig- Holstein entsandte Mitglieder

Dr. Joachim Lohmann,
Staatssekretär im Mini-
sterium für Finanzen und
Energie des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Claus Möller,
Minister für Finanzen und
Energie des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Helga Schmid,
Staatssekretärin im Mini-
sterium für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr
des Landes Schleswig-
Holstein, Kiel

Karin Roth,
Vorsitzende des Deut-
schen Gewerkschafts-
bundes – Landesbezirk
Nordmark, Hamburg

Vom Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein entsandte Mitglieder

Geerd Bellmann,
Landrat des Kreises
Rendsburg-Eckernförde,
Rendsburg

Günter Anders,
Vorstandsvorsitzender der
Sparkasse Schleswig-
Flensburg, Schleswig
(ab 1. Januar 1997)

Günter Blöcher,
Vorstandsvorsitzender der
Sparkasse in Steinburg,
Itzehoe
(bis 31. März 1997)

Olaf Cord Dielewicz,
Oberbürgermeister der
Stadt Flensburg,
Flensburg

Rudolf Konegen,
Vorstandsvorsitzender der
Sparkasse Elmshorn,
Elmshorn

Dr. Hans Lukas,
Vorstandsvorsitzender der
Sparkasse Stormarn, Bad
Oldesloe
(ab 1. April 1997)

Von der Südwestdeutschen Landesbank Girozentrale entsandtes Mitglied

Werner Schmidt
Vorstandsvorsitzender der
Südwestdeutschen
Landesbank, Stuttgart

Von der Westdeutschen Landesbank Girozentrale entsandte Mitglieder

Theo Dräger,
Vorstandsvorsitzender der
Drägerwerke AG, Lübeck

Hans-Peter Krämer,
Vorstandsvorsitzender der
Kreissparkasse Köln,
Köln

Dr. Klaus Murmann,
Vorstandsvorsitzender
der Sauer-Sundstrand-
Gruppe, Neumünster,
Ames/Iowa

Dr. Wolf-Albrecht
Prautzsch,
stellv. Vorstandsvorsitzen-
der Westdeutschen
Landesbank, Münster

Dr. Dietrich Schulz,
früher: Vorstandsvorsit-
zender der L. Possehl &
Co. mbH, Lübeck

Dr. Fritz Süverkrüp,
Präsident der Industrie-
und Handelskammer zu
Kiel, Kiel

Vorstand

len Betriebsange-
en gewählte Mit-
er

Dr. Dietrich Rümker
Vorsitzender des
Vorstandes

gang Delfs,
eralbevollmächtigter,

Hans Berger
stellv. Vorsitzender des
Vorstandes

ten Ehlers-Hain, Kiel

Peter Pahlke

ltraud Fuhrmann,
kuristin, Kiel

Dieter Pfisterer

enther Gerson,
nkdirektor, Kiel

Ernst Schröder

isanne Glassner, Kiel

itmar Höret,
iel

ochen Kröger
yndikus, Kiel

Knuth Lausen,
Kiel

Karl-Heinz Ravn
Prokurist, Kiel

Bettina Scholtys,
Kiel

Geschäftsleitung der Investitionsbank

Peter Rieck
Sprecher der Geschäfts-
leitung
(bis 30. April 1998)

Dr. Rüdiger Kalinski
Sprecher der Geschäfts-
leitung
(ab 1. Mai 1998)

Dr. Heinz Engelhaupt

Dr. Klaus Rave

Kiel, den 20.03.1998
Landesbank Schleswig-
Holstein, Girozentrale

Bestätigungsvermerk

Die Buchführung und der Jahresabschluß entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluß vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Investitionsbank Schleswig-Holstein Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale.

Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluß und dem Konzernabschluß.

Kiel, den 07. April 1998

Wollert-Elmendorff
Deutsche Industrie-Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Göttgens

Wirtschaftsprüfer

Recker

Wirtschaftsprüfer

	<p>Landesbank Schleswig-Holstein</p> <p>Dr. Dietrich Rümker, Dezernent Ernst Schröder, Co-Dezernent</p>	
<p>Investitionsbank Geschäftsleitung</p> <p>Peter Rieck (bis 30. April 1998) Dr. Rüdiger Kalinski (ab: 01. Mai 1998) Tel. (04 31) 9 00-32 01</p>	<p>Investitionsbank Geschäftsleitung</p> <p>Dr. Heinz Engelhaupt Tel. (04 31) 9 00-32 11</p>	<p>Investitionsbank Geschäftsleitung</p> <p>Dr. Klaus Rave Tel. (04 31) 9 00-32 13</p>
<p>Stab</p> <p>Dr. Reinhard Schmid Tel. (04 31) 9 00-32 14</p>	<p>Wohnungsbau I</p> <p>Thomas Clausen Tel. (04 31) 9 00-32 20</p>	<p>Umwelt und Energie</p> <p>Dr. Jobst Klien Tel. (04 31) 9 00-36 50</p>
<p>Landesliegenschaften</p> <p>N.N.</p>	<p>Wohnungsbau II</p> <p>Klaus-H. Volkmann Tel. (04 31) 9 00-35 21</p>	<p>Agrarförderung</p> <p>Ludolf Schulze-Berge Tel. (04 31) 9 00-33 31</p>
<p>Wirtschaftsförderung Förderberatung</p> <p>Dr. Kurt Puls Tel. (04 31) 9 00-33 67</p>	<p>Buchhaltung</p> <p>Dieter Präkelt Tel. (04 31) 9 00-36 10</p>	<p>Kommunalförderung und Städtebau</p> <p>N.N. Tel. (04 31) 9 00-35 26</p>
<p>Wirtschaftsförderung Kredite/ Förderprogramme</p> <p>Harald Bock Tel. (04 31) 9 00-33 21</p>		<p>EU-Aktivitäten</p> <p>INTERREG IIc-Projekt – Finanzinstitut Ulrich Adolf Tel. (03 81) 4 54 84 52 86 – Gemeinsames Sekretariat Susanne Scherrer Tel. (03 81) 4 54 84 52 83</p> <p>EU-Beratung N.N. Tel. (04 31) 9 00-34 99</p>

Förderprogramme im Überblick

Unternehmen

Beratung

- Förderlotse
- Beratungsstelle für Existenzgründerinnen
- Euro Info Centre

EU-akkreditiertes

Finanzinstitut

- JOP (Joint-Ventures in Mittel- und Osteuropa)
- JEV (Joint-Ventures innerhalb der EU)
- ECIP (Joint-Ventures in Entwicklungsländern)

Förderprogramm

- Investitionszuschüsse aus der Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Kredite

- Nachrangige Investitionsdarlehen
- Kreditaufträge
- Sonderdarlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter
- Umfinanzierungs- und Konsolidierungsdarlehen
- Härtefondsdarlehen
- Existenzgründerinnenprogramm
- Starthilfe für Existenzgründungen

MBG-Beteiligungen

- Existenzgründungsoffensive der Wagniskapitalförderung (EGO)
- ERP-Beteiligungsprogramm der KfW
- Wagniskapitalförderung (WKF)
- KfW/BMBF-Technologie-Beteiligungsprogramm
- KfW-Risikokapitalprogramm der KfW

Wohnungsbau

Mietwohnungen

- Baudarlehen in der vereinbarten Förderung für
- Neu-, Aus- und Umbau sowie Erweiterung von Mietwohnungen
 - Modernisierung von Wohnraum
 - Erwerb von Bezugsrechten

Privates Wohneigentum

- Baudarlehen in der vereinbarten Förderung Stufe 1 und Stufe 2 für Neu-, Ausbau und Erweiterung von Familienheimen
- Baudarlehen in der vereinbarten Förderung für Hausankäufe
- Vergabe von Bürgschaften
- Darlehen zum Erhalt von Eigenheimen kinderreicher Familien
- Zuschüsse für den Bau und Kauf von Landarbeiterwohnungen

Ergänzende Finanzierungsprodukte für den Bau und Kauf privaten Wohneigentums

- Nachrangige Baudarlehen der Investitionsbank
- Finanzwirtschaftliche Baubetreuung
- Vorfinanzierung/Kapitalisierung der Eigenheimzulage
- Tandem 15
- Tandem Plus

Kommunen

Stadt- und Dorferneuerung

- ▣ Bund/Land-Programm Städtebauförderung
- ▣ Landesprogramm Städtebauförderung 1998-2002

Modernisierung historisch wertvoller Wohngebäude

- ▣ Darlehen für Modernisierung privaten Eigentums

Verbesserung der kommunalen Infrastruktur

- ▣ Darlehen aus dem Kommunalen Investitionsfonds

Kindergartenplätze

- ▣ Darlehen aus dem Kindergartenfonds

Krankenhausfinanzierung

- ▣ Darlehen für Krankenhausbaumaßnahmen und -Einrichtungen

Landschaftsplanung

- ▣ Zuschüsse zur Förderung von Landschaftsplänen

Umwelt und Energie

Energieeinsparung

- ▣ Stromeinsparung in öffentlichen Gebäuden

Rationelle

Energienutzung

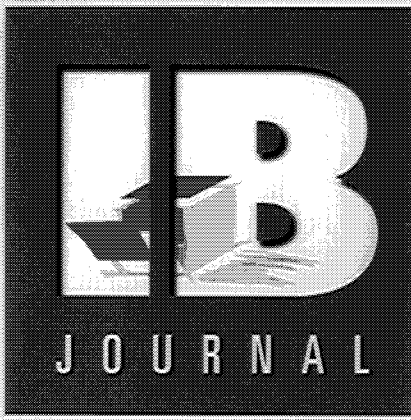
- ▣ Kraft-Wärme-Kopplung/Nah- und Fernwärmeausbau
- ▣ Biomasse (Pilot- und Demonstrationsvorhaben)

Erneuerbare Energie

- ▣ Solarthermie – Breitenprogramm
- ▣ Solarthermie (Pilot- und Demonstrationsanlagen)
- ▣ Photovoltaik – Solaranlagen
- ▣ Windenergie (Pilot- und Demonstrationsanlagen)

Umweltschonende Maßnahmen

- ▣ Betriebliche Abfallwirtschaftskonzepte sowie Umstellung auf abfallmindernde Technologien
- ▣ Ökotechnische und ökowschaftliche Vorhaben
- ▣ Demonstrationsvorhaben zum Umweltaudit
- ▣ Sparsame und rationelle Grundwasserverwendung, Regenwassernutzung in privaten Haushalten
- ▣ Sparsame und rationelle Grundwasserverwendung in Gewerbe und Industrie
- ▣ Errichtung von ressourcensparenden Wohnungen



Nr. 1 • April 1998

**Investitionsbank
Schleswig-Holstein**

Mit Überblick
Perspektiven schaffen.

Investitionsbank Schleswig-Holstein – kompetente Partnerin bei Existenz- gründungen

Im Rahmen ihrer vielfältigen Aktivitäten im Gründungsgeschehen offeriert die Investitionsbank ein umfassendes Angebot und gilt heute zu Recht als Kompetenzzentrum für Existenzgründungen. An den gemeinsamen Zielen der Existenzgründungsoffensiven des Landes Schleswig-Holstein und des Bundes wirken wir in verschiedenen Phasen mit:

JUNIOR als Motivationsmotor

Um die Motivation zum Schritt in die berufliche Selbständigkeit zu stärken, wenden wir uns mit Vorträgen und Messeständen auch an die Menschen, die noch keine konkrete Existenzgründung planen; z.B. bei der K.E.R.N.-Leistungsschau oder bei Vorträgen an Schulen und Hochschulen.

Viel Spaß und Erfolg hatten wir als Landeskoordinator des Projekts „JUNIOR“. Ziel des Projekts ist es, zur Selbständigkeit zu motivieren. Deshalb gründen Schülerinnen und Schüler unter praxisnahen Bedingungen befristete Miniunternehmen an ihren Schulen. Schleswig-Holstein hat an diesem Projekt des Instituts der deutschen Wirtschaft erstmalig im Schuljahr 1996/97 teilgenommen und stellte fünf von insgesamt 30 Miniunternehmen aus vier Bundesländern. Wir haben als erstes Bundesland überhaupt einen Landeswettbewerb durchgeführt, bei dem unsere beiden Erstplatzierten auch die Plätze 1 und 2 des Bundeswettbewerbs belegten und der Bundessieger aus Kiel am Europawettbewerb teilnahm. Im Schuljahr 1997/98 nehmen bereits sechs Bundesländer mit 84 Miniunternehmen teil, von denen 17 aus Schleswig-Holstein kommen.



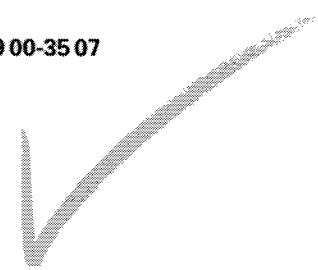
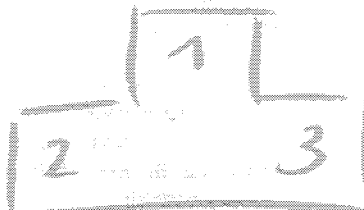
Themen

- IB** JUNIOR als Motivationsmotor
- IB** Existenzgründungsleitfaden ein Renner
- IB** Beratung von Existenzgründerinnen und -gründern
- IB** Existenzgründungs- und Förderberatung vor Ort
- IB** Hausbank auf Zeit
- IB** Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein (MBG)
- IB** Coaching nach der Gründung

Impressum

Herausgegeben:
Pressestelle der Investitionsbank
Schleswig-Holstein

Tel. (04 31) 9 00-35 07



Existenzgründungsleitfaden – ein Renner

Auf Wunsch des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministeriums haben wir mit überproportional hohem finanziellen Engagement die federführende Erarbeitung des Leitfadens „Selbständig werden – Informationen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer in Schleswig-Holstein“ übernommen. Mitherausgeber sind die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, die Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH und das Landesarbeitsamt Nord. Im März 1997 wurde der Leitfaden vom Wirtschaftsminister offiziell vorgestellt. Allein bis zum Jahresende wurden knapp 3.000 Exemplare an Gründungsinteressierte ausgegeben, obwohl zur Vermeidung von Streuverlusten bei Messen und Ausstellungen ein von der Investitionsbank gesondert herausgegebener Flyer zum Leitfaden eingesetzt wurde. Dieses Nachschlagewerk für Gründungsinteressierte hat ebenso wie die Funktion der Förderlotsen auch in anderen Bundesländern große Beachtung gefunden.

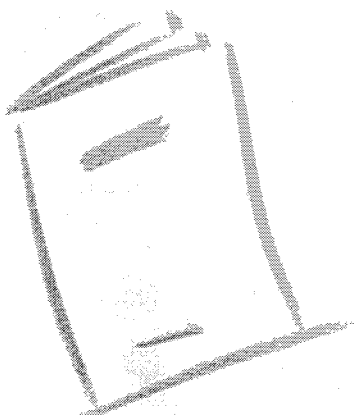


Beratung von Existenzgründerinnen und -Gründern

In 1997 wurde die Beratung von Existenzgründungsinteressierten deutlich ausgeweitet. Beraten wurden durch die Förderlotsen 585 männliche und durch die Beratungsstelle für Existenzgründerinnen 864 weibliche Gründungsinteressierte. Im Vordergrund standen insbesondere die Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten und die hiermit in Zusammenhang stehenden Fragen des Gründungskonzeptes. In einer Reihe von Fällen kam der erste Kontakt über die vom Wirtschaftsministerium herausgegebene Werbepostkarte „Take a Card“, die in Kneipen ausliegt und auf unsere Existenzgründungsberatung hinweist.

Die Zahl der Beratungen von Frauen betrug im Jahr 1997 2 1/2 mal soviel wie 1996. Ursachen dafür liegen im großen Interesse, das das im Mai 1997 angelaufene Existenzgründerinnen-Programm des Landes gefunden hat. Ebenso konnten wir durch Personalaufstockung auf jetzt drei Teilzeitbeschäftigte seit April 1997 den Beratungsservice auch dezentral und damit näher an den Wohnorten der Kundinnen anbieten. Und schließlich trug die enge Zusammenarbeit der Beratungsstelle mit anderen Institutionen ebenfalls zur Erhöhung unseres Bekanntheitsgrades bei.

Eine besondere Problematik liegt bei Gründungsvorhaben von Frauen darin, daß sie meist kleiner sind als die von Männern. Außerdem liegen sie häufig in ungewohnten Dienstleistungsbereichen, die für Kreditinstitute unverhältnismäßig verwaltungsaufwendig sind. Für diese Fälle haben wir ein spezielles Existenzgründerinnen-Programm entwickelt, das weit über die Landesgrenzen hinaus Beachtung findet.



Existenzgründungs- und Förderberatung vor Ort

Seit dem Frühjahr 1997 bieten wir Beratungen nicht nur in Kiel sondern auch dezentral in Schleswig-Holstein an. Speziell Existenzgründerinnen konnten sich 1997 an 18 dezentralen Sprechtagen in 13 verschiedenen Orten – teils in den Beratungszentren der Investitionsbank, teils zur Flächendeckung an anderen Orten – ortsnah beraten lassen.

Die Zusammenarbeit mit anderen Beratungsstellen wie „Frau und Beruf“ oder auch den Gleichstellungsbeauftragten der größeren Kommunen hat sich 1997 sehr positiv entwickelt und wird weiter ausgebaut. Durch die Kooperation der Beratungsstellen werden zum einen Überschneidungen vermieden und andererseits die gegenseitige Verweisung an die für den konkreten Einzelfall kompetentesten Stellen sichergestellt.

Investitionsbank als Hausbank auf Zeit

Existenzgründerinnen-Programm und Starthilfe für Existenzgründungen

Gründungsinteressierte mit kleineren Gründungsvorhaben (bis zu 200 TDM) finden vielfach keine Hausbank, da die Bearbeitung dieser Anträge bekanntlich mit hohen Bearbeitungsstückkosten und erhöhten Kreditrisiken verbunden ist. Hier bieten wir jetzt bei erfolversprechenden Vorhaben an, den Zugang zu den Bundesförderprogrammen zu ermöglichen, d. h. befristet die Hausbankfunktion zu übernehmen.

Für Vorhaben mit einem Investitionsvolumen zwischen 20 und 200 TDM und/oder einem Betriebsmittelbedarf zwischen 5 und 50 TDM organisieren wir seit Mai 1997 über das Existenzgründerinnen-Programm des Landes Schleswig-Holstein und seit Ende des Berichtsjahres im Rahmen der mit der schleswig-holsteinischen Kreditwirtschaft vereinbarten geschlechterübergreifenden Starthilfe für Existenzgründungen eine optimale Gesamtfinanzierung. Voraussetzung ist, daß das Kreditinstitut vor Ort nach einer Kurzprüfung die Erfolgsaussichten des Vorhabens positiv beurteilt. Das empfehlende Kreditinstitut wickelt als kontoführende Stelle den Zahlungsverkehr auf Guthabenbasis ab und bleibt damit im ständigen Kontakt zur Gründerin bzw. zum Existenzgründer. Beim Existenzgründerinnen-Programm tragen wir die Bearbeitungskosten und alle Kreditrisiken – teilweise abgeschirmt durch das Land. Kommt die Starthilfe zur Anwendung, tragen wir die Bearbeitungskosten und die Risiken aus dem Betriebsmitteldarlehen, während das Kreditinstitut vor Ort die Risiken aus dem investiven Finanzierungsanteil gegen eine Avalprovision übernimmt.



Um das Zusammenspiel zwischen den Kreditinstituten und der IB möglichst reibungslos und für alle Seiten effizient anwenden zu können, wurde ein standardisierter Ablauf für die Starthilfe festgeschrieben:

Das Kreditinstitut vor Ort gibt nach einer Kurzprüfung der Erfolgsaussichten des Gründungsvorhabens den Antrag mit einem Empfehlungsschreiben an die IB ab. Diese erstellt nach einer Vorprüfung eine Kurzvorgabe, die dem abgebenden Kreditinstitut zugeleitet wird. Das örtliche Institut hat dann drei Entscheidungsmöglichkeiten. Es kann der Begleitung des Existenzgründungsvorhabens durch die IB zustimmen und die Haftung für mögliche Ausfälle bei der Investitionsfinanzierung (bzw. der reinen Betriebsmittelfinanzierung) übernehmen. Damit kommt das Hausbank-Modell zum tragen, und die IB beantragt die EKH-, ggf. ERP-Existenzgründungsprogramm- und DTA-Existenzgründungsprogramm-Mittel mit 40 %iger Haftungsfreistellung. Das Kreditinstitut hat aber auch die Möglichkeit, nach Auswertung der Vorlage der IB die Übernahme der Haftung abzulehnen oder aber die Begleitung des Existenzgründungsvor-

habens doch selbst zu übernehmen. In diesen Fällen kommt das Hausbank-Modell nicht zur Anwendung, und die IB berechnet dem Kreditinstitut eine Bearbeitungsgebühr.

Mit beiden Programmen steht die IB keinesfalls in Konkurrenz zu den eigentlichen Hausbanken. Vielmehr bieten beide Modelle nicht nur die wichtige Hilfestellung für Gründungsinteressierte, sondern gleichzeitig auch eine ganze Reihe von Vorteilen für die „abgebenden“ Kreditinstitute: Neben den hohen Bearbeitungsstückkosten wird auch das Risiko vermieden bzw. geteilt. Kleinere Kreditinstitute können darüber hinaus das Expertenwissen der Investitionsbank im Bereich der Existenzgründungsberatung und -finanzierung nutzen, während größere Institute ihre hochqualifizierten Kundenberater (für größere Vorhaben) „schonen“. Die Bündelung der Bearbeitung von kleineren Investitionsvorhaben bei der Investitionsbank führt außerdem zu einer zunehmenden Sicherheit bei der Beurteilung von Erfolgsaussichten und damit zu einer tendenziell fallenden Ausfallquote. Über die Kontoführung auf Guthabenbasis begründet das Kreditinstitut eine Kooperation mit jungen Unternehmen, hält permanent den Kontakt und kann bei positiver Entwicklung und weiterem Finanzierungsbedarf jederzeit das Neugeschäft übernehmen. Und schließlich bieten beide Modelle eine hervorragende Möglichkeit, der zunehmenden Kritik zu begegnen, zu wenig für kleinere Existenzgründungsvorhaben zu tun.

150.795,-
70.853,-
221.648,-



Wagniskapital

Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein (MBG)

Wichtige Instrumente zur Ermöglichung bestimmter Gründungsvorhaben, die mit üblichen Bankfinanzierungen nicht erreichbar wären, bietet auch die im Juni 1994 auf Initiative des Landes gegründete Mittelständische Beteiligungsgesellschaft, deren Mehrheitsgesellschafter die Investitionsbank ist. Die Statistik der MBG zeigt, daß rd. 1/3 der Beteiligungsfälle Existenzgründungen betreffen. Bislang waren dies jedoch überwiegend keine Neugründungen sondern Management-Buyout-Fälle oder Existenzgründungsfestigungen in den ersten Jahren nach der Gründung.

Das Instrumentarium ist gedacht für innovative Gründungen, d.h., es muß nicht unbedingt „high tech“ sein, sondern auch eine Neuheit, eine Entwicklung, eine rationellere Arbeitsweise, die Wettbewerbsvorteile gegenüber Mitbewerbern bietet. Die MBG beteiligt sich mit einem Mindestbetrag von 200.000 DM, der in Einzelfällen auch auf 100.000 DM abgesenkt werden kann. Beteiligungen dieser Art können helfen, Probleme bei schwierigen Innovationsbewertungen oder bei fehlenden Sicherheiten zu lösen.

Seit 1997 ist eine Risikokapitalbeteiligung für kleinere innovative Gründungen möglich – mit einer Beteiligung ab 50.000 DM und einem Gründungsvolumen von in der Regel mind. 100 TDM. Entsprechendes gilt für Existenzfestigungen innerhalb einer Frist von 2 Jahren.



Coaching nach der Gründung

Die Investitionsbank unterstützt junge Unternehmen und Freie Berufe auch nach der Gründung: Die Förderlotsen und die Beratungsstelle für Existenzgründerinnen beraten nicht nur im Hinblick auf den ersten Schritt in die Selbständigkeit, sondern auch in der Existenzgründungsfestigungsphase, insbesondere über Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten. Nicht nur bei der Gründung, sondern auch innerhalb von 2 Jahren nach Geschäftseröffnung können wir den Zugang zu den Mitteln der Deutschen Ausgleichsbank durch befristete Übernahme der Hausbankfunktion ermöglichen. In 1997 wurden insgesamt 414 bestehende Unternehmen beraten, davon viele in der Festigungsphase nach der Gründung.

Verschiedene Darlehensprogramme wie insbesondere „Nachrangige Investitionsdarlehen“ sowie „Umfinanzierungs- und Konsolidierungsdarlehen“ zur Verbesserung der Finanzstruktur können auch unbefristet eingesetzt werden.

Mit 2 Ausnahmen gilt dies auch für Beteiligungen der MBG.

